

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 2.30 Mk., monatlich 1.10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1.10 Mark pro Monat,
 eingetragene in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1903 unter Nr. 8203.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnen-
 zeile ober deren Raum 40 Pfg. für
 politische und gesellschaftliche Berichte
 und Bekanntmachungs-Anzeigen 20 Pfg.
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg.
 (mit das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 2 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 7. März 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Bauer und Socialdemokratie.

Man schreibt uns aus Ostpreußen:

Der Berufsstand, der bei den Reichstagswahlen am meisten von den bürgerlichen Parteien umworben wird, sind die Bauern. Zu verwundern ist dies keineswegs; übt die bäuerliche und mit ihr zusammen die gesamte ländliche Bevölkerung doch heute vermöge der ungleichmäßigen Einteilung der Wahlkreise auf die Zusammensetzung des Reichstags einen Einfluß aus, der weit über die zahlenmäßige Stärke dieser Bevölkerungsschicht hinausgeht. So entfielen bei der letzten allgemeinen Reichstagswahl im Jahre 1898 auf die 82 im ersten Wahlgange gewählten socialdemokratischen Abgeordneten 662 675 socialdemokratische Stimmen, während auf 38 im ersten Wahlgange gewählte konservative Abgeordnete nur 353 026 konservative Stimmen entfielen. Großstädtliche Industrie-Arbeiter mußten also im Durchschnitt in der Anzahl von 20 708 an die Urne treten, um ihrem Kandidaten zum Siege im ersten Wahlgange zu verhelfen, während in ländlichen Gegenden schon 9200 Wähler im Durchschnitt genügt, um dasselbe zu erreichen.

Den Wählern des platten Landes ist dadurch ein Recht eingeräumt, wie es die städtischen Einwohner bei weitem nicht besitzen. Der Stimmzettel in der Faust des Bauers bedeutet eine Macht, vor der sich alles bogen müßte, wenn sie richtig angewandt werden würde. Indessen hat der Bauer selbst die Macht, die ihm durch den Stimmzettel in die Hand gegeben ist, bisher nicht erkannt; daher ließ er sich bisher immer als gefügiges Werkzeug der Reaktion gebrauchen.

Von den reaktionären Gegnern der Socialdemokratie wird fortwährend die Behauptung aufgestellt, daß der Bauernstand das sicherste Bollwerk gegen das Vordringen des Socialismus bildet. Hat nun der Bauer, insbesondere der im Osten, an der Aufrechterhaltung der heutigen Gesellschaftsordnung ein so lebhaftes Interesse?

Bauer nennt man heute in manchen Gegenden schon den kleinen ländlichen Besitzer, der nur eine armselige Aithe mit wenigen Morgen Land sein eigen nennt, und Bauer pflegen sich auch mihunter, wenn es ihnen gerade in den Stram paßt, die Krain, Staniß und Konforten zu nennen, deren Besitz bis in die Hunderttausende von Morgen hineingeht. Im allgemeinen wird man den Begriff „Bauer“ dahin bestimmen können: Jeder kleine und mittlere ländliche Besitzer, der auf seinem eignen Grund und Boden Landwirtschaft treibt und dabei kräftig mit Hand anlegt und nicht etwa bloß eine Aufsicht- und Antreiberrolle spielt ist ein Bauer. Wächst der landwirtschaftliche Betrieb über diesen Rahmen hinaus, so daß sein Besitzer nur noch eine Aufsicht- und Antreiberrolle spielt, so ist er nicht mehr zu den Bauern, sondern schon zu den kleinen Gutsbesitzern zu zählen.

Unter den eigentlichen Bauern, die die weit überwiegende Mehrzahl aller ländlichen Besitzer ausmachen, kann man deutlich drei Arten unterscheiden. Da giebt es erstens solche, deren Besitzung zu klein ist, um ihnen selbst ausreichende Beschäftigung und für sich und ihre Familien ausreichenden Unterhalt zu gewähren und die daher gezwungen sind, noch anderweitig Beschäftigung und Verdienst zu suchen. Die zweite Art bilden dann die jüngeren, deren Besitzung gerade groß genug ist, um ihnen selbst hinreichende Beschäftigung, ja sehr häufig mehr als hinreichende Beschäftigung, aber nur zu oft nur einen sehr kärglichen Unterhalt für sich und ihre Familie bietet. Auf die dritte Kategorie endlich entfallen die Besitzer, deren Besitzung zu groß ist, um von ihnen allein bearbeitet werden zu können, und die daher ständig einen bis drei erwachsene Arbeiter, einen Hirten und ein Dienstmädchen brauchen. Die Größe dieser drei Kategorien von Besitzungen läßt sich nicht genau abgrenzen. Das hängt von der Güte des Bodens und auch davon ab, was darauf angebaut wird. Allgemein wird man jedoch annehmen können, daß auf die erste Gruppe Grundstücke bis zur Größe von etwa 15 Morgen (1 Hektar gleich 3,917 Morgen), auf die zweite solche bis zu etwa 50 Morgen und auf die dritte solche bis zu 150 Morgen, manchmal auch noch darüber, entfallen. Zu Grunde gelegt sind bei diesen Betrachtungen ostpreussische Verhältnisse, wie sie besonders in Litauen und Masuren bestehen.

Die kleinsten ländlichen Besitzer, die Zwergbauern bis zu etwa 15 Morgen ziehen aus ihrem Grundstücke nicht soviel, daß sie eine Familie erhalten können; so müssen sie sich, um notdürftig existieren zu können, nach anderweitigem Verdienst umsehen. Sie nehmen jeden Verdienst an, der sich in der Nähe ihres Wohnortes bietet. In ihnen finden die benachbarten Gutsbesitzer, deren selbständige Gutsbezirke fast immer inmitten von Dörfern mit kleinen Besitzern liegen, ein ebenso williges wie billiges Arbeitsmaterial. Der beschlossene Landarbeiter erhält dadurch eine Konkurrenz, die durchaus nicht zu unterschätzen ist. So stehen denn auch in Gegenden, wo diese Verhältnisse obwalten, zumal wenn sie weit ab von größeren Städten und damit von vermehrter Arbeitsgelegenheit liegen, die Arbeiterlöhne am niedrigsten, so niedrig, daß nicht einmal die sehr anspruchslosen aus Polen importierten Arbeiter dafür zu haben sind. Als vor zwei Jahren der Bahndau von Goldap nach Stallupönen ausgeführt wurde, bei dem hauptsächlich Polen beschäftigt waren, mußten sich denn auch die Besitzer der in der Nähe befindlichen Güter bequemen, die Tagelöhne um 30-40 Pf. auszubessern, wenn sie überhaupt Arbeiter bekommen wollten. Diesen Vorteil genossen sie allerdings nur

für einige Sommermonate, auch die kleinen Besitzer, die im Sommer und teilweise auch im Winter zu den ständigen Arbeitern gehören.

Ihr eigenes Grundstück müssen diese Besitzer, soweit die Frau und die schulpflichtigen Kinder dazu nicht im Stande sind, dann noch „ausgeben“, d. h. während der Nacht, bearbeiten. Da die Arbeitszeit auf den Gütern während des Sommers 14-15 Stunden täglich ausschließlich der Pausen und nicht selten noch darüber beträgt, wozu dann noch der Weg zu und von der Arbeitsstätte kommt, so bleibt zur Arbeit auf dem eignen „Besitz“ nur die Nacht und der Sonntag übrig.

Diese Kategorie von Bauern hat vor dem bestjoben Arbeiter nur das voraus, daß er sein eigenes Heim und seine Kuh hat, für die ihm sein Besitzum Weide und Futter liefert. Brotgetreide und, wenn sich die Frau etwas mit Schweinezucht beschäftigt, auch noch Futtergetreide müssen diese Besitzer ebenso kaufen, wie der industrielle Arbeiter. Langt doch zumal das Brotgetreide, welches er auf dem eignen Grundstück baut, wenn die Familie auch nur aus Mann, Frau und 2 bis 3 Kindern besteht, bei weitem nicht aus. Daß diese kleinen Besitzer von den Getreidezöllen keinen Nutzen, sondern Schaden haben, ist ohne weiteres klar.

Um die sociale Lage eines solchen Zwergbauern richtig würdigen zu lernen, muß man auch wissen, was mit ihm geschieht, wenn er alt und arbeitsunfähig wird. Eines der Kinder übernimmt das elterliche Grundstück und hat dann den Eltern ein Altheil oder Ausgedinge zu geben. Nun wollen aber auch die übrigen Geschwister an dem „Erbe“, das aus dem in mindestens 90 von 100 Fällen schon stark mit Hypotheken beladenen und nunmehr noch mit Altheil belasteten Grundstück besteht, teilzunehmen. Der Sohn oder die Tochter, die ein solches Grundstück übernehmen, haben dann auch noch an die übrigen Geschwister etwas „auszuzahlen“. So hat der junge Besitzer fast immer von vornherein mit einer für seine Verhältnisse sehr erheblichen Schuldenlast zu kämpfen. Ein solches „Erbe“ kommt auf diese Weise gewöhnlich sehr teuer zu stehen.

Die wirtschaftliche Lage eines solchen „Bauern“ sieht der eines reinen Proletariats verhältnismäßig ähnlich. Ja, man kann demgegenüber das Leben einiger städtischer Arbeiterkategorien, die sich vermöge ihrer Organisation ein halbwegs menschenwürdiges Dasein errungen haben, als ein beneidenswertes bezeichnen.

Scheinbar, aber auch nur scheinbar besser gestellt ist die zweite Gruppe von Bauern, deren von 25 Morgen aufwärts bis zu der Grenze, wo sie noch ohne eine ständige fremde Arbeitskraft auskommen. Bei den kleineren Besitzern dieser Kategorie langen die Erträge ihrer Besitzung oft genug auch nicht zum Unterhalt ihrer Familie aus. Ständig in Arbeit gehen können sie jedoch nicht, das gestattet der Betrieb ihres eignen Grundstücks nicht, so findet man es sehr häufig, daß der Fehlbetrag, der zum notwendigen Unterhalt nötig ist, durch gelegentlichen Fuhrwerken verdient wird. Eines haben alle Besitzer dieser beiden Kategorien gemeinsam: übermäßige Mühsal bei sehr langer Arbeitszeit, zumal im Sommer, und nur einen sehr kärglichen Lebensunterhalt. Fleisch kommt bei diesen kleinen Besitzern sowohl wie bei der ländlichen Arbeiterkategorie als Nahrungsmittel überhaupt nicht in Betracht, es bildet lediglich ein Genussmittel. Die Hauptnahrung besteht in Kartoffeln, grobem Brot, Milch und Cichorienwasser. Der Unterschied zwischen den Bauern dieser beiden Kategorien besteht nur darin, daß die einen sich auf ihrem eignen Grundstück und die andren beim Gutsbesitzer bis aufs äußerste abmühen müssen, ohne die Früchte ihrer Arbeit selbst zu genießen. Diese nimmt den einen der Gutsbesitzer oder ihr sonstiger Arbeitgeber, den andren — der Hypothekengläubiger. Denn es giebt hier wenige bäuerliche Grundstücke, die nicht übermäßig verschuldet sind. Die meisten sind nur Scheinbesitzer.

Im Alter gestaltet sich die Lage der Bauern der zweiten Art ebenso wie die der ganz kleinen Besitzer. Sie werden ebenfalls Altstücker, und daß ein Altstückerdasein keineswegs beneidenswert ist, ist allgemein bekannt.

Auch der Landwirtschaft hat sich der Kapitalismus soweit bemächtigt, daß derjenige, der nicht selbst so viel an Kapital besitzt, um damit andre Mitmenschen in seinen Dienst zwingen zu können, ebenso ausgebeutet wird, wie der Industriearbeiter. Zölle, und mögen sie noch so hoch sein, können den Kleinbauern keine Hilfe bringen; die meisten haben sogar Nachteile. Für all diese Kleinbauern und selbstverständlich auch für die Landarbeiter, bietet die Ueberführung des Grund und Bodens aus dem Privatbesitz in den Besitz der Allgemeinheit die einzige Möglichkeit, um ein menschenwürdiges Leben zu führen. Ihrer ganzen socialen Lage nach gehören die Kleinbauern längst zu den Elenden. Wenn die socialdemokratische Aufklärung trotzdem bisher verhältnismäßig wenig Eingang und noch weniger richtiges Verständnis in diesen Kreisen genommen hat, so liegt das lediglich an der Unwissenheit, in der der größte Teil der landwirtschaftlichen Bevölkerung noch heute dahinsinkt. Ein meist sehr jämmerliches Nachwerk von Stalender bildete bisher die einzige Lektüre der Kleinbauern. Auch heute hat sich in dieser Beziehung noch wenig geändert, höchstens sind hier und da die Kreisblätter hinzugekommen, die auch nicht gerade zum Nachdenken anregen.

Gleichwohl ist der Fortschritt zu beobachten, daß man sich überhaupt schon Vorstellungen, von dem was die Socialdemokratie will, selbst in den dunkelsten Winkelchen zu machen beginnt. Es ist das erste noch unverständliche Stammeln einer zu politischem Denken erwachenden Bevölkerung.

Schon bei der Wahl von 1898 hat sich in Ostpreußen gezeigt, daß die Socialdemokratie auch Anhänger auf dem platten Lande zu finden vermag. Seitdem sind ihre Ausichten gestiegen. Wer weiß, wie es hier mit dem gehen in ein Wahlrecht bestellt war, wird sich ohne weiteres klar sein, daß das nunmehr verprochene Gesetz über die Sicherung des Wahlheimnisses eine wesentliche Besserung bedeutet. Die Wut der Konservativen über diese Nachgiebigkeit der Regierung gegenüber dem Reichstage ist nur zu begreiflich.

Für die Socialdemokratie aber erwächst jetzt die Verpflichtung, mehr noch als bisher selbst bis in die entlegensten Gegenden mit Aufklärungsschriften vorzudringen. Die Früchte dieser Arbeit werden nicht ausbleiben. Die Behauptung der Konservativen, daß der Bauer an der Scholle klebe und nichts von der Socialdemokratie wissen wolle, wird elendiglich zu Schanden werden.

Können diese beiden Kategorien von Bauern für die socialdemokratischen Grundzüge gewonnen werden, so ist das bei den mittleren und größeren Bauern von 50 bis zu etwa 150 Morgen schwieriger. Diese Masse von Besitzern, die ständig einen oder mehrere fremde Arbeiter in ihrem Dienst haben, sind etwas besser gestellt als ihre Kollegen. Sie drücken sich vor den schwersten Arbeiten, überanstrengen sich wohl auch in den meisten Fällen nicht allzu sehr, und zum Leben bleibt ihnen meistens doch mehr übrig, als dem kleinen Besitzer ohne fremde Arbeitskräfte. Das ist der eigentliche Mittelstand der ländlichen Bevölkerung. Aber auch dieser Mittelstand verfallt. In dem Anzeigenteil der Kreisblätter findet man sehr häufig Inserate, die anzeigen, daß die und die Besitzung, meist so um 100 Morgen herum, im ganzen oder geteilt verkauft werden soll. Der Grund für diese Erscheinung ist wohl in den meisten Fällen darin zu suchen, daß der junge Besitzer, der das väterliche oder schwiegerväterliche Grundstück annimmt, zu sehr mit Hypotheken beladen wird. Und doch ist dasjenige Kind, welches die väterliche Besitzung erhält, noch immer besser gestellt, wie die übrigen Geschwister. Diese sinken, soweit sie sich der Landwirtschaft überhaupt widmen, in den meisten Fällen zu Bauern der zweiten Kategorie herab. Aus den Söhnen dieser Besitzer rekrutiert sich aber auch ein großer Teil der niederen Beamten, von denen der ostpreussische Dialektdichter Reicherman in einem seiner Gedichte sagt: „Zweifel Joahr dömt he als Soldat, denoa sorgt far emu de Stoat“.

Hier und da gelingt es allerdings auch einem Besitzer dieser Gruppe, noch eine oder auch mehrere bäuerliche Besitzungen hinzu zu kaufen, wodurch er dann auch aufhört Bauer zu sein. Solche Fälle gehören aber zu den Ausnahmen und kommen bei Beurteilung der wirtschaftlichen Lage des gesamten Bauernstandes nicht in Betracht. Sehr viel häufiger kommt es vor, daß Besitzungen dieser Kategorie parzelliert werden und daß ihr Besitzer zum Bauern zweiter Kategorie herabsinkt.

Schließlich sind auch diese bestgestellten Bauern nicht sonderlich an der Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Ordnung interessiert.

Wenn erst die bäuerliche Bevölkerung den Socialismus begriffen haben wird, wird sie ihm zum Siege mithelfen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. März.

Reichstag.

Der Etat des Reichsschatzamt, der am Freitag erledigt wurde, führte zwei größere Debatten herauf, von denen die eine allerdings in sehr geringem Zusammenhang mit dem Reichsschatzamt stand. Die Judensagrarien unternahmen den längst angelegten Vorstoß: Sie ließen durch den Grafen Cammer, den — wie er versicherte — unbesoldeten Aufsichtsrat des Reichsjuden-Schulbills, anfragen, ob die Regierung noch in dieser Session schlemmigt eine Novelle zum Judengesetz einbringen wolle, die ihnen die lange ersehnte neue Kontingentierung bringen würde. Unzweifelhaft, allerdings nicht allen, schwebt als Ideal eine Doppellkontingentierung nach österreichischem Muster vor. Genährt sind ihre Hoffnungen durch den bekannten Satz in der Begründung des vorjährigen Judensteuer-Gesetzes, worin mit dem Gedanken einer neuen Kontingentierung oder einer andren Staatsfürsorge zu Gunsten der Judenindustrie gespielt wird. Arch. v. Thielmann wollte aber heute nichts mehr davon wissen. Sehr bestimmt und deutlich erklärte er, daß die Regierung keinen Anseh sah, in dieser Session ein neues Judengesetz vorzulegen. Die Gründe hierfür liegen auf der Hand. Die österreichische Doppellkontingentierung führt nämlich eine verdeckte Prämie wieder ein und es kann kein Zweifel bestehen, daß auf Veranlassung von Frankreich und England die ständige Kommission in Brüssel sich sehr bald mit der Frage zu beschäftigen haben wird, ob der österreichische Jucker nicht als Prämienzucker behandelt werden muß. Würde Deutschland dem österreichischen Beispiel folgen, so würde es den Geist der eben abgeschlossenen Juderentention auf das größtmögliche verletzen. Die Gründe des Staatssekretärs waren so einleuchtend, daß Graf Cammer keine Unterhügung von irgend einer andren Seite fand. Es wird den deutschen Aqrariern ein schwacher Trost sein, daß auf eine Anfrage des Centralns-Abgeordneten Speyer der Staatssekretär erklärte, daß die Herbeiführung einer Tarifiermäßigung für Juderzucker und Juderzucker in die Wege geleitet sei. Nach einer kleinen Diskussion über die Frage der Ent-

Schädigung der Sacharinfabrikanten, die Herr Hermes von der Freisinnigen Volkspartei herbeiführte, kam der Hauptgegenstand der Verhandlungen, die Errichtung einer katholisch-theologischen Fakultät an der Universität Strassburg, an die Reihe. Der Zusammenhang mit dem Reichshofamt leuchtet nicht ohne weiteres ein. Die Dinge liegen so, daß das Reich seit 1878 einen Zustrom von 400 000 M. der Universität Strassburg gewährt, seit 1879 haben wir ein Reichshofamt und seitdem erscheint dieser Zustrom unter den Anforderungen dieses Amtes. Natürlich hat der Schatzsekretär keinen Einfluß gehabt auf die diplomatischen Verhandlungen zwischen Papst und Staat, die Herr v. Hertling eingeleitet hat und die zu einem Abkommen geführt haben, mit dem unsere Ultramontanen sehr zufrieden sind. Um das katholische Seminar in Strassburg zu besetzen, dem man die Pflege protestantischer Neigungen zutraut, wird die Universität Strassburg mit einer katholisch-theologischen Fakultät ausgestattet, die mit Wissenschaft gar nichts zu thun hat und deren Lehrkörper ganz nach den Wünschen des Strassburger Bischofs zusammengesetzt sein muß. Dieser Vorgang führte eine allgemeine Kulturkampf-Debatte herauf, die von dem Abg. Dr. Sattler eingeleitet wurde. Herr Dr. Sattler that so, als sei an seinem kirchlichen Verbindeten vom Zollwucher her kein gutes Haar. Er jammerte über die wachsenden Ansprüche der römischen Hierarchie und klagte über das schwere Joch des Ultramontanismus, unter dem die deutsche Bevölkerung wahrhaft leide. Das Centrum, als dessen Wortführer Herr Spahn, der Vater des Strassburger Spahnens, und Freiherr v. Hertling auftraten, nahm diese Klagen mit großer Eitelkeit auf und gab der Regierung seine volle Zufriedenheit zu erkennen. Der elsässische Regierungsvertreter Hallen nahm dies Lob gern entgegen und ging so weit, gegen Herrn Sattler den Vorwurf zu erheben, er hätte hohle Phrasen gemacht. Von höheren Gesichtspunkten aus behandelte der Abg. Dr. Barth die Frage. Er sah in der Debatte ein Vorpustengeficht für den kommenden Kampf um die Macht über die Schule. In diesem Kampf sind wir allerdings bereits mitten darin, und es kann nicht behauptet werden, daß die Kirche beider Konfessionen bisher Terrain verloren hat. Wäre die Volkserziehung der Socialdemokratie nicht, so würde das deutsche Volk rettungslos der Milderkeit und dem Akerikatismus ausgeliefert werden.

Am Sonnabend werden keine Etatsreste aufgearbeitet werden. Die Beratung des Militär-Etats wird wohl erst am Montag beginnen.

Gegen die holländischen Zuchthaus-Geschenktwürfe.

Noch immer ist es nicht möglich, auf die Frage, die die Klassenbewußte Arbeiterklasse der ganzen Welt aufs höchste interessiert, „Was wird aus den Entwürfen?“ eine bestimmte Antwort zu geben. Noch immer stehen die beiden Parteien kampferregter einander gegenüber: die Arbeiterklasse, die durch Wort und Schrift, in zahlreichen Versammlungen und durch Massenverbreitung von Flugblättern das Volk aufzurütteln und aufzuklären, die öffentliche Meinung für sich zu gewinnen strebt, aber auch bereit ist, durch einen großen Streik ihren Willen zur Freiheit den äußersten Nachdruck zu geben und andererseits die sich christlich nennende Regierung der Bourgeoisie, die ein Heer von Soldaten aufgebunden hat, um durch Anwendung rohester Gewaltmaßregeln die Innebefehl der Arbeiterklasse durchzusetzen. Wer hier der Sieger sein wird für die nächste Zukunft, das ist bis jetzt noch nicht abzusehen; dauernd die Arbeiterklasse Hollands in Banden zu schlagen, wird der Regierung und der herrschenden Klasse jedenfalls nicht gelingen.

Bis jetzt liegen uns noch keine endgültigen Mitteilungen über das Ergebnis der Beratungen in den Sektionen der Kammer vor. Daß sich diese Beratungen über die Zwangsgehalte so lange hinstrecken, mag als ein gutes Zeichen angesehen werden. Gewinnt doch dadurch die Arbeiterklasse Zeit, den Entwürfssturm gegen die Entwürfe im ganzen Lande immer mehr anzufachen und dadurch einen starken moralischen Druck auf die öffentliche Meinung und auch auf die Kammer auszuüben, die schwankenden Abgeordneten für sich zu gewinnen und die Mehrheit von dem Attentat auf die Freiheiten und Rechte des Volkes zurückzuführen. Je mehr Zeit die Arbeiterklasse gewinnt, um so größer wird die Zahl derjenigen werden, die in diesem Kampf auf ihrer Seite stehen, um so schwächer wird die Position der Gewaltthäter. Emsichtige und gebildete Leute aus dem Bürgertum stellen sich auf die Seite der Arbeiterklasse. Eine große Petition gegen die Streikgesetze-Entwürfe wurde unter anderem von den Amsterdamer Professoren Brandt, Hoving, Treub, van Kerkamp, Loddy de Bruin, dem bekannten Strafrechtsexperten G. A. van Hamel, Valentin und Verh unterzeichnet.

Ueber die Beratung in den Sektionen meldet ein Bericht von „Beliantes Bureau“, daß der Widerstand gegen die drei Gesetzentwürfe in allen Fraktionen der linken Seite erster ist als man erwartet hatte. Die unveränderte Annahme der Entwürfe wird als höchst unwahrscheinlich angesehen. In einigen Sektionen zeigten sich auch einflußreiche Mitglieder der in den Hauptpunkten einigen rechten Seite nicht abgeneigt, einigen von links offerierten Änderungen zuzustimmen. Der Haager Korrespondent des „Handelsblad“ schreibt, daß er auf Grund dessen, was ihm zu Ohren kam, vorherzusehen könne, daß die Regierung, wenn sie an ihrem Entwurf festhalte, nahezu die ganze linke Seite des Hauses gegen sich haben werde. Verschiedene Mitglieder der ersten Kammer sollen sich, wie der holländische Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ meldet, dafür geäußert haben, daß es wahrscheinlich sei, daß falls die zweite Kammer die Entwürfe annehme, die liberale Mehrheit der ersten Kammer sie verworfen würde.

Nicht man diese Mitteilungen in Betracht und überhäuft die gegenwärtige Situation, so findet man Grund genug zu der Hoffnung, daß es der Arbeiterklasse gelingen wird, die Reaktion an dem Felde zu schlagen und die Rechte und Freiheiten, die sie notwendig zur Verbesserung ihrer Lebensbedingungen gebraucht, zu behaupten. Nach einer neuesten Meldung sind die Beratungen der Gesetzentwürfe jetzt so weit gefördert, daß die Beratung im Plenum am nächsten Dienstag beginnen kann.

Die Regierung sucht inzwischen ihre militärischen Maßnahmen noch immer mehr zu vervollständigen.züge mit Munitionswagen werden an mehreren Bahnhöfen bereit gehalten, um auf das erste Zeichen Militär zur Bewachung der wichtigsten Strecken zu transportieren. Was das nützen soll, wenn die Eisenbahnarbeiter nun wirklich die Arbeit einstellen, ist nicht abzusehen. Jedenfalls wird die Arbeiterklasse nicht so thöricht sein und zum Gebrauch der Munition Anlaß geben.

Auch der Kampf mit „geistigen“ Waffen, den die Liebediener der Reaktion in den christlichen Arbeitervereinen zu arrangieren suchen, mißlingt überall. Eine Versammlung in Haarlem, einberufen von den Vorständen der christlichen Arbeiterverbände und bestimmt dazu, gegen die Ansprüche der „sich neutral oder sozialistisch nennenden Verbände“ zu protestieren, nahm denselben Verlauf wie die „christlichen“ Versammlungen in Haag und Amsterdam. Die Socialdemokraten waren die überwiegende Mehrheit, mit sozialistischen Liedern wurde die Versammlung begonnen und sozialistische Lieder ertönten am Schluß, die Redner der aufgefärrten Arbeiterklasse hatten den größten Beifall. In Rotterdam wurde eine Versammlung, in der Redner der beiden Parteien debattieren sollten, vom Polizeikommissar aufgelöst.

Ferner meldet uns unser Amsterdamer Korrespondent vom 4. März:

Das heute abend in „Palais voor Volkslot“ abgehaltene Protest-Meeting hat alle Erwartungen noch übertroffen. Der Saal war überfüllt, so daß mehrere Personen unwohl wurden. Man kann die Anwesenden wohl auf 6000 schätzen. Trotzdem konnten Hunderte nicht zugelassen werden, sie begaben sich deshalb nach dem in einem andern Stadteil gelegenen Saal Pleinuis, welcher ebenfalls überfüllt war. Genosse Troelstra, der sprechen sollte, war verhindert. An seiner Stelle trat als erster Redner auf Genosse Dr. Gorter. In seiner pathetischen Rede wies er zuerst darauf hin,

daß die letzten Januartage sowohl für Ältere als für die Jüngeren im Streite für das Proletariat eine Ueberraschung waren. Man hatte nicht geglaubt, daß die Solidarität unter den Arbeitern bereits so groß sei. Da nun Dr. Kuyper die Organisation noch härter macht, sei es Pflicht, einen Ehrenzug dem Manne darzubringen, der vor 25 Jahren im Lande zuerst die rote Fahne aufpflanzte: Domela Nieuwenhuis. Mit gewaltigem Applaus wurde diese Auslösung durch die Versammlung begrüßt. Nicht aus Schmeichelei sagte Redner diese Worte, da er selbst stets die freien Socialisten schärf bestritten. Jetzt reihen eben alle Arbeiter einander die Bruderhand. Im weiteren erinnerte Dr. Gorter an die Worte, die Dr. Kuyper im Jahre 1872 sprach: Der Schwache besitz nur ein Rechtsmittel: den Streik!

Nach Dr. Gorter, der unter donnerndem Applaus seine Rede beendete, sprachen der „freie Socialist“ Nolthof und der Schriftführer des Nationalen Arbeiter-Sekretariats van Erkel. — Hiernach auch noch Domela Nieuwenhuis, welcher daran erinnerte, daß der Monat März ein stürmischer sei, sowohl in der Geschichte der Völker wie in der Natur. Im März brach die Revolution in Oesterreich 1840 aus; im März auch die Kommune in Paris, und unsere Regierung spiele ein gefährliches Spiel mit ihren Gehehen im Monat März. In Regierungskreisen scheine man sich um den Zustand im Lande keine Sorgen zu machen, die Königin besuche Välle; die Königin-Mutter soll Herrn De Savornin Lohman eingeladen haben, um sie zu informieren. „Nun“, sagte D. Nieuwenhuis, „dann ist sie beim Teufel zur Verächte. Wünscht die Königin-Mutter jedoch Informationen, so möge sie die Leiter der Eisenbahnen Petter und Luddegeest zu sich entbieten lassen, dann ist sie nicht einseitig unterrichtet.“ Nachdem der Redner ferner darauf hingewiesen, wie die liberale Presse die Regierung zu diesen Gelegenheiten aufgehetzt habe, wahrscheinlich um von der Gelegenheit Gebrauch zu machen, selbst wieder an das Ruder zu kommen, da sie die Regierung jetzt ja im Stich lasse, schloß er mit einem Appell an die Soldaten.

Die erste, dritte und fünfte Sektion, in welchen socialdemokratische Abgeordnete sich haben, hatten gestern die Beratungen noch nicht beendet. Wahrscheinlich wird auch noch Freitag nötig sein für die Sektions-Unterredung.

Wegen Unwohlsein (Influenza) hat Genosse Troelstra den Vorsitzenden der zweiten Kammer telegraphisch ersucht, seine Interpellation bis nächsten Dienstag auszustellen.

Für den großen Protest am nächsten Sonntag sind nunmehr bereits 42 Protestversammlungen im ganzen Lande angekündigt. Unter andern werden in Amsterdam sprechen: Troelstra, Domela Nieuwenhuis, Fr. van Eeden, G. Polak, P. R. Wint und J. J. van Dogen.

Der „Telegraaf“ erfährt von wohlunterrichteter Seite, daß die Regierung nunmehr alle Maßregeln getroffen habe, um, wenn nötig, sofort den Belagerungszustand verhängen zu können. Eine Anzahl Offiziere erhielten geheime Befehle, und ein einziger Befehl genügt, um im ganzen Lande diese Befehle zur Ausführung zu bringen.

Verschiedene Gewerkschaften beschloffen bereits, am allgemeinen Streik teilzunehmen und auf das erste Zeichen des Abwehskomitees die Arbeit niederzulegen.

Deutsches Reich.

Die „Frankfurter Zeitung“ hat schwere Arbeit: sie muß die Demokratie vor der Socialdemokratie schützen. Ihr hat nämlich die Rede unseres Genossen Mollenhuth zum Krankenversicherungs-Gesetz nicht gefallen; Mollenhuth habe gegen das von der Regierung für gewisse Fälle geforderte Abseignungsrecht von Vorstandsmitgliedern nicht Protest erhoben. Das ist der „Frankfurter Zeitung“ ein Beweis dafür, daß die Socialdemokratie „über den Geldvorteilen für die Arbeiter den Sinn für die Wahrung demokratischer Rechte verloren hat.“

Die Sorge um das Seelenheil der Socialdemokratie ist zwar sehr rührend, aber auch sehr unnötig. Unser Parteigenosse Mollenhuth hat in seiner Rede die Beseitigung aller die Organisationsfrage betreffenden Bestimmungen aus der Novelle gefordert. Die socialdemokratische Reichstags-Fraktion wird weiter das Ihrige thun, um die Interessen der Arbeiterklasse bei der Reform der Krankenversicherung in jeder Beziehung wahrzunehmen.

Die Krankenversicherung in der Kommission.

In der Freitagssitzung beantragte Abg. Gamp (L.) Ausdehnung der naturlichen Versicherungsmöglichkeit auf „selbständige Gewerbetreibende, welche regelmäßig nicht mehr als drei Lohnarbeiter beschäftigen“. Aus der Mitte der Kommission (Albrecht, Dietrich, Hofmann-Dillenburg, Köpcke, Stadthagen) und vom Lichte der Regierung wurde dem Antragsteller entgegengetreten. Der Gamp'sche Vorschlag fiel mit allen Stimmen gegen die des — Abgeordneten Gamp. § 8 nimmt Personen des Soldatenstandes sowie solche in Betrieben oder im Dienste des Reiches, eines Staates oder Kommunalverbandes beschäftigten Personen von der Versicherungspflicht aus, wenn diesen Personen bei Fortdauer der Erkrankung über 13 Wochen hinaus für weitere 13 Wochen entweder die dem § 6 entsprechende Unterfertigung oder der anderthalbfache Betrag des Krankengeldes gewährt wird. Stadthagen fragt an, warum nicht, wie im ersten Entwurf, 26 Wochen Krankenunterstützung gesetzt sei. Der in den Motiven angegebene Grund, daß eine Pensionierung dann erschwert werde, schlage nicht durch. Es liege kein Grund vor, diese Personen schlechter wie andre Arbeiter zu stellen, zumal das anderthalbfache Krankengeld gegenüber den erhöhten Krankenbaukosten fast stets hinter diesem zurückbleibe. Da ein anderer als der in den Motiven angegebene Grund nicht angeführt wurde, wurde ein Änderungsantrag für die zweite Lesung in Aussicht gestellt.

Zum § 6 Absatz 1 beantragten die Socialdemokraten (Albrecht, Mollenhuth und Stadthagen) in Nr. 1 („vom Beginn der Krankheit ab freie ärztliche Behandlung, Arznei sowie Drills, Verbander und ähnliche Heilmittel“) zu setzen: a) statt ähnliche „sonstige“, b) nach Heilmittel zuzufügen: „sowie die zur Sicherung des Erfolges des Heilverfahrens und zur Erleichterung der Folgen der Verletzung erforderlichen Hilfsmittel (Krücken, Stützapparate und dergleichen)“ und in Nr. 2 die Karenzzeit von 3 Tagen zu streichen. Zur Begründung dieser Anträge wurde ausgeführt: Die Veränderung zu Nr. 1 entspricht dem § 9 des Unfallgesetzes. In der preussischen Rechtsprechung ist durch Urteil des Ober-Verwaltungsgerichts von 1887 in Anlehnung an eine Ausführung eines Redners bei Gelegenheit des Krankenversicherungs-Gesetzes angenommen, „ähnlich“ heiße nicht ähnlich bezüglich des Zwecks (Heilung, Erhöhung der Erwerbsfähigkeit), sondern bezüglich der Kosten. Das habe insbesondere bei Zahngeheimen und künstlichen Gliedmaßen dazu geführt, daß nur billige Heilmittel gewährt werden. Das bedeutet aber insbesondere bei Magen-erkrankungen Schädigung des Kranken und der Masse. So würde eine Nothe, der ein Gehil für 50 M. zu teuer ist, 26 Wochen lang 26 x 10 M., also statt 50 M. 260 M. zu zahlen haben und der Arbeiter bleibt krank. Die Beseitigung der Karenzzeit ist dringend erforderlich, um der Masse Wechselfahrungen, die durch Hinstellung einer Krankheit entstehen, zu ersparen und um eine möglichst schnelle Genesung herbeizuführen. Die Furcht, daß die Beseitigung der Karenzzeit Simulanten fördere, sei völlig unbegründet. Weit mehr als Krankheit werde Gesundheit simuliert. Ueberdies sei durch den § 616 Bürgerlichen Gesetzbuchs, der freiwillig durch ungünstige Verträge oft angeschlossen werde, für die meisten Fälle ja die Karenzzeit beseitigt. Die Karenzzeit sei kein taugliches Mittel zur Verhütung einer Simulation. Jauchemäßig und an der Hand einer Reihe von Statuten wurde dargelegt, welcher Vorteil aus der Annahme der Anträge den Erkrankten und der Masse erwachse. Aus der Mitte der Kommission sprach Gamp sich gegen die Anträge aus, weil ja schon heute die Klassen es selbst in der Hand haben, nach der beantragten Richtung hin ihre Statuten zu gestalten. Köpcke (St. Bg.) trat mit Einschiebung für die Anträge ein. Hofmann und Haffe (nat.) erklärten, die Anträge seien ihnen trotz der Hinstellung durch Regierungs-

vertreter, daß die Kostenlast unüberschaubar sei, daß Simulation zu befürchten sei und dergleichen, sehr sympathisch. Ihre Stellungnahme müßte sie aber davon abhängig machen, ob die Annahme der Anträge etwa die Novelle selbst gefährde. Prompt erwiderte der Regierungsvertreter Geh. Regierungsrat Caspar: Die Annahme der Anträge würde eventuell die Novelle ernstlich gefährden, und erleichterte der national-liberalen Herren so, gegen die Anträge zu stimmen. Die Anträge wurden mit allen Stimmen gegen die der Socialdemokraten, der Freisinnigen Vereinigung (Köpsche) und des Antilemiten-Klaab abgelehnt. Das Centrum, dessen Arbeiter sich längst für die socialdemokratischen Anträge erklärt hatten, hatte sich bis auf den letzten Mann vor der Abstimmung ohne Erklärung enthalten.

Vom Abg. Spahn war im Laufe der Sitzung angeregt, die Bureauverreiber in das Gesetz einzubeziehen und das Krankengeld für Familienmitglieder auf $\frac{1}{2}$ für Ledige auf $\frac{1}{4}$ des Tagelohns zu erhöhen. Die Socialdemokraten erklärten, daß sie beiden Anregungen Folge geben würden, die Bureauverreiber würden schon jetzt versicherungspflichtig sein, wenn nicht entgegen den Darlegungen auch von socialdemokratischer Seite im Jahre 1891 angenommen wäre, sie seien bereits in die Versicherung.

Nächste Sitzung: Montag.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bemüht sich mit rechtshaberischer Hartnäckigkeit den Unsum aufrecht zu erhalten, daß die Eisenbahnarbeiter kein Koalitionsrecht haben und daß die Strafbestimmungen für Streiks aus der preussischen Gewerbe-Ordnung von 1845 noch zu Kraft bestehen. Wir hatten sie aufgefordert, wenigstens eines ihrer „herborragensten“ Kommentatoren zu nennen, welche die Auffassung des Regierungsorgans unterstützen, daß das Streikverbot von 1845 noch Rechtens sei. Und worauf beruft sich das Blatt? Auf Landmanns Kommentar zur Gewerbe-Ordnung, der bemerkt:

„Auch der Kontraktbruch von Eisenbahnarbeitern kann mit Rücksicht auf § 8 G. O. landesrechtlich unter Strafe gestellt werden.“

Ist die „Nordd. Allg. Ztg.“ so beschränkt, daß sie nicht einseht, wie diese Bemerkung sie gerade widerlegt? Landmann erklärt es für möglich, daß der Kontraktbruch von Eisenbahnarbeitern durch Landesgesetze strafbar gemacht werden könnte. Damit ist gegeben, daß er bisher nicht strafbar ist. Außerdem handelt es sich hier um die Bestrafung des Kontraktbruchs, nicht um die Bestrafung der Verabredung zum Streik — wie im Gesetz von 1845 — auch ohne Kontraktbruch; der Streik kann an sich nicht durch die Einzelstaaten bestraft werden, weil das Strafgesetzbuch die Fälle der Nötigung auf die Bedrohung mit einem Vergehen oder Verbrechen einschränkt, und der Streik ist kein vom Strafgesetzbuch gelanntes Vergehen oder Verbrechen.

Wenn übrigens die „N. A. Z.“ behauptet, daß die preussische Gewerbe-Ordnung von 1845 durch die von 1890 nicht vollständig beseitigt ist, sondern für die der Gewerbe-Ordnung nicht unterliegenden Arbeiter noch gilt, so würde natürlich nicht nur der § 182 in Kraft sein, sondern auch alle übrigen Bestimmungen, z. B. der § 181, der den Unternehmern-Koalitionen die gleiche Strafe androht wie den Arbeitern. Würden sich z. B. die privaten Kleinbahn-Gesellschaften verabreden, ihre Arbeiter anzusperrten, um von ihnen „gewisse Handlungen oder Zugeständnisse“ zu erlangen, so könnten auch sie nach der Gewerbe-Ordnung von 1845 bis zu einem Jahre Gefängnis kriegen. Auch wäre nach § 183 die Bildung von Verbindungen unter Eisenbahnarbeitern — also auch die frömmsten — ohne polizeiliche Erlaubnis mit Geldbuße oder Gefängnis zu bestrafen. Eisenbahnarbeiter, welche „eigenmächtig“ die Arbeit verlassen oder sich „groben Ungehorsams oder beharrlicher Abjectivität“ schuldig machen, wären gleichfalls mit Geld oder Gefängnis zu ahnden (§ 184) usw.

Es ist verzeihlich, daß sich die „Norddeutsche Allgem. Zeitung“ in vormärzliche Zustände zurücksehnt. Aber diese Sehnsucht verleiht dem vermoderten Gesetz kein neues Leben.

Ein Bundesdeutscher Fortschritt! Eine Korrespondenz meldet: Die Bestimmungen über die Arbeiterausgänge, deren Einrichtung und Thätigkeit (Erlaß vom 19. Februar 1892) sind vom Minister Rudde wie folgt abgeändert worden: Nach § 9 Abs. 1 des erwähnten Erlasses sollen die Verhandlungen der Arbeiterausgänge „nach Bedürfnis, jedoch nicht häufiger als vierteljährlich einmal“ stattfinden, ausgenommen wenn die vorgesehene Behörde oder der mit dem Vorhine beauftragte Beamte die Einberufung für erforderlich erachtet, oder wenn zwei Drittel der Ausschussmitglieder darauf antragen. Im nun den Arbeitern mehr als dies bisher anscheinend geschehen ist, Gelegenheiten zu geben, Anträge, Wünsche und etwaige Beschwerden anzubringen, hat der Minister unter Hinweis auf den Erlaß vom 7. Juli 1890 bestimmt, daß die Arbeiterausgänge — unbeschadet des bisher schon zugelassenen häufigeren Zusammentritts — mindestens zweimal im Jahre einzulassen werden. Der oben erwähnten Bestimmung des § 9 Abs. 1 soll demnach hinzugefügt werden: „mindestens jedoch zweimal im Jahre“. Außerdem soll bei jeder Werkstätten-Revision durch ein Direktionsmitglied auch der zuständige Arbeiterausgang einberufen werden, um den Mitgliedern derselben Gelegenheit zu geben, etwaige Wünsche zur Sprache zu bringen. Dabei müssen nach Anordnung des Ministers jedesmal auch die Niederschriften über die früheren Verhandlungen eingehend daraufhin geprüft werden, ob die im Austausch verhandelten Angelegenheiten sachgemäß und dem Zwecke der Einrichtung sowie den Vorschriften entsprechend erledigt worden sind.

Welch eine Arbeiterfreundlichkeit! Zweimal im Jahr müssen die sogenannten Arbeiterausgänge häufig zusammenzutreten! Doran folgt nur das eine, daß sie bisher vielfach überhaupt nicht in Aktion getreten sind. Herr Rudde ist in lächerlichen Kleinigkeiten wirklich riesengroß. Dafür arbeitet er aber auch Tag und Nacht!

Wegen Mißhandlung von Untergebenen in 26 Fällen wurde in Halle der Unteroffizier Nidwin vom Kriegsgericht zu acht Monaten Gefängnis und Degradation verurteilt. Als Zeuge erschien unter andern ein Soldat, der vor den Mißhandlungen des Angeklagten sich auf der Flucht beide Beine erkranken hatte, so daß diese amputiert werden mußten. Dieser Zeuge wurde auf einer Bahre in den Saal getragen.

Graf Bäder und sein früherer Inspektor Kirchner haben, nachdem das Reichsgericht ihre Revision gegen die Gefängnisstrafe wegen Zerstörung einer Feldbahn zurückgewiesen hat, nach dem „Niedersäch. Anz.“ Gnadengesuche an den Kaiser gerichtet.

Kann man den Dresdenern nicht besser zur Kaltwasserkur bequaden?

Aus Bessen, 6. März. Landtag. Die zweitägigen Beratungen der Kapitel über Schulwesen gaben unseren Abgeordneten Anlaß, die Forderung auf eine umfassende fortschrittliche Schulreform zu erheben. Abg. David entwickelte die Notwendigkeit, unter ganzes niederes und höheres Schulwesen im Sinne einer Einheits-Schule umzugestalten. Vor allem seien die Volksschulen an den Gymnasien und Mittelschulen zu beseitigen. Die Kinder der Besitzenden sollten die allgemeine Volksschule besuchen; diese müsse der gemeinsame Unterbau für alle weiteren Bildungsanstalten werden. Dafür sei eine Reform des Unterrichtsstoffes, im Sinne verstärkter Realbildung nötig. Auch die Lehrerbildung auf den Seminarien müsse dementsprechend modernisiert werden. Der Religionsunterricht gehöre überhaupt nicht in die allgemeine Staatschule; er sei den Geistlichen der einzelnen Konfessionen zu überlassen. Der Angriff des Bischofs Koram auf die paritätische Schule zeigt, wessen man von kirchlicher Seite gewärtig sein müsse. Ganzliche Trennung von Schule und Kirche sei die einzig richtige Abwehr gegen solche Vorfälle. In diesem Sinne solle die heftige Regierung das Volksschulgesetz revidieren. Hinsichtlich der höheren Schulen verlangte David die Dinausschiebung des fremdsprachlichen Unterrichts auf die mittleren Schuljahre; der allsprachliche Unterricht sei auf die

Oberklassen oder noch besser ganz auf die Universität zu verweisen. Die Regierung solle sich das bahnbrechende Beispiel Norwegens zum Muster nehmen und in der Reichs-Schulkommission in dieser Richtung wirken. — Vom Ministerium wurden entgegenkommende Erklärungen nur in Bezug auf die Reform des Seminar-Unterrichts und der Zulassung der Seminarabiturienten zur Universität abgegeben. Außerdem erklärte sich die Regierung bereit, ein Reformgymnasium mit Beginn des lateinischen Unterrichts auf Unter-Tertia einzurichten. Hinsichtlich der Vorarbeiten und der Ueberweisung des Religionsunterrichts an die Geisteswissenschaften lehnte sie ein Eingehen auf unsere Vorschläge ab. Daß sie dabei die Unterstützung aller für das „bewährte Alte“ kämpfenden Abgeordneten fand, ist selbstverständlich. Selbst dem Verlangen auf Aufstellung von Schulärzten auf dem Lande traten die einzelnen Volksfreunde entgegen, was von dem Abg. Ulrich gebührend gekennzeichnet wurde. Die Regierung stellte die Einführung des Schulärztensystems in Aussicht. — Bei Beratung des Titels Gewerbe-Aufsicht nahm Abg. Erb Gelegenheit, unsere bei der Generaldebatte angeschnittene Forderung auf Heranziehung von Arbeitern und Arbeiterinnen zur Fabrikinspektion eingehender zu wiederholen und nachdrücklich die Vermehrung der Inspektionen zu verlangen. 70 Proz. Revisionen seien ungenügend; jeder Betrieb müsse jährlich mindestens einmal revidiert werden, und da wo Anstände gefunden würden, sei öfters nachzurevidieren. Bemerkenswert ist, daß sich der nationalliberale Wormser Großindustrielle Reinhardt ebenfalls für die Heranziehung von Arbeitern und Arbeiterinnen als Hilfsbeamte ausgesprach. Danach sind die Auskosten für die Erfüllung dieser Forderung in Hessen wesentlich gestiegen.

Großherzogtum Sachsen-Weimar. 5. März. (Eig. Ber.) Der Landtag wird morgen geschlossen werden, nachdem derselbe die ihm vorgelegten Gesetzentwürfe erledigt hat. Die Regierung erklärte heute auf eine Anfrage, wie sich der Vertreter im Bundesrat zu der Zulassung der Jesuiten stelle, daß die großherzogliche Regierung dagegen stimmen werde. Die Einbeziehung der Haus-schlachtungen unter das Fleischbeschau-Gesetz ist un-entschieden geblieben, da der Landtag in zwei namentlichen Abstimmungen Stimmengleichheit aufwies. Der Staatsvertrag zwischen 8 Thüringer Staaten betr. die Gründung einer Thüringer Kerkelammer, und das Gesetz über die Organisation der Kerkel wurde mit einem von den sozialdemokratischen Abgeordneten gestellten Antrag angenommen.

Zu Herbst haben die Neuwahlen stattzufinden.

Centrumsmoral. Aus Baden wird geschrieben: Die Rede des Abg. Schüler im Reichstag über die Weinsteuer und gegen die Einfuhr bezw. für mehrbörte Verzollung südländischer Weine wird von der ultramontanen „Offenburger Zeitung“ demagogisch ausgenutzt, um die Winger zum heftigsten Kampf gegen die Sozialdemokratie anzufragen. Es soll insbesondere die Polemik des Centrumsdreiners Schüler gegen den sozialdemokratischen Abg. Wurm zur Verhöhnung der Bauern dienen, weil Wurm die Verordnung Pöbblotz's mißbilligte, welche den ausländischen Rotwein aus den deutschen Hospitälern verbannt und nur inländischen Roten zuläßt. Schüler's Denkschrift an Pöbblotz wird als leitende That gegenüber der volksfeindlichen Sozialdemokratie gepriesen. Es ist nun sehr bezeichnend, daß dasselbe katholische Bauernorgan in seinem Interzettel große Reklame betreibt für den italienischen Vektet-Rotwein, der als „ärztlich anerkanntes Stärkungsmittel für Gesunde und Kranke“ wegen seiner (im Gegensatz zu unsern badi-schen Weinen) geringen Gerkelmenge aufs angelegentlichste empfohlen wird. Im diesen Zwiespalt der Natur des Pfaffenblattes zu begreifen, muß man wissen, daß diese Anpreisung des italienischen Weines von der Kerkelgesellschaft „Katholisches Vereinsband Freiburg i. Br.“ ausgeht und gezeichnet ist. Gegen diese Pfaffenkapitalisten getraut sich das Leiborgan des Herrn Abg. Schüler die Rebhanern nicht zu den Nisgabeln zu rufen.

Noch etwas zur Charakterisierung der Centrumspresse. In Offenburger begann am Sonntag eine Theatergesellschaft im Stadttheater einen Chluis dramatischer Vorstellungen. Die „Offenburger Zeitung“ läßt sich die Einladungen und Druckfachen von der Direktion bezahlen, nützt das Frei-billet der Redaktion aus, will aber in der heiligen Fastenzeit die Schaflein — von dem Besuche des Theaters fernhalten. In diesem Zwecke knüpft der heilige Jesuit der Redaktion an die günstige Rezension der Eröffnungsvorstellung folgenden Schlußsatz an: „Natürlich wollen wir die katholischen Leser unseres Blattes nicht zur Teilnahme an Lustbarkeiten verleiten, wenn wir ab und zu unsere Redaktionspflicht über, indem wir Kritiken über die Leistungen des derzeitigen Ensemble's bringen.“

Von der hohen Schule des Volkes. Aus der Pfalz wird uns folgendes berichtet: Im September v. J. brachte die „Pfälzische Post“, das sozialdemokratische Organ der Pfalz, eine Aufschrift, die ihr aus dem Lager Reichsberg zugegangen war, zum Abdruck, in der gegenüber einem Hauptmann Schach des 2. bayrischen Jäger-Regiments der Vorwurf erhoben, daß er die ihm unterstellten Landwehrentente in ungehöriger Weise anrede und daß er einen der Landwehrentente nach der Art Glog von Verdächtigens zur Vornahme einer Handlung einlade, die Claude Tillier in seinem „Onkel Benjamin“ klassisch schildert. Auf Grund der Beschuldigungen der „Pfälzischen Post“ wollte der Herr Hauptmann ursprünglich den Redakteur am Stragen nehmen, doch bekam er sich noch rechtzeitig und unterließ sein Vorhaben. Dafür nahm sich das Kommando der Gerkel an, und das Ende vom Lied war eine Anklage wider den Hauptmann wegen Mißbrauchs der Dienstgewalt. Das Ergebnis der Verhandlung war eine glatte Bestätigung der Angaben unsres Parteiblattes. Es wurde dem Herrn Hauptmann nachgewiesen, daß er die ihm unterstellte Mann-schaft faule, leichthinnige, unverschämte Kerkel, Bande, ja sogar als Landwehrgesindel angesprochen hatte. Das Gericht diktierte dem Herrn Hauptmann vier Tage Stubenarrest. Die Bezeichnung „Kerkel“ erachtete das Gericht nicht als beleidigend. Das Landauer Militärgericht hat damit das Seitenstück geschaffen zu dem Spruch des Augsburger Gerichtes, das den Ausdruck „Hindvieh“ als nicht beleidigend erachtete.

Wahlvorbereitungen.

Kandidatur Hoensbroch. Graf Hoensbroch, der einstige Jesuit und nunmehrige Häcker des Centrum's, hat die schlaume Reizung, in einem Wahlkreise zu kandidieren, den der schärfste Widersacher des Centrum's, die Sozialdemokratie, inne hat. Er hat eine Kandidatur angenommen für den 22. sächsischen Wahlkreis Reichenbach-Schneeberg, den unser Parteigenosse Hofmann vertritt; wie die „Tägliche Rundschau“ sagt, „auf dringendes Ersuchen evangelischer Arbeiter und Fabrikanten“. Warum will dem Herr Graf Hoensbroch gegen-über einem Sozialdemokraten sich eine glänzliche Wahlabsicht holen? Ehrendoller wäre es gerade für ihn, es etwa in einem Centrum's-kreise zu versuchen.

Die nationalliberale Partei in Nürnberg beschloß, bei den Reichstagswahlen mit einem eigenen Kandidaten aufzutreten. Bisher wurde sowohl in nationalliberalen als auch in freisinnigen Kreisen die Hoffnung gehegt, daß es gelingen werde, sich auf einen gemeinsamen Kandidaten zu einigen. Dieser Hoffnung haben nun die Nationalliberalen durch obigen Beschluß ein Ende gemacht, sie wollen nur bei künftigen Landtags- und Gemeindevahlen wieder mit dem Freisinn zusammengehen, bei den Wahlen für den Reichstag aber nur bei einer eventuellen Stichwahl für den freisinnigen Kandidaten eintreten. Vor dieser Verlegenheit wird sie die sozialdemokratische Wählererschaft Nürnbergs bewahren.

Ausland.

Rußland und die macedonische Frage.

Genosse Parvus schreibt in seiner „W. P.“ Korrespondenz: „Die russische offizielle Presse verkündet für den laufenden Monat März einen großen Ansturm in Mazedonien. Man war in den russischen Regierungskreisen bis jetzt ganz anhedonisch gut unterrichtet über die Pläne der macedonischen Komitees. Man wußte alles

so gut im Voraus, als wenn die Pläne der macedonischen revolutionären Organisationen in den Petersburger Regierungskreisen vorbereitet worden wären. Die Berechtigung der macedonischen Reformbewegung soll nicht bestritten werden. Das ist eine Sache für sich. Eine andre Sache aber ist der Zusammenhang dieser Bewegung mit der russischen Orientpolitik. Wenn der Zar für Völkerefreiheit schwärmt, dann muß eine große Gemeinheit im Zuge sein. Was braucht sich die zarische Regierung über die türkische Miswirtschaft zu entsetzen. Die Zustände in Rußland selbst stehen vielfach noch hinter den türkischen zurück. Man sehe doch, wie schamlos und grau-sam die zarische Regierung die chinesische Bevölkerung in der annektierten Mandchurei austritt! Die Nordharden der Kofaten am Amur sind grauenerregender als die Raubzüge der Tataren. Die Rechtslage der Juden in Rußland ist kaum besser als die der Christen in der Türkei. Wie man in Rußland freie Meinungsäußerungen niederknüllt, ist bekannt. Und gestohlen und geküßelt wird in Rußland wie in der Türkei.

Die macedonische Aufstandsbewegung genießt seit Jahren bul-garischen Schutz und russische Duldung. Die zarische Regierung verurteilt öffentlich das Revolutionärkomitee und unterstützt es im geheimen. Bulgarien hat sogar dem Komitee auf Drängen der Türkei den Prozeß gemacht. Die Verfehr der Bewegung wurden in Ost genommen. Und in der Untersuchungshaft genossen sie die größte Freiheit: erledigten ihre Korrespondenzen, unterhielten den regsten Verkehr mit ihren Agenten und erteilten Interviews den Vertretern der russischen offiziellen Presse, denen sie ohne Scheu haarleinen ihre Pläne darlegten. Es wurde ihnen denn auch kein Härlein geküßelt. Wie denn auch in diesem Augenblick Rußland offiziell die Annetie derselben „Aufwiegler“ verlangt, gegen deren Thun es soeben in den scharfsten Worten sich ausgesprochen hat. . . .

Das schließt nicht aus, daß sie ihre christlichen Schutzhelfer befrucht: es ist ihr nicht um die Reformen zu thun, sondern darum, die chaotischen Zustände des Osmanischen Reichs noch zu steigern.

Die Reise des Grafen Lambdörf hat erst die macedonische Frage breit hingestellt und aktuell gemacht. Besieht man sich das nunmehrige aufgeteilte und auch schon bereits ergänzte Reform-programm, so überzeugt man sich, daß es aus lauter Palliativmitteln besteht, was die Schaffung einer modernen Selbstverwaltung für die Bevölkerung betrifft, aber sehr wichtig sein muß vom Gesichtspunkte weiterer Schwächung der Türkei. Dieser werden de facto nicht nur die Administration, sondern auch die Verfügung über die finanziellen und sogar über die Militärkräfte dieser Provinzen entzogen. Der alte Zustand wird zerstört und dem neuen von vornherein der Halt entzogen. So will Rußland das Land in einem Zustand der Zer-splitterung und allgemeinen Schwäche erhalten, bis der Augenblick gekommen sein wird, wo es dort Ruhe und Ordnung schafft wie im Jarenreich. . . .

Es ist kennzeichnend, daß die russische Diplomatie gerade in diesem Augenblick mit der macedonischen Frage auch die Frage der serbischen Chronologie auf die Tagesordnung bringt. Man gewinnt den Eindruck, daß mit Absicht „die Orientfrage aufgerollt“ wird. Kein Staat entwickelt eine so intensive Politik auf der Balkanhalbinsel wie Rußland. Ueberall hat die zarische Regierung ihre Hand im Spiel. Sie zettelt Verhandlungen an, organisiert Auf-stände, sie hält eine Bande Meuchelmörder in ihrem Solde — alles nachgewiesene Thatsachen. In Armenien, auf Aetia, in Mazedonien, Serbien, Bulgarien, Montenegro, Griechenland, überall wird von der zarischen Diplomatie intrigiert und geküßelt. . . .

Die Völker des Balkans leiden nicht nur unter der türkischen Herrschaft, sondern vielleicht nicht minder unter der europäischen Diplomatie. So ist die slavische Frage nur in erster Linie eine Frage der Loslösung von der Türkei, in zweiter aber eine Frage der Konsolidierung eines slavischen Staates. Das letztere suchte Rußland bis jetzt ebenso sehr zu verhindern, wie es das erste förderte.

Was Rußland im Orient will, weiß man: Konstantinopel. Mit den Unabhängigkeitskämpfen der kleinen Nationen im Balkan können wir sympathisieren, — die Frage des Restes von Konstantinopel aber, der dem Jarentum eine ganz Europa beherrschende Stellung schaffen würde, ist, solange der russische Absolutismus besteht, die ureigenste Frage des europäischen Proletariats.

Schweiz.

Der Kampf um den Jolltaris.

Büch, 3. März. (Eig. Ber.) Nur kurze Zeit noch trennt uns vom Abstimmungstage, dem 25. März und man merkt diesen Laufand auch aus der sichersten Steigerung der Agitation für und wider den Jolltaris. Den Ueberzöllnern stehen nicht nur die meisten Zeitungen zur Verfügung, sondern auch rednerische Kräfte in Ueber-fluß, weil alle bürgerlichen Politiker und Parlamentarier aus wirt-schaftlichem Eigeninteresse und aus parteipolitischen Gründen für den Jolltaris eintreten. Unter den radikalsten Politikern ist mancher, der mit den Ueberzöllnern durchaus nicht einverstanden ist, die Agrar- und Mittel-standspolitik aber aus Parteidisziplin mitmacht, weil andernfalls der Abfall von Mittelstandselementen in Handel und Gewerbe wie von Bauern von der radikalsten Partei zu befürchten wäre.

War die Agitation in Sachen des Jolltaris schon während der Unterdrückensammlung eine rege, so ist sie nun seit dem imposanten Erfolg der Jollgegner mit den 110 000 Unterzöllnern weiter von Woche zu Woche gestiegen und wird sie in den nächsten Tagen den Höhepunkt erreichen. Die während der Wahlbewegung für die Reichstags-wahlen in Deutschland von den Parteien selbst in den kleinsten Dörfern Versammlungen veranstaltet werden, so finden in der Schweiz neben den Versammlungen in den Städten und Industrie-Orten auch solche in den kleinsten Dörfern mit mehr oder weniger ausschließlich land-wirtschaftlicher Bevölkerung statt. Die Veranstalter der Ver-sammlungen gehören allen Kreisen an, meistens sind es Grüll-vereine und andre Arbeiter-Organisationen sowie landwirtschaftliche Vereine; vielfach werden von den verschiedenen Interessen-vereinigungen gemeinschaftlich Versammlungen mit Referenten und Korreferenten einberufen, und wo dies nicht geschieht, benutzen die Gegner die Dislokation zur Vertretung ihres gegenwärtigen Standpunktes.

Den Anhängern und Interessenten des Jolltaris kann der Vor-wurf nicht erpart werden, daß sie ihre Sache selbst als eine schlechte erscheinen lassen durch die Art und Weise, wie sie sie verfechten. Ihre Argumentation ist eine völlig einseitige, widerspruchsvolle und demagogisch irreführende, die nur Glauben von den Zuhörern ver-langen, die offene, allseitige Kritik aber nicht vertragen kann. „Das Ausland trägt den Joll; der Zwischenhandel und zum Beispiel be-züglich der Viehzüchtung die Peggler tragen den Joll; die Fleisch-preise werden nicht steigen, aber die Landwirtschaft muß höhere Preise haben, um vor dem Ruin bewahrt zu bleiben; die Fleischpreise werden nur um 1,1 oder höchstens 2,5 Rappen steigen, während alle Welt weiß, daß die Fleischpreise in der Schweiz sich immer nur um 5 bis 10 Rappen auf oder ab bewegen. Den Arbeitern verspricht man förmlich einen Anteil an dem überzöllnerischen Deute-zug in Gestalt von Lohnerhöhungen, gleichzeitig jammert man über die hohen Löhne in der Landwirtschaft, die durch die hohen Löhne in der Industrie verursacht worden seien“ usw.

Die Bauern sind denn auch zu einem großen Teile fanatisiert, lärmen und schreien, wenn in den Versammlungen Jollgegner reden und schreien auch vor persönlichen Verunglimpfungen und thätlichen Mißhandlungen nicht zurück.

Der Kampf um den Jolltaris ist so zu einem Kampfe aller gegen alle geworden, der die tiefsten Leidenschaften aufwühlt und die Interessengegenstände in nie dagewesener Weise verärgert. Die ver-zweiflungsvollen Anstrengungen der Ueberzöllner zur Rettung des Tarifs beweisen, wie wenig sicher sie dessen Annahme halten und wie sehr gefährdet im Gegenteil sie denselben erachten. In der That können die Jollgegner mit der bisherigen Gestaltung der Situation zufrieden sein. —

Frankreich.

Die Kammer stimmte einer Erhöhung der Summe für die Pension der alten Vergleute zu. Bis jetzt konnten von den 25 000 Vergleuten, die das Alter von 55 Jahren erreicht haben bezw. 30 Jahre im Dienst sind, nur etwa 3000 eine Alterspension erhalten. Die Zahl der Pensionäre soll auf 12 000 gebracht werden. —

Belgien.

Das Achtstundengesetz für Vergleute. Der Gesetzentwurf des sozialistischen Deputierten Debrée betreffend die Regelung der Arbeitszeit in Vergleuten ist jetzt der Kammer zugestellt worden; er enthält folgende Bestimmungen: Ein Jahr nach Veröffentlichung des Gesetzes beträgt die Arbeitszeit der Vergleute unter Tage 9 Stunden, vom Augenblick der Einfahrt an bis zur Ausfahrt gerechnet. Drei Jahre nach Veröffentlichung beträgt die Arbeitszeit 8 Stunden. Der Artikel 2 enthält Ausnahmebestimmungen. Danach können durch königliche Verordnung nach Anhörung der Verginsektion und der Arbeitervertreter einzelne Unternehmer jedoch nicht länger als 3 Monate von den Bestimmungen des Artikel 1 entbunden werden. Die Verordnung hat in diesen Fällen gleichzeitig eine Lohnerhöhung für die Ueberstunden nicht unter 30 Proz. des gewöhnlichen Lohnes festzusetzen. Ueber die Vergehen gegen das Gesetz sind Protokolle aufzunehmen und dem Minister der zuständigen Polizeibehörde und der Verginsektion einzuliefern. Die Zuwider-handelnden werden mit Polizeistrafen belegt; im Wiederholungsfalle ist der Richter gehalten, Gefängnisstrafe zu verhängen. —

England.

Die Schulovalage für London.

London, 4. März. (Eig. Ber.) Die Vereinigung der Lehrer, die 50 000 Mitglieder zählt, hielt gestern Abend eine große Ver-sammlung, um — in Uebereinstimmung mit der Forderung der britischen Gewerkschaften — eine direkt vom Volke gewählte Schul-behörde zu verlangen. Wie an dieser Stelle des öfteren ausgeführt wurde, beabsichtigt die Regierung, die jetzt bestehende Schulkommission (School Board) zu beseitigen und an ihre Stelle eine aus den 28 Städteverwaltungen zu ernennende Körperschaft zu setzen. Die Arbeiter, die Lehrer sowie alle fortschrittlichen Elemente Londons betrachten eine solche Reform als bildungs- und volksfeindlich. Der liberale Abgeordnete und Schulmann Dr. Macnamara war der Hauptredner und gab unter andern folgende interessante Ziffern: „Die Londoner School Board besteht aus 55 Mitgliedern, denen 1418 Schulabteilungen, 13 519 Lehrer und 536 000 Kinder unter-suchen, außerdem ein ganzer Stab von Beamten, Buchhaltern zc. Dazu giebt es in London 1500 kirchliche Schulabteilungen mit 220 000 Kindern. Der Grafschaftsverwalter verwaltet die Mittelschulen. Der Wirkungskreis der neuen Schulbehörde wird sich demgemäß auf 20 000 Lehrer, eine Million Schulkinder und 4 Millionen Pfd. Sterl. (80 Millionen Mark) erstrecken.“ Die Lehrer verlangen deshalb eine besondere Behörde, die ausschließlich zum Zwecke der Schulverwaltung direkt vom Volk gewählt werden soll. Jeder andre Plan wird von ihnen bekämpft werden. —

Irland und die englisch-amerikanischen Beziehungen.

London, 4. März. (Eig. Ber.) In unserer Neujaresbetrachtung über England wurde auch auf die diplomatische Bedeutung hin-gewiesen, die Irland in der Gestaltung der anglo-amerikanischen Beziehungen zukommt. Selbstredend entzieht diese Ansicht nichts Neues. Sie wurde schon in den sechziger Jahren des letzten Jahr-hunderts von Karl Marx ausgesprochen. Einen konkreteren Fall zu ihrer Bestätigung bringen heute die „Times“ in einer Korrespondenz aus Dublin, worin erzählt wird: „Die Wirkung der Lösung der irischen Landfrage auf die anglo-amerikanischen Beziehungen illustriert Kapitän Shaw-Taylor durch eine merkwürdige Episode, die zur Zer-stückung des ursprünglichen Hay-Panchofote-Vertrages führte. Nach-dem sich ein gewisser Irländer vergewissert hatte, daß der Senat im Begriffe war, den Vertrag anzunehmen, begab er sich zu 27 Senatoren und stellte ihnen vor, daß die Annahme des Vertrages einen schäd-lichen Einfluß auf die irischen Interessen haben würde; das Zustandekommen des Vertrages würde den Eindruck machen, als ob beide Mächte ihre Differenzen ausgeglichen hätten. Der Irländer fand, daß 19 dieser Senatoren irische Wähler hatten. Mit Rücksicht auf Irland stimmten 24 gegen den Vertrag und drei enthielten sich der Abstimmung. Der Vertrag wurde auf diese Weise zu Fall gebracht. Dies ist nur eines der vielen Beispiele, die England beweisen sollen, wie eng seine imperialen Interessen mit einer gerechten Lösung der irischen Landfrage zusammenhängen.“ Es mag hier bemerkt werden, daß sich diese Episode nur zwischen dem 5. und 13. Februar 1900 abspielte konnte, als der Bundesstat wider alles Erwarten durch die Annahme von anti-englischen Amendements eine Ratifikation des Vertrages betreffend den Bau des Nicaragua-Kanals unmöglich machte. —

Dänemark.

Die Regierung gegen die Arbeiterunehelch. In mehreren Städten Dänemarks veruchen die Unternehmer durch Errichtung einer sogenannten Hafenjant die organisierten Hafenarbeiter von der Arbeit auszuschließen oder zum Austritt aus ihrer Organisation zu zwingen. Auch in Kallsof auf der Insel Laaland war eine solche Hafenjant gegründet worden, deren Regulativ im Stadtrat angenommen wurde. Der Kallsover Stadtrat begehrt dann von der Regierung die Bestätigung dieses Regulativs. Das Ministerium für öffentliche Arbeiten hat aber darauf er-läut, daß es keinen Grund habe, das Regulativ zu bestätigen, und bemerkt im übrigen, es müsse für sehr zweifelhaft angesehen werden, inwiefern es ge-sehlich zulässig sei, die Arbeit im Kallsover Hafen zu Gunsten der Jantmitglieder zu mono-polisieren, wie es das Regulativ fordere.

Als „Volland-Halters Sozialdemokrat“ die telegraphische Mit-teilung über die Stellungnahme des Ministeriums erhielt, wurden sofort Laufzettel herausgegeben, um die Bevölkerung und namentlich die Hafenarbeiter in Kenntnis zu setzen. Allgemein wurde es mit großer Genugthuung aufgenommen, daß das Ministerium sich nicht zum Mitschuldigen an dem Verbrechen gegen die Koalitionsfreiheit der Hafenarbeiter machen wollte. —

Amerika.

Die sozialistische Partei und die Gewerkschaften.

Das Nationalkomitee der sozialistischen Partei der Vereinigten Staaten beschäftigte sich in seiner Februarsitzung mit der Stellung der Partei zu den Gewerkschaften. Das Resultat der Debatte war die einstimmige Annahme der folgenden Resolution: „Das Nationalkomitee der Sozialistischen Partei in Jahres-sitzung versammelt, bekräftigt aufs neue die Haltung der Partei der Gewerkschaftsbewegung gegenüber, wie sie in der Indianapolis-Resolution von 1901 zum Ausdruck gelangte.“

Wir betrachten die Gewerkschaftsbewegung und die sozialistische Bewegung als untrennbare Teile der allgemeinen Arbeiterbewegung, erzeugt durch die wirtschaftlichen Verhältnisse, welche dieselben Ziele verfolgen, und wir erachten es als die Pflicht jeder der beiden Bewegungen, sich gegenseitig zu unterstützen in ihren betreffenden Wirkungsbereichen.

Aber wir sind uns auch der Thatsache bewusst, daß jede der beiden Bewegungen ihre spezielle Mission in dem Emancipations-kampfe der Arbeiterklasse zu erfüllen hat; daß es die Aufgabe der Gewerkschaften ist, die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiterklasse zu führen, während die Sozialistische Partei die politischen Schlachten der Arbeiterklasse schlagen muß; daß die Interessen der Gesamt-arbeiterbewegung am besten dadurch gewahrt werden, daß jede der beiden Bewegungen innerhalb ihres eignen Tätigkeitsfeldes bleibt und sich nicht aktiv in die Angelegenheiten der andern mischt.

Die Sozialistische Partei wird fortfahren, ihre Unterstützung den ökonomischen Kämpfen der organisierten Arbeiter zu teil werden zu lassen ohne Rücksicht auf die Jugendlichkeit der in die Kämpfe ver-wickelten Unionen und wird sich nicht einmischen in die inneren Streitigkeiten und Differenzen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung; die Partei wird auch nach wie vor die Sympathie und Unterstützung

der Gewerkschaftsorganisationen beanspruchen, ohne sich gegen diese oder jene Richtung in der Gewerkschaftsbewegung aufzuwerfen oder auszusprechen.

Wir erklären es auch für unweise, Gewerkschaften als solche zu politischen Konventionen unserer Partei einzuladen."

Aus Industrie und Handel.

Der „Fall Exner“.

Leipzig, den 6. März 1903.

Zu Beginn der Verhandlung macht der Verteidiger Justizrat v. Gordon grundsätzliche und technische Bedenken gegen die vom Vorstehenden entworfenen Fragestellungen geltend. Die Staatsanwaltschaft schließt sich dem an. Der Vorsitzende erklärt, der Gerichtshof werde die Frage erwägen und vertagt die Verhandlung auf eine Stunde. Nach Wiederaufnahme der Sitzung teilt der Vorsitzende mit, daß die Verhandlung wegen der für die Rekonstruktion der Fragen erforderlichen Zeit auf Montagvormittag vertagt wird.

Die Reichsbank im Jahre 1902. In der heutigen Generalversammlung der Reichsbank gelangte der Geschäftsbericht für 1902 zur Verteilung, der ein übersichtliches Bild der geschäftlichen Tätigkeit des Instituts im letzten Jahre gibt. Während in der ersten Hälfte sich ein von beträchtlicher Höhe des Metallvorrats begleiteter Rückgang der Anlagen zeigte, machte sich in der zweiten Hälfte ein Bedar nach Geld, und zwar vorzugsweise nach Metallgeld, in dem Grade geltend, daß jener Rückgang fast völlig wieder ausgeglichen wurde. Beim Jahresabschluss erreichte die Gesamtanlage den höchsten bisher vorgekommenen Betrag. Wenn die Guthaben der privaten Giro-Interessenten zwar sich im Durchschnitt etwas erhöhten, so wurde dieser Anstieg durch den vermehrten Bedarf der Reichs- und Staatskassen mehr als aufgehoben. Trotzdem war es möglich, den Zinssfuß lange Zeit auf 3 Proz. und erst im letzten Vierteljahre nicht höher als 4 Proz., im Durchschnitt des ganzen Jahres wesentlich niedriger als im Vorjahre zu halten.

Die Erträge sind demzufolge hinter denen des Vorjahres nicht unerheblich zurückgeblieben. Die Gesamtumsätze der Reichsbank betragen in 1902 bei der Reichshauptbank 67 087 536 200 M. (im Vorjahre 63 781 489 400), bei den Reichsbankstellen 124 898 678 800 M. (129 306 129 900), das sind zusammen 191 986 215 000 M. (gegen 1901: 1 221 404 300 M. weniger). Der durchschnittliche Zinssfuß war 1902 3,321 Proz. (im Vorjahre 4,099), der Zinssfuß für Lombarddarlehen 4,321 Proz. (5,099). Der höchste Banknotenlauf war wieder am 31. Dezember mit 1 516 469 000 M. zu verzeichnen, der durchschnittliche Notenlauf war 1 229 623 000 M. (+ 89 359 000).

Im Laufe des Jahres wurden auf Girokonten vereinnahmt 64 593 972 714 M. (im Vorjahre: 83 893 691 025), darunter für Reichs- und Staatskassen 16 933 811 658. Einschließlich der für Rechnung des Reichs und der Bundesstaaten im Giroverkehr geleisteten Zahlungen beliefen sich die Ein- und Auszahlungen für das Reich auf 13 036 630 212 M., für die Bundesstaaten auf 20 722 169 245 M. Der Gesamtumsatz im Giroverkehr, einschließlich der vorstehenden Zahlungen hat in 1902 169 227 395 537 M. betragen (im Vorjahre 167 737 164 694).

Der Gesamtgewinn beträgt für 1902 = 36 893 315 M. (im Vorjahre 44 752 345). Hieron gehen ab: Verwaltungskosten 13 935 365 M. (im Vorjahre 13 536 333), für Banknotenherstellung 389 167 M., Zahlung an den preussischen Staat 1 865 730 M. (wie im Vorjahre), 478 289 M. Rentenrueher (352 684) und einige kleinere Summen, monats als Reingewinn 19 991 299 M. (25 946 284) verbleiben. Der Reservefonds erhält hiervon 2 948 259 M. (steigt damit auf 47,58 Millionen), das Reich als Anteil 8 844 779 M. (im Vorjahre 12 417 770), die Anteilbeiguer 6,47 Proz. Dividende.

Die Reichsbank hat also, vornehmlich infolge des niedrigen Zinssfußes, im abgelaufenen Jahre einen geringeren Gewinn erzielt als in den vorausgegangenen Jahren. Doch sind bei der Reichsbank die Gewinnergebnisse anders zu beurteilen als bei den anderen großen Geldinstituten; die Aufgabe der Reichsbank ist nicht, hohe Dividenden zu erzielen, sondern auf den Geldmarkt einen gewissen regulierenden Einfluß auszuüben, dem deutschen Geldverkehr einen Rückhalt zu geben, und in dieser Hinsicht hat sie sich wiederum völlig bewährt.

Vom deutschen Eisenmarkt. Nach Mitteilung der „Sächsischen Zeitung“ sind in letzter Zeit größere Bestellungen auf deutsches Eisen eingelaufen, und zwar gehen die Aufträge meist direkt an das Hoheisen-Syndikat. Außer 25 000 Tonnen Gießerei-Eisen stehen noch 25 000 Tonnen Thomas-Eisen in Frage, desgleichen ist weiterer Bedarf in Spiegel-Eisen in Aussicht. Die Aufnahmefähigkeit des Inlandes beginnt gleichfalls wieder zuzunehmen.

Bierproduktion verschiedener Länder. Nach einer englischen Statistik betrug die Zahl der Brauereien in den wichtigsten Bier produzierenden Ländern und die Menge des hergestellten Bieres im Jahre 1901:

Länder	Zahl der Brauereien	Menge in Millionen hl
Deutschland	19 281	71,1
Amerika (Vereinigte Staaten)	2 412	67,4
Großbritannien und Irland	6 789	60
Österreich-Ungarn	1 526	21,3
Belgien	3 228	14
Frankreich	2 540	9,7
Russland	1 025	5,2

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung! Töpfer, Rieter, Sattler aller Branchen! In der Töpferei- und Rieter-Fabrik von Offer u. Co. sind neuerdings Differenzen ausgebrochen. Es handelt sich um die Einführung eines Tarifs für Rieterpreise, wodurch die bestehenden Preise bei einer großen Anzahl von Artikeln oder deren Größen reduziert worden sind. Es muß als ein starkes Stück bezeichnet werden, wenn ein Fabrikant drei Tage nach Abschluß eines Einigungsvertrages sich herbeiläßt, Abzüge von bestehenden Preisen zu machen. Es sieht uns wahrlich für ein derartiges Verfahren ein Ausdruck, der den Regeln des Anstandes entspricht, nicht zu Gebote. Die Arbeiter sehen in diesem Vorgehen des Fabrikanten eine Herausforderung, die sie mit allen Kräften zurückweisen werden. Die Arbeiter und Arbeiterinnen haben sämtlich die Arbeit niedergelegt. Zugung ist streng fernzuhalten.

Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Sattler-Verbandes. **Ueber die Aussperrung der Ladierer bei Drensein u. Koppel in Spandau** wurde in der letzten Ladierer-versammlung berichtet, daß die Firma den ausgesperrten anheim gestellt hat, um Arbeit anzufangen, dann könnten dieselben wieder anfangen. Das wurde von den Ladierern mit Entrüstung zurückgewiesen. Dieselben haben in anderen Betrieben Arbeit bekommen. Die paar Arbeitswilligen, die bei der Firma beschäftigt sind, scheinen auf Menschenwürde keinen Anspruch zu machen. Sie kommen, um mit den dort beschäftigten Personen nicht außerhalb der Fabrik zusammen zu kommen, eine Viertelstunde später und müssen abends eine Viertelstunde früher aufhören, mittags wenn sie gegessen haben, müssen sie von der Kantine nach der Portierstube gehen, bis die Arbeit wieder beginnt. Auch ist den anderen Handwerfern verboten, mit den Arbeitswilligen während der Arbeit zu sprechen.

Achtung! Metallbrüder! Sämtliche Kollegen der Firma Engel, Prinzessinnenstraße 5, haben wegen Abzügen und sehr schlechten Accordpreisen die Arbeit niedergelegt.

Es sind für Metallformer, Restriker und Gießerei-Arbeiter die Firmen Gebrüder Müller, Staligerstr. 132, Eitner, Sebastianstr. 61, Pohl (Inhaber Leddihn), Weberstr. 7, und Richard Gradewitz, Dredenerstr. 38, bis auf weiteres gesperrt. Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten, damit Zugung nach Berlin streng ferngehalten wird.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. (Ortsverwaltung Berlin.)

Deutsches Reich.

Die Töpfer in Frankfurt a. O. haben in letzter Zeit verhältnismäßig Differenzen mit den Arbeitgebern gehabt, weil diese den Arbeitern einen ungünstigen Tarif aufzuzwingen suchten, nachdem der früher vereinbarte alte Tarif seit dem 16. Februar abgelassen ist. Aus Anlaß dieser Tarifdifferenzen wurden am Mittwoch die Töpfer in zwei Werkstätten gemahregelt. In demselben Abend beschloß eine Versammlung, daß sämtliche Töpfer sich mit den ausgesperrten solidarisch erklären und am Donnerstag die Arbeit nicht wieder aufnehmen. Zugung von Töpfern und Ofensehern ist deshalb fernzuhalten.

Legilarbeiter. Die Arbeiter der Tuchfabrik von Henry Edel in Spremberg haben beschlossen, am Sonnabend (heute) die Kündigung einzureichen, weil die Firma ihre Forderung, die Löhne, welche 5—10 M. betragen, zu erhöhen, abgelehnt hat. Die Fabrik ist gesperrt. Zugung ist zu vermeiden.

Die Maurer in Spremberg haben Forderungen auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse gestellt, die aber von den Unternehmern abgelehnt wurden. Die Maurer wollen jedoch an ihren Forderungen festhalten, sie erlauben ihre auswärtigen Kollegen deshalb, Spremberg zu meiden.

Die Polizei in Cottbus hat den Vorstand der dortigen Zählstelle des Bauarbeiter-Verbandes mit Strafmandaten bedacht, weil er Veränderungen im Mitgliedsbestande nicht rechtzeitig gemeldet haben sollte. Das Schöffengericht sprach die Vorstandsmitglieder jedoch frei, woraus hervorgeht, daß die Polizei zu Unrecht mit Strafverfügungen vorgegangen ist. Auch die Organisationen der Metallarbeiter, Legilarbeiter und Handlungsgesellen sind aus demselben Grunde wie die Bauarbeiter mit Strafmandaten bedacht worden, über welche die gerichtliche Entscheidung noch aussteht.

Der Streik der Tagelöhner in Köln ist zu Gunsten der Arbeiter beendet. Die Direktion hat ihren Lohnsatz zurückgezogen und den Ausschern den bisherigen Verdienst zugesagt.

Ausland.

Eine Aussperrung der Danziger Koppenhagen steht nahe bevor. Ein unbedeutender Konflikt auf einem Bau, wo die Tischlerarbeiten durch die Aktiengesellschaft „Silvan“ ausgeführt werden, veranlaßte die am 2. März abgehaltene Generalversammlung der Bauabteilung der Koppenhagener Tischlerinnung zu beschließen, am 16. März eine allgemeine Aussperrung vorzunehmen. Nun hat der geschäftsführende Ausschuß der „Dänischen Arbeitgeber- und Meistervereinnigung“, am Mittwoch diesem Beschluß seine Zustimmung gegeben.

Aussperrung norwegischer Sägewerksarbeiter. Die Arbeiter des großen Sägewerks von Thams u. Co. in Orledalsdalen bei Trondheim sind ausgesperrt worden, weil sie dem Verlangen, aus ihrer Organisation auszutreten, nicht nachkommen wollten. Die Firma sucht jetzt durch Annoncen in den verschiedensten Blättern nach unorganisierten Arbeitern. Der Vorstand des norwegischen Arbeitersmanns-Verbandes hat eine Eingabe an das Storting gerichtet, worin auf diesen Fall als auf einen neuen Beweis dafür hingewiesen wird, daß gesetzlicher Schutz des Koalitionsrechts der Arbeiter unbedingt notwendig ist.

Sociales.

Die Großen gegen die Kleinen.

In Leipzig hielt am Mittwoch der Verband der sächsischen Industriellen eine Versammlung ab, in der unter anderem über die Ansprüche der Handwerkerorganisationen gegenüber den großen Industriellen verhandelt und nach einem entsprechenden Referat folgende Resolution angenommen:

„Die in Leipzig tagende Versammlung sächsischer Industrieller erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten Dr. Gustav Stresemann einverstanden und fordert den Verband sächsischer Industrieller auf, im Sinne seiner bisherigen Tätigkeit die unberechtigten Ansprüche der Handwerkerorganisationen gegenüber den Industriebetrieben in Bezug auf Ueberwachung der Lehrlingshaltung oder in Anspruchnahme des alleinigen Rechtes auf Lehrlingshaltung, sowie in Bezug auf Heranziehung industrieller Betriebe zu Zwangsimmungen und besondere Berücksichtigung der Handwerker bei Submissionen weiter zu beobachten und an den entsprechenden Stellen gegen diese Ansprüche vom Standpunkte der Industrie Verwahrung einzulegen, unter Anknüpfung an die vom Ausschusse des deutschen Handelstages gemachten Vorschläge. Die Versammlung beauftragt den Vorstand, die Resolution den geeigneten Stellen zur Berücksichtigung zu überweisen.“

Den Begriff der nicht genügend entschuldigten Schulverhältnisse betrifft eine wichtige Entscheidung des Kammergerichts. Ein Herr Frilling sollte sich gegen eine der bekanntesten Regierungs-Polizei-Verordnungen verhalten haben, welche Eltern wegen nicht genügend entschuldigten Fernbleibens ihrer Kinder von der Schule mit Strafe bedrohen. Seine Tochter hatte einige Tage die Schule nicht besucht, weil sie krank war, er hatte sie aber nicht entschuldigt. Das zuständige Landgericht sprach ihn von der Anklage des Vergehens gegen die Polizeiverordnung frei, worauf die Staatsanwaltschaft Revision mit der Begründung einlegte, daß die Entschuldigung notwendig der Schulbehörde zu unterbreiten sei und es nicht genüge, wenn erst im Laufe des Strafverfahrens dargelegt werde, daß das Kind wirklich nicht zur Schule kommen konnte. Wenn die Entschuldigung nicht dem Schuldvorstand unterbreitet werden brauchte, dann hätte ja der Schuldvorstand nicht die Möglichkeit, die Verurteilung nachzuprüfen.

Das Kammergericht verwarf aber die Revision der Staatsanwaltschaft mit folgender Begründung: Verordnungen, wie die hier angezogene fänden ihre Stütze lediglich in § 18 II 12 Allgemeinen Landrechts. Danach könnten aber nur Eltern bestraft werden, wenn die Schulverhältnisse an sich auf ihrer Responsibility beruhten, nicht schon, weil eine genügende Entschuldigung überhaupt nicht oder nicht rechtzeitig angebracht worden sei. Eine auf Nachlässigkeit der Eltern beruhende ungerechtfertigte Schulverhältnisse liegen nun hier nicht vor, denn es sei gerichtlich festgestellt, daß das Mädchen tatsächlich krank gewesen sei. Das genüge. Somit rechtfertige sich die Freisprechung.

Verurteilung. In unserer Nr. 53 vom 4. März ist in dem Bericht über die Klage des Gärtnergehilfen Weber gegen den Gärtner Vernde infolge Druckschleiers die Forderung auf rückständigen Lohn zu 40 M. angegeben, während in Wirklichkeit diese Forderung nur 0,40 M. betrug. Auf Ersuchen des Herrn Verndt stellen wir das hiermit richtig.

Versammlungen.

Eine imposante Volksversammlung einberufen von den Genossen des fünften Berliner Reichstags-Wahlkreises, tagte am 4. März in der Tonhalle. Der Saal war bis zum letzten Platz besetzt. Reichstags-Abgeordneter Eduard Bernstein referierte über: „Der Jargonismus und seine inneren Feinde“. In seinem mehr als zweistündigen Vortrage schilderte Redner die Zustände im Lande des „Verräters aller Russen“. Er gab ein scharfes Bild von der Enttöschung des materiellen und geistigen Lebens in Russland während der letzten vier Jahrzehnte sowie von den Kämpfen um die elementarsten politischen Rechte und um das Menschenrecht. Die eine Zeit lang im Vordergrund stehenden terroristischen Bestrebungen erklärte Redner aus den gegebenen Verhältnissen. Wo der Absolutismus Gewalt über Leben und Freiheit habe und sie brutal anwende, da habe das Leben keinen Wert, ein pessimistischer Zug ergreife die besten Geister und es sei kein Wunder, wenn auf der anderen Seite eine geringe Wertschätzung des Lebens der Herrschenden einträte. — Im zweiten Teil seines Vortrages wandte sich Redner der modernen sozialistischen Propaganda zu. Von den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts ab habe

die sozialistische Agitation begonnen, die Arbeiterklasse zu erfassen und immer mehr verstanden zu werden. Ein gut Teil sozialistischer Entwicklung habe sich seitdem vollzogen, gefördert durch die Bildung von Industriezentren in und bei Petersburg, Moskau, Warschau, Saratow, Nischni u. a. Man habe seitdem öfter von Arbeiterdemonstrationen gehört. Redner schildert an der Hand authentischer Berichte einige davon, besonders den großen Ausbruch von Nischni und ihre brutale Niederschlagung durch den Jargonismus. Auch der grausamen Behandlung der politischen Gefangenen und der Verurteilung z. w. d. m. Redner längere Ausführungen. Er verwies schließlich darauf, daß neben der sozialistischen Arbeiterkraft und Intelligenz auch bestimmte Schichten der Bourgeoisie sich im gewissen Sinne zu inneren Feinden des Jargonismus zu entwickeln begännen, die nämlich, die ein wirtschaftliches Interesse an einer freieren politischen Entwicklung hätten. — Eins hätten wir Deutsche von den russischen Freiheitkämpfern anzunehmen: Die gleiche Begünstigung, den gleichen Opfermut, in dem Sinne des jeheschen Wortes, daß man einer Sache, die man als richtig erkannt, sich mit seiner ganzen Persönlichkeit hingeben solle. Denken wir daran bei der Durchführung der bevorstehenden Wahlen (Stürmischer, langanhaltender Beifall). — Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die Versammlung giebt ihrer Enttäuschung Ausdruck über die geschiedenen, aller Civilisation und Kultur hochsprachenden russischen Verhältnisse und verdammt die schändliche Niedertrümpelung aller individuellen Freiheit, wie sie der Jargonismus und seine Mittel gegen die russische Intelligenz und die russische Arbeiterkraft in Anwendung bringen. Die Versammlung drückt dem russischen Proletariat, seiner Presse und Propaganda die lebhafteste Sympathie aus und hofft, daß die Ideen des internationalen Sozialismus auch in Russland sich in nicht zu fernem Zukunft als heilbringend erweisen mögen.“

Der Arbeitervertreter-Verein hielt am 5. März im Gewerkschaftshause eine Versammlung ab. Nachdem man das Andenken des verstorbenen Mitglieds König in der üblichen Weise geehrt hatte, hielt Dr. Friedberg einen Vortrag über: „Die neue Krankenversicherung-Novelle unter Berücksichtigung der Versicherungspflicht der Beamten der Gewerkschaften und ähnlicher Institutionen“. Redner hob hervor, daß die Ausdehnung der Unterhaltungsspflicht auf 26 Wochen an sich wegen der Ausfüllung der bisherigen Lücke bis zum Eintreten der Invalidenversicherungs-Anstalten, wozu diese nach dem neuen Invalidenversicherungs-Gesetz nach Vermeidung der Krankheit verpflichtet sind, einen großen Vorteil bedeute, daß aber andererseits manche Nachteile damit verbunden wären. Es wäre zu befürchten, daß nach der Neuordnung viele Klassen finanziell nur mühen bestehen könnten, wenn sie die bisherigen, über das Minimum hinausgehenden Mehrleistungen einstellten. Unter dem neuen erweiterten Betrieb werde der intensive Betrieb leiden, was vom hygienischen Standpunkte aus sehr zu bedauern sei, denn gerade der intensive Betrieb sei zur Verhütung langwieriger Krankheiten und der Invalidität sehr notwendig. Aus diesem Grunde wäre es viel richtiger gewesen, wenn man durch das Invalidenversicherungs-Gesetz die Versicherungsanstalten verpflichtet hätte, schon nach dreizehntägiger Krankheit einzutreten. Nach Besprechung verschiedener anderer Bestimmungen über Redner scharfe Kritik an den Vorschriften, die auf eine Vernichtung der Selbstverwaltung der Krankenkassen abzielten. Zum Schluß kam er auf die Frage zu sprechen, wie sich eine Versicherung der Gewerkschaftsbeamten, der Beamten der Rettungsvereine und ähnlicher Institutionen ermöglichen lasse. Zogend eine Bestimmung, auf Grund deren eine obligatorische Versicherung dieser Beamten denkbar sei, lasse sich nicht finden. Immer bilde die Grundlage der Versicherungspflicht die Tätigkeit in einem auf Gewinn abzielenden Betriebe. Die Versicherung von Gewerkschaftsbeamten lasse sich vielleicht ermöglichen, wenn die Gewerkschaft eine Zeitung herausgäbe und somit etwas unternehme, das auf Erzielung eines Gewinnes gerichtet sei. Mit dieser Frage müsse man sich noch näher beschäftigen. Der Vortrag fand lebhaften Beifall. Nachdem Ullrich und Stumpe im Sinne des Referats gesprochen hatten, wurde einstimmig folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung kann sich mit dem Entschluß der Krankenversicherungs-Novelle nicht einverstanden erklären, insbesondere nicht mit der in den Artikeln 12, 13 und 14 vorgesehenen Beschränkung der Selbstverwaltung.“

Es wurde beschlossen, der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten beizutreten. Das Vorstandsmittglied Pieschel soll den Verein vertreten.

In einer längeren, durch Ullrich angeregten Debatte wurde festgestellt, daß vielfach die Vorstehenden der Schiedsgerichte für Unfallsachen Anstoß daran nehmen, wenn Arbeiter (Gewerkschaftsbeamte usw.) Verleser öfter vertreten. Anläßlich eines geeigneten Falles soll darüber Beschwerde geführt werden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Strafverfahren gegen Hänge-Peters.

Braunschweig, 6. März. (B. H.) Die Staatsanwaltschaft in Hannover leitete auf Antrag des Lieutenants a. D. Bronsart v. Schellendorff gegen Dr. Peters wegen dessen Aulerbrief-Veröffentlichung ein Strafverfahren ein, indem sie ein öffentliches Interesse für vorliegend erachtete. Nach den „Braunschw. N. N.“ findet die Hauptverhandlung vor der Strafkammer des Landgerichts Hannover im April statt. Die Zeugenvernehmungen haben heute bereits begonnen.

Der deutsche Zolltarif und der englische Handel.

London, 6. März. (B. T. V.) Heute nachmittag fand eine von der Londoner Handelskammer einberufene Konferenz statt, die über die Wirkung des neuen deutschen Zolltarifs auf den englischen Handel beriet. Der Vorsitzende Rogers führte aus, England müsse zunächst versuchen einen neuen Handelsvertrag mit Deutschland zu schließen; es könne keine differenzielle Behandlung gegen Deutschland einführen, könne ihm aber auch nicht Vorteile gewähren, welche es seinen eignen Kolonien nicht einräume. Die Versammlung nahm eine Resolution an, welche die Regierung auffordert, über einen besonderen Tarifvertrag mit Deutschland und mit den übrigen Ländern zu verhandeln. Eine andre Resolution beauftragt die Einlegung von Ausschüssen, um die Wirkung des Tarifs auf verschiedene Industrien zu untersuchen.

Den Samara gefangen?

Tanger, 6. März. (Meldung der „Agence Havas“.) Dem Gouverneur von Tanger ist heute abend aus Fez die Nachricht zugegangen, daß der Präident gefangen genommen sei. (1)

Explosionen.

Rezhiga, 6. März. (V. G.) In der Domauer Kohlengrube der Staatsbahnen-Gesellschaft fand eine Explosion schlagender Wetter statt, wobei mehrere Bergleute getötet wurden.

Ein, 6. März. (V. G.) In der hiesigen Zündhölzler-Fabrik der Aktiengesellschaft „Union“ fand heute früh eine Explosion einer Zündhölzlermasse statt, wobei ein Arbeiter graßlich verbrüht, ein Werkmeister und zwei weitere Arbeiter schwer verletzt wurden.

Prosch v. Heusler.

München, 6. März. (Forschung.) Die weiteren Zeugenbefragungen lauteten für die Angeklagte unheimlich ungünstig. Eine frühere Dienstherrin der Wagner dagegen bekundete, diese habe ihr vielen Verdruß verursacht, habe auch wie sie glaube, mit ihrem (der Zeugin) Gatten ein Verhältnis unterhalten. Auch ein Onkel der Wagner äußerte sich ungünstig über seine Nichte. Nach dem Verhör einer längeren Reihe von Zeugen, die nichts neues von Belang über den Verstand der Angeklagten ausbrachten, erfolgte im Verlauf des Abends die Vernehmung der ärztlichen Sachverständigen, welche übereinstimmend bekundeten, daß der Wima Wagner aus dem Gemüthe des säurehaltigen Kaffees kein bleibender Nachteil erwachsen werde. Morgen wird die Verhandlung fortgesetzt.

Ötzen 2 Beilagen

Reichstag.

276. Sitzung. Freitag, den 6. März 1903, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Freiherr v. Thielmann. Die zweite Staatsberatung wird fortgesetzt beim Etat des Reichs-Schatzamt.

Abg. Graf Garner (l.): Ich habe folgende Frage an den Herrn Schatzsekretär zu richten: Was ist geschehen, um geeignete Maßnahmen vorzubereiten, welche in der Denkschrift zur Brüsseler Zuckerkonvention ausdrücklich vorbehalten sind, um die deutsche Zuckerindustrie auch nach Inkrafttreten der Konvention auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu erhalten, und liegt es in der Absicht der Regierung, noch im Laufe dieser Session eine Gesetzesvorlage diesbezüglich zu machen? Besonders zum Schutz der kleineren Fabriken wäre eine Kontingentierung, wenn auch in anderer Form, oder eine sonstige Reform der Zuckersteuer-Gesetzgebung dringend notwendig. Da der Reichstag ohnehin nach Ostern noch einmal zusammentritt, wäre es sehr wohl möglich, eine solche Novelle noch in dieser Session zu verabschieden. Der Deutsche Landwirtschaftsrat und die deutsche Zuckerindustrie haben eine Doppelkontingentierung nach österreichischem Muster als das geeignetste Mittel zum Schutz der Zuckerindustrie und der mit ihr eng verbundenen Landwirtschaft empfohlen. Spätestens am 1. September bei Inkrafttreten der Konvention müßte auch eine solche Kontingentierung erfolgen. — Gegenüber einer früheren Behauptung des Herrn Abgeordneten Bunn erklärte ich, daß ich allerdings in den Ausschüßrat des Reichs-Schatzamt gewählt bin, daß diese Stellung aber eine ehrenamtliche und mit keinerlei Gratifikation verbunden ist. (Bravo! rechts.)

Reichs-Schatzsekretär Hr. v. Thielmann:

Ich danke dem Herrn Vorredner, daß er seine Frage so klar und präzis gestellt hat. Das erleichtert mir die Beantwortung (Geisterkeit) und nimmt der Diskussion die Möglichkeit einer Schärfe, welche bei Beratung der Brüsseler Konvention und der Zuckersteuer-Novelle haben beklagen müssen. Es ist richtig, daß die Regierung Erörterungen zugeht hat darüber, ob neue Maßregeln, sei es die Kontingentierung in irgend einer Gestalt oder sonstige Maßnahmen, durch die neuen Verhältnisse der Brüsseler Zuckerkonvention erforderlich gemacht würden. Die Brüsseler Konvention ist noch nicht in Kraft getreten, die Regierungen haben bisher nur auf Grund des Materials arbeiten können, was einerseits schon vorlag, als wir die Konvention abschlossen und was andererseits seit der Genehmigung der Konvention durch den Reichstag an die verbündeten Regierungen herangekommen ist. Ich kann mit kurzen Worten sagen, daß dieses Material den verbündeten Regierungen gegenwärtig noch keinen Anlaß giebt, in Form einer neuen Novelle dem Reichstag eine Kontingentierung des Zuckers, sei es in Form einer Erzeugungskontingentierung oder wie in Oesterreich, einer Verbrauchskontingentierung vorzuschlagen.

Ich möchte Ihnen kurz die Gründe entwickeln, die für eine solche abwartende Haltung der verbündeten Regierungen maßgebend sind.

Es wird von vielen Seiten von den verbündeten Regierungen gefordert, wir sollten eine Doppelkontingentierung der Raffinerien und der Rohzuckerfabriken nach dem Muster des österreichischen Gesetzes einleiten. Das fordert aber nicht die gesamte Zuckerindustrie, sondern ein Teil der Zuckerfabriken, etwa 80, sieht außerhalb des Bundes der Zuckerindustriellen. Außerdem sind wir gerade in den letzten Wochen eine Reihe von Zuschriften aus den Kreisen der Zuckerindustrie zugegangen, in denen bittere Beschwerden darüber geführt wird, daß der Vorstand des Vereins mit seinem Antrage auf Einführung der österreichischen Doppelkontingentierung aus eigener Machtvollkommenheit vorgegangen sei, ohne sich mit der Industrie vorher eingehend ins Benehmen zu setzen. (Hört! hört! links.) Der Landwirtschaftsrat hat in derselben Sitzung, in der er die Doppelkontingentierung empfohlen hat, auch darauf hingewiesen, daß beim gegenwärtigen Stande der Zuckerindustrie die Erhebung irgend welcher Zuckersteuer ein Hindernis sei. Die Aufhebung jeder Zuckersteuer würde allerdings die Industrie fördern, aber, wir können gegenwärtig mit solchen Motiven nicht rechnen. Im Reichstag haben am 10. Juni vor. J. für eine Kontingentierung 114 Abgeordnete gestimmt, dagegen 104. Es hat nicht nur die Linke gegen die Kontingentierung gestimmt, sondern auch die Abg. Graf v. Bernstorff-Neuhagen, Fürst v. Bismarck, v. Nordhoff, Dr. v. Komarowski, Graf v. Schwerin-Löwitz und v. Staude. Nach Zeltungsberichten soll Graf v. Schwerin-Löwitz auch im Landwirtschaftsrat gegen die Kontingentierung gesprochen haben.

Die österreichische Kontingentierung beschränkt nicht die Produktion, sondern den Inlandkonsum, indem sie diejenige Menge des inländischen Konsums festsetzt, über die hinaus ein Zollzuschlag erhoben wird. Man scheint in Oesterreich-Ungarn also daran verzweifelt zu haben, durch Gesetzgebung den inländischen Konsum zu heben. Wir wollen ganz im Gegenteil durch Herabsetzung der Zuckersteuer von 20 auf 14 M. den Inlandkonsum des Inlandes beträchtlich heben. Die österreichische Gesetzgebung entfällt aber auch ein ausdrückliches Verbot der Gründung von neuen Zuckerfabriken innerhalb eines Radius von 100 Kilometern um eine jede bestehende Zuckerfabrik. Im nördlichen und namentlich im nordöstlichen Deutschland wird aber kaum ein Punkt vorhanden sein, der mehr als 100 Kilometer von einer Fabrik entfernt läge. Die österreichische Kontingentierung, auf Deutschland übertragen, würde einfach bedeuten das Monopol der bestehenden Fabriken und das Verbot der Errichtung einer jeden neuen Fabrik. Ich bezweifle sehr, ob damit der Landwirtschaft gebient sein würde.

In Amerika ist durch Urteil der obersten Instanz in Washington entschieden worden, daß der russische Zucker einem Zollzuschlag zu unterliegen hat. Auch der österreichische Zucker wird seitens der amerikanischen Zollbehörden vom 1. September an auf seine Herkunft sehr genau angesehen werden und höchst wahrscheinlich werden die amerikanischen Behörden in der österreichischen Doppelkontingentierung eine indirekte Prämie erblicken. (Hört! hört! links.) Ebenso muß England nach der Brüsseler Konvention jedes Land, das eine Prämie gewährt, mit Zollzuschlägen belegen. Die Entscheidung dazu liegt bei der ständigen Kommission, die im Laufe dieses Sommers in Brüssel zusammentreten wird. Nach dem Journal des fabricants du sucre vom 4. März d. J. hat in der Deputiertenkammer der französische Finanzminister Rouvier erklärt, daß die französische Regierung die Absicht habe, daß sich die ständige Kommission in Brüssel sobald wie möglich mit der Frage der österreichischen Kartellierung befaßt. Daraus geht hervor, daß auch der französische Finanzminister in dem österreichischen Zwangskartell eine indirekte Prämierung des Zuckers erblickt.

Sir Neville Lubbock hat vor wenigen Wochen gegenüber einem Berichterstatter der Wiener Neuen Freien Presse geäußert, er persönlich hege keinen Zweifel, daß das österreichische Kartellierungssystem eine Prämie im Sinne der Brüsseler Konvention darstelle. Er erwarte, daß die Angelegenheit in Brüssel vorgebracht werden werde. Wenn Oesterreich sein System unbeanstandet einführen könne, so würde jedenfalls Deutschland bald mit ähnlichen Maßregeln nachfolgen. Diese Absicht liegt ja bereits bei vielen Interessenten vor. England und Frankreich werden also in Brüssel dafür stimmen, daß das österreichische Kontingentierungssystem eine Prämie im Sinne des Artikels 1 der Konvention darstelle. Ob diese zwei Stimmen sehr viele Stimmen nach sich ziehen werden, so daß sich eine Majorität gegen das österreichische Zwangskartell ergibt, läßt sich heute noch nicht mit Bestimmtheit sagen. Aber diese Sachlage muß doch die verbündeten Regierungen außerordentlich vorsichtig machen. Das sind

die maßgebenden Gründe, die die verbündeten Regierungen veranlassen, dem Reichstage keinerlei neue Kontingentierung des Zuckers in der einen oder anderen Weise vorzuschlagen.

Abg. Dr. Paasche (natl.): Wir können uns nicht entschließen, jetzt nachdem die Zuckerkonvention genehmigt ist und die Prämien befestigt sind, in Form einer Kontingentierung neue Prämien aufzuliegen wieder einzuführen. Eine Doppelkontingentierung nach österreichischem Vorbild würde ohne Zweifel wenn nicht dem Wortlaut so doch dem Geiste der Brüsseler Zuckerkonvention widersprechen und würde außerdem nicht von dauerndem Nutzen für die Zuckerindustrie sein.

Abg. Sped (C.): Wir sind durchaus gewillt, die Interessen der Zuckerindustrie zu wahren, können uns aber für eine Verbrauchskontingentierung um so weniger erwärmen, als damit eine Zwangskartellierung verbunden wäre, während ein großer Teil meiner Freunde der Brüsseler Konvention gerade in der Voraussetzung zugestimmt haben, daß dadurch die Kartellbildung für alle Zukunft in Deutschland unmöglich gemacht sei. Die Kontingentierung wäre mit dem Geiste der Zuckerkonvention nicht zu vereinigen und würde zudem nicht einmal von der gesamten Zuckerindustrie gewünscht. Ich hoffe, daß eine weitere Herabsetzung der Zuckersteuer bei günstigerer Finanzlage erfolgen wird, und damit wird sich auch der Konsum in Deutschland erheblich steigern. Die Regierung sollte zur Zeit für die Zuckerindustrie nur durch Herabsetzung der Eisenbahn-Frachttarife etwas thun. Ich bitte den Herrn Staatssekretär, seinen Einfluß nach dieser Richtung hin geltend zu machen.

Reichs-Schatzsekretär Freiherr v. Thielmann: Direkt kann ich nicht auf eine Tarifermäßigung für Zucker hinwirken. Aber ich kann Ihnen mitteilen, daß der Bundesrat beschloßen hat, die Ihnen bekannte Resolution betreffend Ermäßigung der Frachttarife für Zucker, Melasse usw. dem Reichskanzler zur Erörterung zu überweisen. Das Reichs-Eisenbahnamt hat jetzt die ständige Tarifkommission mit der Angelegenheit befaßt. Die Sache ist also im Fluß.

Abg. Dr. Paschke (fr. Vg.):

Herr Graf Garner wird inzwischen gemerkt haben, daß er mit seiner Kontingentierungspolitik ziemlich isoliert dasteht. Der Zweck dieser Kontingentierung geht einlaß darauf hinaus, den vollen Betrag des Heberzollens zu sichern, das heißt eine Preissteigerung um 4,50 M. herbeizuführen, um damit die Kartellbildung zu unterstützen, die wir mit der Konvention abgethan glaubten. Das wäre in der That direkt eine Umgehung der Konvention. In Oesterreich merkt man bereits, auf welche gefährlichen Weg man sich begeben hat, denn die Händler verlangen jetzt bereits einen Heberzoll von dem ersten Verkäufer, worin dieser sich verpflichtet einen etwaigen Strafzoll, der nachher auf den Zucker gelegt werden sollte, zu tragen. Die Zuckerindustrie selbst sollte ihre alten ergrünen Freunde abwehren, denn sie können nur Unheil anrichten. (Bravo! links.)

Abg. Graf Garner (l.): Wenn der deutschen Zuckerindustrie keinerlei Säugung gewährt wird, so werden bei den jetzigen billigen Preisen zahlreiche Existenzen zu Grunde gehen. Die österreichischen Zucker-Interessenten werden sich jedenfalls nicht von Herrn Paschke belehren lassen.

Abg. Dr. Hermes (fr. Vg.) fragt an, in welcher Weise die Entschädigung der Saccharinfabriken nach dem Süßstoff-Gesetz erfolgt sei. Es sei damals ausdrücklich anerkannt worden, daß eine Vergewaltigung der Industrie in keiner Weise beabsichtigt sei und daß die Entschädigung eine anständige, angemessene sein solle.

Abg. Gamp (W.): Die Feststellung des Weinertrages eines industriellen Unternehmens ist eine außerordentlich schwierige Sache. Es kommt dabei sehr auf die Genauigkeit des einzelnen Unternehmers an, und ich zweifle nicht, daß einzelne Fabrikanten sich höhere Vorteile zu sichern wissen werden als andre. Aber die Kommission hat sich damals auf den Billigkeitsstandpunkt gestellt, und auch ich bin der Ansicht, daß die Abföhrungsfrage in lokaler Weise geregelt werden muß. Redner fragt weiter an, was die Händler nach Inkrafttreten des Saccharingesetzes mit den noch in ihrem Besitz befindlichen Saccharinquantitäten über 50 Gramm thun sollten. Vielleicht könnten die monopolisierten Saccharinfabriken angehalten werden, diese Mengen zu einem bestimmten Preise aufzukaufen.

Geheimrat Kühn (schwer verständlich) erklärt, daß die Ausführung des Saccharingesetzes in durchaus wohlwollender Weise erfolgen solle, daß aber die Regierung zu einer solchen Beeinflussung der Fabriken, wie sie in dem letzten Wunsch des Abg. Gamp enthalten sei, kaum bereitigt sei.

Abg. Dr. Paasche (natl.) schließt sich den Ansichten des Abg. Dr. Hermes an.

Abg. Sped (C.): In der That haben manche Saccharinfabriken entschieden einen erheblich höheren Reingewinn als 4 M. den Betrag, den das Saccharin-gesetz als den normalen annimmt. Ich möchte die Regierung bitten, Erhebungen über diese Verhältnisse anzustellen.

Schatzsekretär Hr. v. Thielmann: Der vom Abg. Gamp ausgesprochene Wunsch könnte die Händler nur veranlassen, bis zum 31. März noch möglichst viel Saccharin aus dem Auslande einzuführen, in der Hoffnung, daß die Fabriken es ihnen nach dem 1. April abkaufen müßten. Dadurch würden die Wirkungen des Saccharin-gesetzes auf Jahre hinaus illusorisch gemacht. Bei weitaus den meisten Händlern werden die vorhandenen Vorräte sich auf den kleinen Bruchteil eines Postpales beschränken. Wer also nicht leistungsfähig ungewöhnlich große Quantitäten gekauft hat, wird nur einen sehr kleinen Verlust erleiden. Ich halte es nicht für richtig, das Gesetz entgegen seinem Wortlaut noch weiter auszudehnen. Die Ausführungsbestimmungen zum Saccharin-gesetz werden im Laufe der nächsten Woche dem Reichstage zugehen.

Abg. Dr. Hermes (fr. Vg.): Der Reichstag wird gut thun, die Ausführungsbestimmungen zum Saccharin-gesetz auf das eingehendste zu prüfen, vielleicht tritt eine freie Kommission schon vorher zu diesem Zwecke zusammen.

Der Titel „Staatssekretär“ wird bewilligt.

Beim Kapitel „Allgemeine Fonds“, Titel Beitrag zur Dedung der laufenden Ausgaben der Universität Strahburg bringt

Abg. Dr. Sattler (natl.) die Errichtung einer katholisch-theologischen Fakultät in Strahburg zur Sprache. Ich würde an sich mit der Schaffung dieser Fakultät einverstanden sein können, wenn man etwa von dem Gedanken dabei ausgegangen wäre: Wir wollen in Strahburg dasselbe machen, was wir bereits in Breslau, Bonn und Münster haben. Dort beruhen die katholisch-theologischen Fakultäten auf königlicher Kabinetsorder, die Strahburger Fakultät beruht aber auf einem Vertrage mit der römischen Kurie. Ich bedauere es, daß man diesen Weg eingeschlagen hat, Verhandlungen mit Rom zu führen, anstatt die staatliche Machtvollkommenheit zu benutzen. Nach dem Vertrage mit der Kurie hat in Strahburg der Bischof allein über die Abhebung von katholischen Professoren zu bestimmen. Der Vertrag bedeutet ungewisselhaft ein weiteres Zurückweichen der Staatsgewalt gegenüber den Ansprüchen der römischen Hierarchie und der sich damit bedenkend geltend machenden Organisation des Centrums. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) In weiten Kreisen der Bevölkerung ist eine innere Wut und ein Jorn darüber entstanden. (Geisterkeit im Centrum.) Es ist unsre Pflicht, das hier zum Ausdruck zu bringen, weil ein Teil der Bevölkerung unter diesen Umständen wahrhaft leidet. (Geisterkeit im Centrum; Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Ständlicher Regierungs-Vertreter Geheimrat Rat Halle: Ich bin gern bereit, über dieses Abkommen mit der römischen Kurie Auskunft zu geben, das Gegenstand lebhafter Erörterungen gewesen ist und harte Wogen aufgeworfen hat nicht nur im Elsaß und im übrigen Deutschland, sondern was sehr bezeichnend, über die Grenzen des Deutschen Reiches hinaus. Ich muß dazu etwas weiter ausholen. Es giebt im Elsaß eine große Anzahl Katholiken, die den Standpunkt vertreten, daß die Bischöfe allein die Aufgabe

haben, für die Ausbildung würdiger und guter Priester zu sorgen, nicht aber der Staat. Ich habe Verständnis für eine solche Auffassung, wenn ich sie auch nicht teile. Ich glaube, daß diese Ansicht des katholischen Klerus hauptsächlich darauf zurückzuführen ist, daß die Bischöfe in Seminarien erzogen und in der Erinnerung daran befangen sind. Ein Teil glaubt auch wohl, daß staatlich angelegte Professoren nichts weiter seien als moderne Freigeister. Aber päpstlicher als der Papst braucht kein Katholik zu sein, und nachdem Rom gesprochen hat, ist es überflüssig, auf die Bedenken nach dieser Seite noch näher einzugehen. In andern katholischen Kreisen ist der Vertrag etwas besser aufgenommen worden, man hat anerkannt, daß eine tiefere wissenschaftliche Bildung des Klerus notwendig ist. Dagegen ist der Vertrag von vielen Seiten, auch in der Presse, als vollständer Sieg Roms aufgefaßt worden. Derartige Ausföhrungen und Ertrabaganten sind im Grunde genommen nur hohe Phrasen. (Murmur bei den Nationalliberalen.) Schon aus dem äufert bestigen Kampfe, der von unträn hinfinsigen Gegnern im In- und Auslande gegen diesen Vertrag geführt ist, kann man feststellen, daß die Regierung sich in diesem Falle auf dem richtigen Weg befunden hat.

Die Errichtung einer katholisch-theologischen Fakultät ist schon bei Begründung der Universität Strahburg im Jahre 1872 erstrebt worden, sie erst wird dem paritätischen Charakter der Universität voll zur Geltung bringen und sie zu einer wirklichen „Universita literarum“ machen. Sie wird auch die Studierenden der katholischen Theologie in lebendigere Verbindung mit dem deutschen Leben bringen, als es in der Abgeschlossenheit der Seminare möglich wäre. Schon Fürst Bismarck war 1872 der Meinung, in Strahburg müsse sowohl protestantische wie katholische Theologie doziert werden. Für eine protestantische Fakultät war von vornherein durch ein protestantisches Gymnasium, das wir von Frankreich übernommen, die Vorbereitung gegeben, für eine katholische Fakultät liegen weit größere Schwierigkeiten vor. Wir freuen uns, daß diese durch das Abkommen mit der römischen Kurie jetzt beseitigt sind. Die Festsetzung der Grenzen der staatlichen und kirchlichen Rechte ist dabei in einer für beide Teile befriedigenden Weise geregelt worden, sodas der Reichskanzler mit Recht sagen konnte: Wir haben ein gutes Abkommen getroffen. Die wesentliche Aenderung der früheren Verhältnisse besteht darin, daß der wissenschaftliche Unterricht von dem Seminar auf die Fakultät übergeht. Das der Bischof das Recht hat, einen vorgeschlagenen Professor dieser Fakultät jeden Augenblick abzulehnen, entspricht sachlich nur den auch in den Universitäts-Satz und Breolau bestehenden Bedingungen. Bei den Bestimmungen darüber, was mit einem Professor geschehen soll, der sich gegen die Moral usw. vergeht, kann keine Rede von Zwangsweiser Entsetzung eines Professors aus seiner Stellung sein — nach elsaß-lothringischem Staatsrecht kann ein Professor der Universität nur wegen grober Verletzungen im Wege des Disziplinarverfahrens entlassen werden (Hört! hört! im Centrum) —, sondern es handelt sich bei diesem Artikel des Abkommens lediglich um diejenigen Maßnahmen, die unbeschadet der staatlichen Stellung des Professors zu ergreifen sind, wenn derartige Verhöfe vorkommen. Die Angelegenheiten des Staates sind nicht so wichtig, als daß daran das ganze Projekt hätte scheitern dürfen. Wir hoffen, daß die neue Fakultät eine Stätte der Wissenschaft, eine Erzieherin der Jugend und eine Pflegerin deutscher Gesinnung sein wird. (Beifall im Centrum.)

Abg. Dr. Spahn (C.): Der Beitrag von 400 000 M., den das Reich für die Universität Strahburg zuzieht, giebt uns ein Recht, das Abkommen wegen der katholisch-theologischen Fakultät in seinem vollen Wortlaut kennen zu lernen. Zur Entfesselung eines Kulturkampfes aber kann die Errichtung dieser Fakultät in keiner Weise Veranlassung geben. Wir verlangen nicht, wie Dr. Sattler meinte, Nachgiebigkeit des Staates gegen uns, sondern nur Recht und Gerechtigkeit! (Lebhafte Zustimmung im Centrum.) Es liegt nur im Interesse des Staates, daß die Ausbildung der katholischen Theologen in möglichst vollkommener Weise erfolge. Wir begreifen deshalb das Zustandekommen des Abkommens mit Freuden. Es soll weiter beitragen zum Zusammenwachsen Elsaß-Lothringens mit dem Reich, nicht allein in der theologischen Wissenschaft, sondern im allgemeinen. (Bravo! im Centrum.)

Reichs-Schatzsekretär Hr. v. Thielmann: Der Herr Vorredner hat es getadelt, daß diesem Titel nicht eine besondere Denkschrift beigegeben wurde. Der Zustand an die Universität Strahburg ist älter als das Reichs-Schatzamt, er besteht seit 1873, das Amt erst seit 1879. Es ist eine rein finanzielle Angelegenheit. Wir zahlen seit 30 Jahren den Zuschuß, erfahren aber nicht einmal, was die Universität damit macht. In der Verteilung des Geldes zu den einzelnen Verwaltungszweigen ist die Universität durchaus selbständig. Da der Titel weder erhöht noch vermindert ist, lag für das Reichs-Schatzamt kein Anlaß vor, ihm eine besondere Erläuterung beigezugeben. Soweit die Erläuterung aber auf andern Gebiete als dem finanziellen läge, wäre sie nicht Sache des Reichs-Schatzamtes.

Abg. Schrader (fr. Vg.):

Ich bin durchaus kein Freund des Kulturkampfes, ich habe mit Herrn Spahn zusammen am Toleranzantrag gearbeitet. Wir werden aber den Kampf um die staatliche Schulbildung, zu dem Sie uns jetzt zwingen, stets mit aller Energie führen. — Was den Vertrag mit der Kurie anlangt, so halte ich ihn für ein brillantes Geschäft für die Kurie, aber für ein sehr schlechtes Geschäft für das Deutsche Reich. Im elsaß-lothringischen Landesausföhr soll aber wenig Stimmung für diese Fakultät sein. Im übrigen Deutschland ist sie im allgemeinen auch nicht vorhanden. Die Fakultät ist nur insofern eine Staatsanstalt, als der Staat alles bezahlt. Im übrigen aber hat er fast nichts zu sagen. Es kann kein Professor angestellt werden, der nicht die Billigung des Bischofs findet. Vergeht sich der Professor im geringsten gegen die katholische Lehre, so muß er entlassen werden. Dazu hat die Kurie von ihrem Standpunkt aus gewiß ein Recht. Es kann aber dabei nicht mehr von freier wissenschaftlicher Forschung die Rede sein, die Professur ist lediglich eine weitere Ausdehnung des Seminars. Eine Annäherung der katholisch-theologischen Fakultät an unsre allgemeine Bildung ist demnach kaum zu erwarten. Ich kann also keinen Nutzen für das Deutsche Reich darin erblicken. Die katholische Unabundamkeit geht bekanntlich so weit, daß eigentlich kein katholisches Kind auf eine paritätische Schule gehen dürfte. Das hat Bischof Korun ausdrücklich ausgesprochen. Immer mehr schließen sich die Katholiken von der ganzen übrigen Bevölkerung ab. Bischof Korun hat vom Standpunkt der Kirche aus durchaus korrekt gehandelt, und ich glaube, daß niemand ihn dementieren wird. Ob der Reichskanzler, um den Bischof Korun zu beschöhen, allmählich die Trierer paritätische Mädchenschule in eine katholisch-konfessionelle überführen wird, weiß ich nicht. Aber die Gefahr der katholischen Unabundamkeit ist in neuerer Zeit größer denn je! (Beifall links.)

Obg. Ober-Regierungsrat Halle: Der elsaß-lothringische Landesausföhr hat zu der Frage noch gar keine Stellung genommen. Der Vorredner wird also noch etwas warten müssen, wenn er über die Stellungnahme dieser Körperschaft orientiert sein will.

Abg. Hr. v. Hertling (C.):

Es liegt meinen Freunden vollkommen fern, einen neuen Kulturkampf entfesseln zu wollen. (Sehr richtig! im Centrum.) Im Anfang war in der ganzen deutschen Presse eine durchaus günstige Stimmung für die katholisch-theologische Fakultät in Strahburg vorhanden, aber nur unter der Voraussetzung, daß nichts daraus werden würde. (Geisterkeit im Centrum.) Mit einem gewissen Mißbeh sah man auf keine wiederholten Verhandlungen mit der päpstlichen Kurie, man bedauerte mich, da ich in Rom ja doch nichts erreichen werde. Jetzt, da das Abkommen abgeschlossen ist, ist die Stimmung mit einem Male um-

geschlagen, obgleich es doch ganz natürlich ist, daß die Unübersicht eines zu fünf Siebenteln katholischen Landes eine katholische Fakultät hat. Reichsanwalt Fürst Hohenhausen war ein besonderer Förderer des Projektes, und wenn der Plan immer wieder auf Schwierigkeiten stieß, so lag das durchaus nicht an angeblichen franzosenfeindlichen Tendenzen des Kardinals Rampolla. Im Gegenteil: Kardinal Rampolla hat mit besonderem Interesse und großem Eifer ganz im Gegensatz zu den Zeitungsmeinungen das Zustandekommen dieses Projektes verfolgt. Natürlich mußte auf die Eigenart der katholischen Kirche Rücksicht genommen werden. Der Umweg über Rom war der einzig mögliche Weg, um zum Ziele zu gelangen. Katholische Theologie kann nur dociert werden im Einvernehmen mit dem Bischof, für den Staat aber ist der Professor lediglich gebunden an die Gesetze des Staates. Ein Einvernehmen war nur möglich durch gegenseitiges Entgegenkommen. Das Abkommen selbst machte aber so wenig Schwierigkeiten, daß im Dezember des vorigen Jahres in meiner Gegenwart innerhalb einer halben Stunde das Einvernehmen erzielt werden konnte, weil auf beiden Seiten der gute Wille vorhanden war. Ich bin fest überzeugt, daß die neue Einrichtung dazu beitragen wird, die Kluft zwischen den getrennten Konfessionen zu beseitigen. (Lebhaftes Bravo! im Centrum.)

Abg. Delfor (Elf.) protestiert gegen eine Aeußerung des Grafen v. Helldorf im preussischen Abgeordnetenhaus, worin er den Widerstand gegen die katholisch-theologische Fakultät als Ausfluß des Protektionsprinzips bezeichnet habe. Herr v. Helldorf hat erst vor kurzem erklärt: „Seitdem ich wieder hier bin, habe ich von Protesten eigentlich gar nichts gemerkt.“ Wir bekämpfen die Fakultät nicht aus politischen, sondern aus kirchlichen Gründen, weil die Fakultät auf Kosten des Seminars, das aufgegeben werden soll, errichtet wird.

Abg. Dr. Barth (frf. Bg.): Ich glaube dem Herrn v. Helldorf, daß seine Freunde keinen Kulturkampf entfesseln wollen. So pflegen sich die Dinge nicht abzuspielen. Die Kirche ist stets gern bereit, ihre Friedfertigkeit zu proklamieren, wenn man ihr nur überall ihren Willen thut. Die Frage ist nur die, ob das jetzige Vorgehen des Centrums geeignet ist, einen neuen Kulturkampf herbeizuführen. Das Bestreben des Katholizismus, immer mehr die Schule unter die Macht der Kirche zu bringen, muß im Laufe der Zeit zu Konflikten mit dem Staate führen. Dafür ist die Böhmerklärung des Bischofs Korum der beste Beweis. Der Vertrag mit der Kurie ist ein Lobenswerter nicht zu Gunsten des Staates, sondern der Kirche. Die Anstellung und Entlassung der Professoren liegt ausschließlich in der Hand des Bischofs, der Staat ist lediglich das Exekutivorgan des Bischofs von Straßburg. (Sehr richtig! links.) Welches Interesse hat unter solchen Umständen der Staat daran, daß eine solche Fakultät von seinen Mitteln erhalten wird? Die Konfessionen, die angeblich dem Staate gemacht werden, sind Scheinkonfessionen, es macht einen direkt komischen Eindruck, hier von einem Siege der staatlichen Diplomatie über die kirchliche Diplomatie zu sprechen, wir sehen vielmehr in dem Abkommen eine Demütigung des Staates vor der Kurie. (Sehr richtig! links.)

Abg. Dr. Sattler: Die Debatte hat sich ja in verhältnismäßig freundlichen Bahnen gehalten, auch Herr Delfor hat sich in ruhigen Bahnen bewegt, wenn auch mit kurrendem Herzen. (Heiterkeit.) In dem Trierer Fall ist die Provokation lediglich vom Bischof ausgegangen. — Geheimrat Halley hat behauptet, die jetzige Fakultät sei nur eine Fortsetzung der Fakultät von Straßburg und Friedrichs des Großen. Das Bismarck mit Rom verhandelt hat, will ich zugeben, Friedrich den Großen kann aber Herr v. Halley nicht für sich anführen. Friedrich der Große hat dem Bischof nur das Recht zugestanden, Klage zu erheben über einen Professor, und die Schulkommission hatte dann diese Klage zu prüfen. In Straßburg aber muß der Staat, wenn eine solche Klage erhoben wird, für Ersatz des Professors sorgen. Herr v. Halley hat zwar gesagt zwischen dem Vorgehen Friedrichs des Großen und der jetzigen Regierung bestehe nur ein principeller Unterschied, in der Praxis wäre es dasselbe, aber das Wort principis obsta soll doch nicht heißen: widersetze allen Principien. (Heiterkeit.)

Geheimrat Halley: Ich habe mich gefreut, daß Herr Delfor es als einen Vorwurf ansieht, als Professor zu gelten. Wenn Herr Barth behauptet, daß der Bischof den Professor einfach absetzen kann, so hat er wohl das Abkommen überhaupt nicht gelesen.

Abg. Dr. Spahn (C.): Die Sachlage ist doch folgende: Der Staat errichtet Schulen unter der katholischen Bevölkerung. Diese Schulen hat er so einzurichten, daß die katholische Bevölkerung die Schule besuchen kann. Wenn der Bischof auf die Schule nun keinen Einfluß hat, kann die katholische Bevölkerung eine solche Schule nicht besuchen. (Zustimmung im Centrum.)

Abg. Dr. Barth (frf. Bg.): Nach Herrn Spahn ist der Bischof Korum der unfauldicke Teil. Ich möchte nur feststellen, daß die Böhmerklärung seitens des Bischofs Korum erfolgt ist, ehe der Bischof überhaupt den Versuch gemacht hatte, die Beschwerden bei der Regierung zum Vortrag zu bringen. (Zustimmung links.) Herr Halley hat hier einen Ton angeschlagen, wie es sich für ein Bundesratsmitglied überhaupt nicht gehört. (Sehr richtig! links.) Ich habe nicht gesagt, daß der Bischof den Professor ohne weiteres absetzen könnte, sondern der Effekt des Abkommens sei, daß der Staat überhaupt nichts zu sagen hat. Wenn z. B. ein Professor im Amte wäre, den der Bischof ablehnt, so kann dieser den katholischen Studenten einfach verbieten, die Vorlesungen dieses Professors zu besuchen. (Sehr richtig! links.)

Geheimrat Halley: Herr Barth hat sich über die Form meiner Widerlegung beschwert. Ich kann ihm nur sagen: Wie man in den Wald hinein ruft, so schallt es aus ihm heraus. (Unruhe links.)

Abg. Freiherr v. Hertling (C.): Herr Barth hat wieder bewiesen, daß Principien nicht zu verhandeln sind. Es kann keine Rede davon sein, daß der Staat dem Bischof ausgeliefert ist. Es kann höchstens ein Sakrament eintreten, denn der Staat und der Bischof sind bei der Ernennung der Professoren koordiniert. (Sehr richtig! im Centrum.) In Rom hat sich seiner Zeit ein Konflikt folgendermaßen zugespitzt. Der Bischof verbot den katholischen Studenten bei einem ihm nicht genehmen Professor die Vorlesungen zu besuchen. Der Professor hatte infolgedessen jahrelang nichts zu thun und die Regierung war deshalb schließlich gezwungen, einen Ersatz-Professor zu ernennen.

Abg. Dr. Barth (frf. Bg.): Herr v. Hertling hat hervorgehoben, daß für den Fall eines Konfliktes der Staat die Stelle eines Professors nicht besetzen kann. Das ist gerade für den Staat die allerunpöbellichste Form des Konfliktes. Die Situation würde die sein, daß in einer vom Staate unterhaltenen Unübersicht infolge der Intervention des Bischofs eine Stelle vom Staate überhaupt nicht besetzt werden könnte. Das entspricht nicht der Würde des Staates. Es handelt sich hier thatsächlich, wie Herr Sattler gesagt hat, um ein bischöfliches Enklave in einer staatlichen Einrichtung. Gegenüber der Beratung des Herrn v. Halley beschränkt ich mich auf eine rein sachliche Erwiderung beschränkt habe. Er war also zu seiner persönlichen Spitze gegen mich nicht beugt. Er hätte sich also nicht mit einer leeren Redensart entschuldigen sollen.

Abg. Herr v. Hertling (C.): Findet Herr Barth etwa, daß die Würde des Staates besser gewahrt wird, wenn in einem solchen Falle der Staat einen neuen Professor ernannt und dann der Bischof den katholischen Theologen verbietet, sein Kolleg zu besuchen?

Abg. Schrader (frf. Bg.): Die ganze Verhandlung beweist, daß die Würde des Staates am besten gewahrt wird, wenn überhaupt keine katholisch-theologische Fakultät errichtet wird. (Sehr richtig! links.) Dann können nämlich solche Konflikte gar nicht vorkommen. Damit schließt die Diskussion. Der Titel wird bewilligt, ebenso der Rest des Etats.

Hierauf vertagt sich das Haus.
Nächste Sitzung: Sonnabend 1 Uhr. (Etat des Allgemeinen Pensionsfonds, Post-Etat (Titel Postassistenten), Militär-Etat.)
Schluß 6 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Marine-Etat in der Budgetkommission. Nachtrags-Etat für Venezuela.

In der Sitzung am Freitag wurden die fortwährenden Ausgaben des Marine-Etats erledigt und fast alle unbedingten angenommen. Geändert wurden nur die folgenden Positionen: Dem Staatssekretär sollen jetzt zwei weitere Departements-Direktoren beigegeben werden. Für die mit diesen Funktionen zu betrauernden See-Offiziere soll ein Befolungszuschuß von je 4500 M. bewilligt werden. Staatssekretär v. Tirpitz erklärte es für dringend notwendig, daß zu den jetzigen drei Departements-Direktoren die zwei neuen hinzugefügt werden. Die Arbeit habe im Marine-Amt so sehr zugenommen, daß sie in der bisherigen Weise nicht mehr erledigt werden könne. Der Referent, Freiherr v. Thünefeld, hielt diese Erweiterung des Marine-Amtes nicht für so dringend notwendig. Seinem Antrage gemäß wird die Forderung abgelehnt. Für die Stations-Intendanturen sind weitere Stellen für 1 Intendantur-Rat, 1 Intendantur-Assessor, 4 Intendantur-Sekretäre und 1 Intendantur-Registrator gefordert. Direktor Perels veräußerte, gegenwärtig seien die betreffenden Beamten so überlastet, daß sie an ihrer Gesundheit schweren Schaden erleiden. Die Kommission ist aber die Stellen für den Intendantur-Assessor und für zwei Intendantur-Sekretäre. Eine Forderung von 3000 M. für „Lebungsgelder der zu Lebungen im Marine-Justizdienste einberufenen Zivilrichter“ begründete Direktor Perels mit dem Hinweis darauf, daß im Mobilisationsfalle ein größerer Mehrbedarf an Marine-Kriegsgerichtsräten eintreten werde. Damit aber die Zivilrichter in einem solchen Falle zum Ersatz herangezogen werden können und sich nicht etwa „blamieren“, müßten sie in Friedenszeiten eine Uebung durchmachen. Abg. Koeren trat für die Ablehnung dieser Forderung ein, da diese Zivilrichter auch ohne eine solche Uebung als Marine-Kriegsgerichtsräte fungieren können. Die Kommission beschloß in diesem Sinne.

Für die Befolung der See-Offiziere werden 3381040 M. gefordert, 327770 M. mehr als im Vorjahre. Die Offizierstellen sollen um 115 vermehrt werden. Der Referent, Abg. v. Thünefeld, hob hervor, daß diese Vermehrung weit über den Plan des Flottengefährs hinausgehe. Es sei jedoch nun einmal eine größere Zahl von Seeabteilen vorhanden, und man müsse diese jungen Leute in Offiziersstellen unterbringen. Deshalb empfehle er, zwar die 115 neuen Stellen zu bewilligen, aber 10 Stellen für die höheren Offiziere durch solche für Lieutenants zur See zu ersetzen und dadurch 69690 M. an den Befolungen jährlich zu sparen. Abg. Graf v. Oriola schlägt vor, eine derartige Veräußerung nur für neun Stellen einzutreten zu lassen und demgemäß die verlangte Summe nur um 27870 M. zu kürzen. Staatssekretär v. Tirpitz: Das Flottengefähr habe überhaupt keinen bestimmten Satz für die Vermehrung der Offiziersstellen festgelegt. Auch sei bisher noch nichts mit Zustimmung des Reichstages die Vermehrung der Offiziersstellen je nach Bedarf erfolgt. Nach diesem Grundfahse sei auch die jetzige Etatsforderung berechnet worden. Die Kommission lehnte schließlich die Forderung des Etats und den Vorschlag des Grafen v. Oriola ab und nahm den Antrag des Referenten an.

Außerdem brachte der Abg. Richter bei den „Indiensthaltungen“ zur Sprache, daß die „Vossische Zeitung“ vor einigen Tagen bereits die kaiserliche Kabinettsorder veröffentlicht hat, durch welche die Indienststellung der einzelnen Schiffe für das nächste Jahr geregelt worden ist. Es sei also bereits alles abgemacht, bevor der Reichstag dazu Stellung genommen habe. Welchen Wert habe unter solchen Umständen das Etatsrecht des Reichstages? Auch sei es zu bedenken, daß die Kosten des Unternehmens nach Venezuela nicht in diesem Titel hineinbezogen worden seien. Staatssekretär v. Tirpitz: Die Kabinettsorder, welche die „Vossische Zeitung“ veröffentlicht habe, sei vom Kaiser noch gar nicht unterzeichnet worden. Dies werde erst geschehen, nachdem der Reichstag den Etat angenommen habe. Die Veröffentlichung in der „Vossischen Zeitung“ beruhe auf einer Indiskretion. Dagegen sei vor einigen Wochen eine Mitteilung an diejenigen Offiziere abgegeben, welche im nächsten Jahre auf den in Dienst gestellten Schiffen zur Verwendung gelangen sollen. Eine solche vorläufige Benachrichtigung sei seit jeher erfolgt und unbedingt notwendig, damit sich die betreffenden Offiziere auf ihre Abreise rechtzeitig einrichten können. Uebrigens sei bei den Benachrichtigungen ausdrücklich bemerkt, daß die Einweisung nur eine vorläufige sei und daß erst nach Annahme des Etats im Reichstage endgültig verfügt werde. Das Unternehmen nach Venezuela sei mit außerordentlichen Ausgaben verknüpft gewesen; ein Nachtrags-Etat, der die nötigen Mittel für dieses Unternehmen fordere, werde dem Reichstage vorgelegt, sobald die nötigen Grundlagen dazu gegeben seien.

Zu den „Vermischten Ausgaben“ lag u. a. eine Petition vor, der entsprechend Abg. Dr. Semmler beantragte, den Reichsanwalt zu ersuchen, für den nächstjährigen Etat eine Erhöhung des Höchstgehalts der Führer, Steuerleute und Maschinenisten von Werftdampfern, Schiffsmechanikern, Schiffschiffschiffen sowie der Schleusenmeister-Gehilfen in Erwägung zu nehmen. Der Antragsteller wies darauf hin, daß die betreffenden Unterbeamten seit 30 Jahren eine Verbesserung ihres Gehalts nicht erlangt haben. Direktor Perels aus dem Reichs-Schatzamt warnte davor, eine Beamtengruppe in dieser Weise zu begünstigen. Das sei in der Praxis nicht möglich, vielmehr müßten alle Beamten derselben Stufe in gleicher Weise berücksichtigt werden. Abg. Singer empfahl trotzdem die Annahme des Antrags Semmler. Denn bei diesen Unterbeamten liege der besondere Umstand vor, daß sie ihre Arbeit unter ganz besonderen Gefahren zu verrichten haben.

Nachdem sich noch mehrere andre Redner für den Antrag ausgesprochen hatten, wurde derselbe angenommen und ebenso die Petition dem Reichsanwalt zur Veräußerung überwiesen.

Nächste Sitzung am Dienstag: Einmalige Ausgaben des Marine-Etats.

Partei-Nachrichten.

Nur nicht zu ehehlich.

Vor Jahren war es die königliche „Leipziger Zeitung“, die den preussischen Konservativen den Vorwurf machte, sie seien zu ehehlich in ihrer Politik; man müßte nicht gleich alles offen heraus sagen, sondern seine Absichten immer höchst im Dunkel halten. Die preussischen Konservativen haben unterdes so gut gelernt, daß sie fast berechtigt wären, der „Leipziger Zeitung“ diese Belehrung zurückzugeben.

Die „Leipziger Zeitung“ hatte bekanntlich vor einiger Zeit bei Besprechung der Krankenlasten-Rovelle Behauptungen aufgestellt, die nur so zu deuten waren, daß die sozialdemokratischen Klassenbeamten Klassenelder für Zwecke der sozialdemokratischen Partei verwendeten. Als wir sie auf diese Verleumdung festlegten und ihre vollständige Grundlosigkeit nachwiesen, erklärte die „Leipziger Zeitung“ in einem Anfall von unbewußter Ehrlichkeit, es sei ihr niemals in den Sinn gekommen, solche Anschuldigung gegen die sozialdemokratischen Klassenbeamten zu erheben. Dagegen wären Lieferanten der Krankenlasten quasi gezwungen worden, Geld in die sozialdemokratische Parteilasse zu zahlen. Dies hätte ihren Behauptungen zu Grunde gelegen. Wir haben auch dies als vollkommen unwahr gekennzeichnet und die „Leipziger Zeitung“ hat keinen Versuch unternommen, ihre Verleumdungen zu beweisen.

Das der „Leipziger Zeitung“ entschlüpfte Zugeständnis, daß gegen die Geschäftsführung der sozialdemokratischen Klassenbeamten kein Vorwurf erhoben werden könne, hält man in der konservativen „Rechtloste, Konservativ Korrespondenz“, aus der die Amtsblätter im Lande gepreßt werden, offenbar für eine lapidale Dummheit, weshalb die „Konservative Korrespondenz“ sich zu schreiben beliebt:

„Die „Leipziger Zeitung“ hatte kürzlich auf die Mißbräuche der Krankenlasten durch die Sozialdemokratie hingewiesen und namentlich auf die Ausnutzung der sozialdemokratischen Nachstellungen in diesen Organisationen zur Erlangung materieller Vorteile für die Partei aufmerksam gemacht. Der „Vorwärts“ war in üblicher Weise und unter Verdröhung der betreffenden Ausführungen der

„Leipziger Zeitung“ gleich mit dem Vorwurfe der „Verleumdung“ bei der Hand; es war dem sozialdemokratischen Blatte natürlich sehr unangenehm, gerade im jetzigen Zeitpunkt die Nachschärfen seiner Partei aufgedeckt zu sehen. In der Juridikweisung des gänglich unbegründeten Vorwurfs des „Vorwärts“ schreibt nun das Organ der königlich sächsischen Regierung:

Hierauf folgt die Erwiderung der „Leipziger Zeitung“ uns gegenüber, jedoch ohne den Satz, daß sie niemals daran gedacht habe, den Krankenlasten-Beamten den Vorwurf der Untreue zu machen. Das ist ein Verfahren, von dem allerdings auch der ausgeleitetste sächsische Reaktionsär nicht mehr behaupten wird, daß es zu erhellend sei. Erstens wird durch die in dem Citat gegebene Darstellung der Ansichten erweckt, als hätten wir die Anschuldigungen der „Leipziger Zeitung“ auch in ihrer ersten Deutung nicht zu enträften vermocht, obwohl die „Leipziger Zeitung“ selber diese Anschuldigungen schließlich ausdrücklich verleugnet hat und zweitens werden die neuen Anschuldigungen, auf die sich die „Leipziger Zeitung“ zurückzog, verbreitet, nach dem wir auch diese längst als unwahr gekennzeichnet haben und ohne daß die „Leipziger Zeitung“ sie zu beweisen vermag.

Die „Leipziger Zeitung“ mag ihr Haupt verhillen, die Preußen sind ihr über im Verleumderhandwerk.

Die württembergische Landesversammlung wird am 12. April (Ostermontag) in Stuttgart eröffnet werden.

Totenliste der Partei. Ein Parteiveteran, der ehemalige Maurer Zscherpe, ist in Leipzig im Alter von 75 Jahren gestorben. Vater Zscherpe war der Senior der Leipziger Maurerbewegung und in hervorragender Weise an dieser beteiligt. Bis zum Jahre 1888 war er Vorsitzender des Aachvereins, zwei Jahre später vertrat er die Leipziger Maurer auf dem Maurerkongress in Kassel. In der Partei war er gleichfalls bis in seine letzten Tagen eifrig thätig. In den 80er Jahren zog er sich durch seine Parteithätigkeit eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten zu. Da ihm zur Ausübung seines Maurerberufs in den letzten Jahren die Kräfte fehlten, fand er eine leichtere Beschäftigung im Plagwitzer Konsumverein, und dort war er bis vor wenigen Wochen thätig.

Christliches Böh. Eine amüsante Geschichte wird unfrem Königsberger Parteiblatt aus Tilsit berichtet: In dem großen Dorfe J. im Kreis Tilsit wurde, wie das jetzt so üblich ist, ein evangelischer Arbeiterverein gegründet, natürlich zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Das große, staatserkaltende Werk war vollbracht, man konnte nun an die Vernichtung der verdammten Socis herangehen. Geld wurde gesammelt, eine Fahne wurde angeschafft und Verein und Fahne vom Pfarrer gesegnet. Doch der heilige glühende Feuerreifer erlachte bald, der Verein wollte nach einiger Zeit nicht mehr so recht vorwärts kommen. Da, eines Tages, o Graus, erklärte der Fahnenvorträger, ein kleiner Besizer, er trage die Fahne nicht mehr, er sei Sozialdemokrat geworden! Wäge die Fahne tragen, wer wolle. Man hätte nur die bestirnten Gesichter der Gründer dieses Vereins sehen sollen. Mit dem Fahnenträger traten gleichzeitig die letzten Mitglieder aus, und der anfänglich zur Bekämpfung der Sozialdemokratie gegründete Verein veränderte, weil die meisten Mitglieder Sozialdemokraten geworden waren.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Aufforderung zum Kontraktbruch strafbar.

Der Maurer Görres in Dortmund soll in einer Versammlung gesagt haben:

„Kollegen, es bleibt uns nichts andres übrig, als die Arbeit hinzuwerfen. Ich fordere Sie auf, die Arbeit hinzuperfen, auch diejenigen, welche Kündigung haben. Wir wollen und können nicht mehr warten.“

Er wurde angeklagt aus § 110 des Strafgesetzbuches, Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze. Das Landgericht Dortmund sprach ihn am 30. August 1902 frei, darauf legte der Staatsanwalt Revision ein, das Reichsgericht hob das Urteil auf, verwies die Sache an das Landgericht Bochum und dieses erkannte auf 100 M. Geldstrafe wegen Vergehen gegen § 110. Auf diese Weise wird allmählich auf dem Wege der Auslegung der bestehenden Gesetze noch mehr erreicht, als wie die Justizhausvorlage erreichen wollte, denn die verlangte wenigstens für die Strafbarkeit der Aufforderung zur Arbeitsniederlegung noch die Anwendung von körperlichem Zwange, Drohung oder Ehrverletzung und erklärte sogar das Inanspruchstellen einer nicht vertragswidrigen Arbeitsleistung ausdrücklich für strafbar. So wird Stück um Stück die Koalitionsfreiheit beseitigt, indem man nach und nach alle ihre Anwendungsformen zu strafbaren Handlungen zu stampeln sucht.

Ob sich wohl ein Gericht fände, das die Aufforderung zur Verlegung irgend eines andren Vertrages, z. B. eines Mietvertrages, für strafbar erklärte?

— Das Reichsgerichtsverfahren gegen das „Hamburger Echo“ ist von der Staatsanwaltschaft in Altona eingeleitet worden. Es handelt sich um ein Gedicht in der letzten Sonntagnummer des Blattes, das sich mit einem Fürsten von Habel beschäftigt. Die Staatsanwaltschaft der Republik Hamburg hat keinen Anlaß zum Einschreiten gefunden.

Briefkasten der Redaktion.

G. N. 65. 1. und 2. Im juristischen Teil 3. Benden Sie sich an den Reichsarbeiter-Verband, Engel-Ufer 15, I. — Rixdorf. 1. Rixdorf bei Berlin. 2. Rixdorf im Reg.-Bez. Schleswig. — Victor. Der letzte Parteitag war in München, der vorletzte in Lübeck. 2. Fragen Sie S., Offenbacherstr. 69.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.

G. N. 65. 1. und 2. Ja. — G. N. Weimar. 1. Rein 2. Auf Rechnung zahlen. — J. A. Wedding. Leider nein, weil seit 7 Jahren Beschäftigung eingetreten ist. — R. B. 20. 1. Eine Woche. 2. Beweisangebote kann der Angeklagte nicht stellen. 3. Der unterliegende Teil hat die Kosten zu tragen. 4. Nach Rechtskraft stellen Sie Kostenersatzungs-Antrag beim Amtsgericht 5. Ja. — J. 25. 1. Zahlen müssen Sie. Zunächst reklamieren Sie oder schlichtung. 2. Die angeführten Sachen werden als unpfändbar erachtet. — R. J. 13. 1. Ja. 2. Nein. — G. C. 999. Ja. — H. R. 37. Nach Ihrer Darstellung endet der Vertrag mit dem 1. August. — C. C. 2. 50. 1. Dem Vormund steht das Recht zu, auf der Gerichtsschreiberei die Akten einzusehen, nicht aber Uebersendung der Akten zu verlangen. 2. Der Vormund hat vom Vormundschaftsgericht die Ernennungsbekanntmachung geben zu lassen und auf Grund derselben beim Prozessgericht Bewilligung des Armenrechts zu beantragen. 3. Der Anwalt wird bestellt. 4. Nein: das für jedes zuständige Amtsgericht ist zuständig. 5. Wenn die Kosten des Gegners bezahlt sind, kann eine zurückgenommene Klage wieder angestellt werden. — W. W. 1950. Es ist leider zu spät. — Franz Zsch. Rechtzeitige Kündigung. Ist in Ihrem Verträge als Kündigungsfrist drei Monate und drei Tage vereinbart, so muß die Kündigung spätestens am 28. März Ihrem Vortr. zugegangen sein, um rechtsgültig zu sein. Ist in Ihrem Verträge drei Monate als Frist vereinbart, so muß die Kündigung spätestens am 31. März dem Vortr. zugegangen sein. Ist im Verträge nichts über die Kündigungsfrist vereinbart, so ist eine am 3. April dem Vortr. erklärte Kündigung rechtsgültig. Die angegebenen Fristen gelten auch dann als unangehoben, wenn der Vortr. die Annahme an dem betreffenden Tage (28. 31. März, 3. April) ablehnt, zum Beispiel weil auf dem Briefe der Vortr. nicht angegeben sei, oder weil er einen frankierten (einschließlichen oder nicht einschließlichen) Brief nicht annehmen will, oder weil er nur bis 6 Uhr abends Briefe annimmt, oder wenn der Brief rechtsgültig eingelaufen war, der Vortr. aber erst an einem späteren Tage Kenntnis von dem Briefe genommen hat, oder wenn der Brief verweilt, ohne für einen Vertreter zu sorgen, dem der Brief abgegeben werden kann und bezuglich, kurz: in allen Fällen, in denen durch Schuld des Vermieters die Kündigung überhaupt nicht oder verspätet zur Kenntnis des Vermieters gelangt, gilt die Frist als gewahrt, ist also die Kündigung rechtsgültig. Was gegenüber dem Vortr. nach dieser Richtung hin Nachens ist, gilt auch gegenüber dem Mieter, dem gekündigt wird.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. - Fernsprecher Amt VII, 353.

Sonntag, den 8. März 1903, vormittags 9 Uhr:

General-Versammlung der Verwaltungsstelle Berlin

im Circus Schumann, Am Circus, in der Nähe des Bahnhofs Friedrichstraße.

Tages-Ordnung:

1. Erledigung der von der letzten General-Versammlung zurückgestellten Punkte.
2. Stellungnahme zum Verbandstage.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

112/16*

Die Versammlung im Friedrichshain fällt aus.

Die Kollegen werden ersucht, pünktlich zu erscheinen, da uns der Raum nur kurze Zeit zur Verfügung steht.

Zahlreichen Besuch erwartet

Die Ortsverwaltung.

Verband der Möbelpolierer.

Heute abend in Kellers Festsaal, Kappensstraße 29:

Maskenball.

Zu beiden Tischen Tanz, im großen Saale zwei Orchester.

Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder nebst Angehörigen erwartet

Der Vorstand.

Die Versammlung im Norden fällt aus.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.

Sonntag, den 7. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Dieke, Adastr. 123:

Konferenz der Vertrauensleute des Nordens.

Sonntag, den 7. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Fischer, Waldstr. 8:

Konferenz der Vertrauensleute in Moabit.

Sonntag, den 7. März, abends 8 1/2 Uhr, 112/18

bei Pasche, Potsdamerstraße 44:

Konferenz der Vertrauensleute in Charlottenburg.

Zahlreichen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

Achtung! Militärschneider!

Sonntag, den 8. März, mittags 1 Uhr:

Oeffentliche Versammlung

in den „Arminshallen“, Kommandantenstraße Nr. 20.

Tages-Ordnung:

Die Aufklärung der Lärme an die Unternehmern, und wann gedenken

Wir in die Lohnbewegung einzutreten? Es ist Pflicht jedes Militärschneiders, in dieser Versammlung am

Platz zu sein! 162/10

Der Einberufer.

Kranken-Unterstützungsverein d. Tabakarbeiter Berlins.

(G. S. 88.)

Dienstag, den 17. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Feind, Weinstr. 11:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Bericht über den gegenwärtigen Stand der Kosten-Verminderung und

Beschlussfassung über etwa notwendig erscheinende Erhöhung der normierten

Beiträge, sowie sonstige Abänderungen des Kostenstatuts. 187/5

Das Erscheinen aller ist dringend geboten. Der Vorstand. C. Suhr, Vorhäncker, Straßburgerstr. 41 III.

Verband der Sattler.

Ortsverwaltung Berlin.

Bureau: Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Zimmer 30.

Fernspr.: Amt VII Nr. 1959. 156/5

Branchen-Versammlungen.

Geschirr-Branchen: Montag, den 9. März, abends 8 1/2 Uhr, Englischer Hof, Neue Kohstr. 3.

Creibriemen-Sattler: Dienstag, den 10. März, abends 8 1/2 Uhr, Englischer Garten, Alexanderstr. 27c.

Achtung! Taschen- und Koffer-Branchen. Achtung!

Mittwoch, den 11. März, abends 8 1/2 Uhr, Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 7.

Die Abzüge bei der Firma Offer u. Co.

Militär-Branchen: Sonntag, den 7. März, abends 8 1/2 Uhr, Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 7.

Linoleumleger u. Teppichnäher: Montag, 9. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Ladewig, Kommandantenstr. 65.

Wagen-Branchen: Mittwoch, den 11. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Augustin, Lindenstr. 69.

Eisenmöbel-Branchen: Mittwoch, den 11. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Ladewig, Kommandantenstr. 65.

Sektion Charlottenburg: Dienstag, 10. März, abends 8 1/2 Uhr, bei E. Dörre, Charlottenburg, Wallstr. 90.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht Die Ortsverwaltung.

Brodts Gesellschafts-Haus.

Erkner am Dameritz-See.

3 Minuten vom Bahnhof - herrlich am Wald und Wasser gelegen -

empfehlen sich bei Ausflügen per Eisenbahn und Dampfer den geehrten

Familien, Vereinen, Fabriken und Gesellschaften zu angenehmem Aufenthalt.

2 große Säle mit Bühne, 2 große schattige Gärten. Schutz für 1500 Personen.

Sonntags und Sonntags noch für Vereine zu vergeben. 4172*

Einsegnungs-ANZÜGE

ein- u. zweireihige Form, hochelegant u. tadellos sitzend. Vollständiger Ersatz für Massarbeit.

Die Preise sind je nach Größe.

Anzug	aus feinem, schwarzem Satin-Kammgarn, solide und elegant, von aus solchem, schwarzem Größe-Cheviot, dazwischen und elegant, von aus feinem, schwarzem Ripps-Kammgarn, sehr nobel, von aus ganz vorzüglich, schwarzem Diagonal-Cheviot, sehr praktisch, von aus gutem, schwarzem Kammgarn-Cheviot, sehr elegant, von aus gutem, schmalgeripptem Kammgarn in schwerer Qualität, von aus mittelstschwerem, schwarzem Satin-Kammgarn, sehr beliebt, von aus hochfeinem, schwarzem Kammgarn-Cheviot, sehr vornehm, von aus elegantem, schwarzem Ripps-Kammgarn, sehr bewährte Qualität, von aus bestem, schwarzem Kammgarn-Cheviot, hochelegant, von aus hochelegantem, schwarzem Twill, prima Qualität und sehr vornehm, von aus hochfeinem, schmalgeripptem Kammgarn, sehr elegant, von aus sehr gutem, schwarzem Tuch-Kammgarn, vollständiger Ersatz für Tuch, von	12 an.	12 an.	15 an.	16 an.	18 an.	21 an.	21 an.	21 an.	21 an.	23 an.	26 an.	30 an.	30 an.	30 an.
-------	--	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------

Hochelegante Massanfertigung bis zu den allerersten Qualitäten.

Carl Stier,

Fabrik für Herren- und Knaben-Garderobe, BERLIN SO., Oranienstraße 166.

Prachtvolle Qualität, ausgezeichnete Haltbarkeit, beste Verarbeitung, vornehme Ausstattung und tadelloser Sitz ist das Kennzeichen meiner Fabrikate und kann ich mich rühmen, in jeder Beziehung an der Spitze der Leistungsfähigkeit zu stehen. Die Preise sind billig, streng fest u. geschieht der Verkauf nur gegen Bar.

Jede Uhr

zu reparieren und reinigen sollte bei mir unter Garantie des Gutes nur 1 Mk. 50 Pf., außer Straß, kleine Reparaturen billiger. Großes Lager in Uhren, Goldwaren, Ketten zu erstaunlich billigen Preisen. Dukaten-Frauring, 900 gef., 14, Dukaten 15,50, 2 Dukaten 20,50 für sämtliche Waren schriftliche Garantie. Schilf-Kathenower Brillen, Vincenz, Operngläser. T. STOLZ, Chausseestr. 78, P. Stolz, Badstr. 57.

Zum Pechvogel.
Weiß- u. Bayerisch-Bier-Lokal.
Paul Litka, Warschauerstr. 61. Billard, Vereinszimmer.

Köpenick.
Rottbuser Korn
empfiehlt 6062*
Aug. Tauchert, Gastwirt, Müggelseimerstr. 4.

Fabrikmarke

Rotkäppchen

Uhrkette No. 2028, hochfeine Nickelkette mit Anhänger, 23 cm lang per Stück M. 1.30.
Manschetten-Kettenknöpfe No. 2989, blau Emaille mit grün emailliertem Kleeblatt per Paar M. 1.20. 141/2*
Brosche No. 2746, Gold-Double mit Herz-Anhänger per Stück M. 1.20.
Um nun jedermann Gelegenheit zu geben, sich von der Güte und Billigkeit unserer Waren zu überzeugen, versenden wir obige Uhrkette, Manschettenknöpfe oder Brosche zum Selbstkostenpreis von je 80 Pf. franco gegen vorherige Einsendung 20 Tage zur Probe. Nachnahme 20 Pf. mehr.
Katalog-Ausgabe 1903, mit circa 2000 Abbildungen über Gold- und Silberwaren, Lederwaren, Meissen, Sensen, Stahlwaren, Haushaltsartikel, sowie vielen Neuheiten versenden wir an jedermann, ohne Kaufzwang, gratis und franco.

Gebr. Wolfertz, Wald bei Solingen No. 129.
Um Verwechslungen zu vermeiden, bitten wir genau auf unsere Firma und Fabrikmarke zu achten.

Vorwärts-Buchhandlung

SW., Lindenstraße 69.
Touristen- und Radfahrerkarten, Stadtpläne!

Stadtpläne von Berlin von 30 Pf. bis 1 Mk.
Stadtpläne von Berlin mit farblichen Vorzeichen v. 50 Pf. bis 3 Mk.
Umgebungsarten von Berlin, 85, 132 und 500 []-Werten um Berlin, mit Entfernungangaben von Ort zu Ort, foliert, von 50 Pf. bis 5 Mk., auch für Radfahrer benutzbar.

Radfahrerkarten von Berlin mit Angabe der Art des Straßenverkehrs, der für Radfahrer verbotenen Straßen etc. 50 Pf.
Radfahrerkarten von Berlin und weiterer Umgebung (von Joachimsthal bis Jüterbog, von Berlin bis Frankfurt a. O.) auf Leinwand aufgezogen, in Karten 1,75 Mk.

Radfahrerkarten von Deutschland und angrenzenden Ländern, mit Angabe der Befähigung der Wege, Entfernungen der einzelnen Orte unter sich, Höhe über dem Meer, Steigungen etc., kleinen Führer, aufgezogen, in Karten, jede Section 1,50 Mk.

Taschenwörterbücher, kleines Format, praktisch für die Reise, französisch-deutsch und deutsch-französisch, englisch-deutsch und deutsch-englisch, russisch-deutsch u. deutsch-russisch, italienisch-deutsch und deutsch-italienisch.
Jede Sprache
statt 3 Mk. nur 1,50 Mk.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41.
Spezialarzt für Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntag 10-12 2-4.

Glaserhüte
zu erstaunlich billigen Preisen.

Welcher Herrenhut mit Satinfutter Mk. 1.75
Atlasfutter 2.-
kleinere Form 1.50

Cylinder-Verleiher
Mk. 0.50.

Aussergewöhnlich reichhaltige Auswahl.

Oscar Arnold

Engros. Größtes Spezialgeschäft Export. für Filzhüte, Strohhüte, Stoffhüte, Cylinder und Mützen. nur Dresdenstr. 116 (Kein Laden).

Paul Hilperts Restaurant u. Garten
Halensee, Kurfürstendamm 126.
Erste Delikatessen für Sommer, Supperien wie am Bahnhof Halensee. Vorzüglich gekochte Biere. Reichhaltige Speisekarte zu kleinen Preisen. Familien können Kaffee trinken.
Zahlreichen Besuch nicht entgegen Paul Hilpert.

Sand 2 Mark
pro Woche Abzahlung. Barzelle ca. 840 [] Meter 300 [] Vorort, nur mündlich, verkauft Herrmann, Blumenstraße 79. 250/6

Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit
die Lederhose Herkules tragen. Klein-Verlauf. Sehr starke Ware in praktischen grünen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Band aus einem Stück gearbeitet. Sehr feste Knöpfe. Halbbare Pilot-Kolben. Große Hüden umfassen. Die Hose
bei Entnahme von 6 Stück 26 Mk. **4 Mk. 50**
Schlaues Monteur-Jackett 1 Mk. 90
Schlaues Monteur-Jacke 1 Mk. 90
Schlaues Monteur-Jacke 2 Mk. 50
Prima Röper-Gewebe 2 Mk. 10
Prima Röper-Gewebe 2 Mk. 10
Wandleder-Hose 8,50, 5,25, 4,25, 3 Mk. 50
Geflütert. Wandleder-Jacke 14.- 0.-
Weiße Feuert-Jacke 3,50, 2 Mk. 75
Konditor-Jacken, Dreifach 4,25, 3 Mk. -
Kaler-Mittel 3.-, 2,50, 2 Mk. -
Mechaniker-Mittel (braun) 3.-, 2 Mk. 40
Weiße Leder-Jacke, Dreifach 7,50, 3 Mk. 75
Weiße Lederhosen 4,50, 2 Mk. 75
Journale, fest u. schön, 3.-, 1 Mk. 75
Die Preise gelten für normale Größen.

Baer Sohn
En gros. Export. En detail.
Chausseestr. 21a, 25, Brüderstr. 11.
Gr. Frankfurtstr. 20.
Die 20. Preisliste 1902 wird kostenlos und portofrei zugelandet.
Bei Bestellung von Noten ist die Bundweite und die Schriftgröße, bei Jacketts und Mänteln die Brustweite anzugeben. 206/2*
- Versand von 20 Mk. an franco. -

BLUTARMEN. KRANKEN
ärztlich empfohlen
1-50 und 2 Mark
FEURIG SÜSSER KRAFT-ROTHWEIN
Santa Lucia
steht unter ständiger Kontrolle des Gerichtschemikers Dr. C. Bischoff.

Cigarrengeschäft
mit schöner Wohnung.
Rixdorf, Panierstr. 29, täglich, coulante Bedienung, sofort verpackt.
S. Hand, Berlin NO., Wartheustraße 29, II. 7782*

Die amüsanteste Unterhaltung im Gasthaus ist:
Springen wir'n Wurm aus?
Harmlos! Scherzhaft! Neu!
Gastwirte wollen sich gefl. wenden an: **A. Wurm, SO., Michaelkirchstrasse 20.** Telephone VII. 3745.
667L*

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, den 6. März 1903.

Hochwirtsch. Bilanzkürzel. — Mitteilungen der Londoner Finanz-Chronik über die russische Finanzlage. — Deutsche Tageszeitung und Kreuz-Zeitung. — Die Kreuz-Zeitung fordert parlamentarische Institutionen für Rußland. — Neues Trust-Gründungsfever in der nordamerikanischen Union.

Als am russischen Reichstages Finanzminister Witte's geschnittener Budgetbericht erschien und die deutsche Presse die schönen Zifferngruppierungen der Witte'schen Bilanzkürzel als authentische Zahlen hinnahm, die denselben Wert hätten, wie die Etatsziffern parlamentarischer Kulturstaaten, ist schon an dieser Stelle (Wochenbericht der Nr. 14 des „Vorwärts“) auf das eigenartige Buchungsverfahren hingewiesen worden, das Herr Witte speziell bei der Berechnung und Verteilung der russischen Eisenbahn-Einnahmen und -Ausgaben auf die verschiedenen Konten verfocht.

Im Gegensatz zu der bisherigen Zurückhaltung der deutschen Finanzpresse gegenüber den Witte'schen Budgetberichten veröffentlichte nun jüngst die deutsche Londoner „Finanz-Chronik“

Laut Daten der Allrussischen Reichsstatistik:

Table with 2 columns: Description and Value. Includes items like 'Schätzung des staatl. Eisenbahn-Vermögens am 1. Januar 1902' and 'Zunahme des Spirituskonsums per Kopf'.

Laut Daten der Reichsstatistik und offiziellen Statistik:

Table with 2 columns: Description and Value. Includes items like 'Schätzung des staatl. Eisenbahn-Vermögens in J. 1902' and 'Zunahme des Spirituskonsums per Kopf'.

Der plötzliche Abbruch der Putnik'schen Prospekt hat jedoch noch eine andre Bedeutung. Die Londoner „Finanz-Chronik“ ist Verfechterin gewisser Hochfinanz- und Kolonialinteressen — eine Ablagerungsstätte Karl Peters'scher Kolonialpläne. Ihr Ausfall gegen den allgewaltigen russischen Finanzminister dürfte entweder auf Inspirationen aus dem russischen Ministerium des Innern zurückzuführen sein, das bekanntlich zu dem Witte'schen Ressort auf dem Kriegsfuß steht, oder aus gewissen Kreisen der Hochfinanz stammen, welche die Aufnahme einer baldigst zu erwartenden neuen russischen Anleihe auf dem deutschen Geldmarkt erschweren möchten.

Und interessant, wie die Frage, welchem Zweck die Veröffentlichung dienen soll, ist auch die Betrachtung der Haltung, welche die deutsche Presse gegenüber dem Angriff der „Finanz-Chronik“ einnimmt. Während die liberalen Handelsblätter die Mitteilungen meist aus leicht ersichtlichen Gründen ignorieren, schlägt die Agrarpresse Tamara, voran natürlich das Intelligenzblatt des Bundes der Landwirte, die „Deutsche Tageszeitung“ des großen Agrarvereins, und die christliche „Kreuz-Zeitung“, die beide in den letzten Tagen die „Enttäuschungen“ der „Finanz-Chronik“ in langen Leitartikeln verarbeitet. Natürlich handelt es sich auch bei ihnen nicht um eine bloße Belächelung der sieben Leser oder um eine Abwehr neuer russischer Anleihen. Ah nein, das Motiv ist ein andres. Ihr Zweck ist, darzutun, daß einerseits „das System Witte, das die russische Landwirtschaft einer noch nicht auf eignen Füßen stehenden, durch schwer getragene Schutzzölle künstlich lebendig erhaltenen Industrie opfert“, zum Ruin führt, und daß andererseits Rußland keineswegs so lauffähig ist, als seitens der Export-Industriellen behauptet wird — also bei den Handelsvertrags-Verhandlungen auch auf die russischen Ansprüche keine besondere Rücksicht genommen zu werden braucht.

Sehr schön heißt es z. B. in dieser Hinsicht im Leitartikel der „Deutschen Tageszeitung“:

„In dem Augenblick, wo Deutschland mit Rußland über einen neuen Handelsvertrag unterhandelt, ist es von ganz besonderem Wert, festzustellen, daß die offiziellen Darlegungen des russischen Finanzministers über die russischen Finanzen und über die wirtschaftliche Entwicklung Rußlands unzutreffend sind. Unser Unterhändler werden daraus die wichtige Schlussfolgerung ziehen müssen, daß Rußland weit mehr auf das Ausland angewiesen und weit weniger lauffähig für ausländische Erzeugnisse ist, als nach den bisher für maßgebend gehaltenen offiziellen Angaben.“

Obgleich die politischen Anschauungen beider Blätter denen der russischen Reichstages eng verwandt sind und speziell die „Kreuz-Zeitung“ früher in den russischen Regierungsmassnahmen oft ihr Ideal fand, hat der Abbruch des deutsch-russischen Handelsvertrages im Jahre 1894 in die Seelenverwandtschaft, die einst die Kreuzzeitungsblätter mit der das russische Reich leitenden Diplomaten-Literie verband, ein so elliges Loch gerissen, daß neuerdings in der Richtung des christlichen Organs für König, Vaterland und Brotwäcker des Reich aller Neuen noch um einige Grade tiefer steht, als die nordamerikanische Republik. So weit geht die Abneigung, daß die „Kreuz-Zeitung“ sogar für die Herstellung einer parlamentarischen Konstitution in Rußland zu schwärmen beginnt und z. B. im Anschluß an die Mitteilungen der Londoner „Finanz-Chronik“ sich folgende schönen Forderungen leistet:

„Politisch ziehen wir daraus den Schluß, daß man mit solchen Finanzen keinen europäischen Krieg führt, daß man aber auch in solcher Lage über kurz oder lang genötigt sein wird, den Wänschen Rechnung zu tragen, die in der öffentlichen Meinung des Landes so leidenschaftlich zum Ausdruck kommen. Die Wendung zum Liberalismus, d. h. zu irgend einer Form der Heranziehung der bereits als Adress organisierten Gouvernements und Kreislandratsvertretungen zur Teilnahme am Regiment, namentlich aber zur Kontrolle der Finanzpolitik läßt sich auf die Dauer nicht umgehen.“

Wohl merkwürdig, von welchem kuriosen Meinungswechsel oft der Umschlag der materiellen Interessen begleitet ist. Die Konvertierung der rumänischen 175 Millionen Lei-Anleihe genügt, damit kürzlich ein Teil der jüdischen Hochfinanz plötzlich entdeckte, daß die rumänische Finanzlage jetzt ganz befriedigend sei; und die russische Lebensmittel-Konkurrenz hat gar die „Kreuz-Zeitung“ dahin gebracht, sich zu der Forderung einer parlamentarischen Konstitution für — Rußland zu bekennen.

Nun haben sich auf dem amerikanischen Geldmarkt bessere Verhältnisse eingestellt, so tritt auch schon von neuem das Trust-Gründungsfever hervor. Pläne, für deren Zustandekommen die Lage des Geldmarktes im Herbst ein Hindernis bildete, sind sofort wieder aufgenommen und auch schon teilweise in den beiden letzten Monaten durchgeführt worden; und daneben tauchen überall neue Projekte auf, durch Verschmelzung gleichartiger Betriebe größere Konkurrenzfähigkeit und größere Interessengemeinschaften zu schaffen. Bisher liegen erst über die im Laufe des Monats Januar zu stande gekommenen und in den Oststaaten der Union inkorporierten Unternehmungen ausführliche amtliche Mitteilungen vor. Danach beläuft sich das Kapital neuer, mit mindestens je 1 000 000 Dollar kapitalisierter Aktiengesellschaften insgesamt auf 177 990 000 Doll., während die betreffende

plötzlich Auszüge aus einer in Petersburg erschienenen Schrift „Zur allerruhestänigsten Verichterstattung des Finanzministers über das Reichsbudget für das Jahr 1902.“ Wie es scheint, nehmen die „Finanz-Chronik“ und die verschiedenen Blätter, die ihre Mitteilungen nachbruden, an, daß es sich um ganz neue „Enttäuschungen“ handelt, während die Mitteilungen der „Finanz-Chronik“ tatsächlich nur Uebersetzungen aus der auch von uns im betreffenden Wochenbericht erwähnten, im Februar vorigen Jahres mit Erlaubnis der Censur gedruckten, aber nicht für den öffentlichen Verkauf freigegebenen Schrift des russischen Wirtschaftspolitikers Georg Putnik sind, auf dessen Nachweise sich auch hauptsächlich Paul Kohrbach in seiner Prospekt „Das Finanzsystem Witte's“ stützt.

Zudem diese Thatsachen, daß es sich um eine bereits jahredalte, in den Kreisen russischer Nationalökonomien bekannte Kritik handelt, hindert nicht, daß die Uebersetzung der „Finanz-Chronik“ dem größeren Publikum vieles Neue bringt, beweist doch schon der mehrfache Abdruck, den diese „Enttäuschungen“ erfahren haben, daß sie selbst manchen Redaktionen als etwas bisher ganz Unbekanntes gegolten haben müssen. Einige der wichtigsten Feststellungen Putnik's werden deshalb vielleicht auch als Illustration der Glaubwürdigkeit russischer Finanzberichte die Leser des „Vorwärts“ interessieren.

Table with 2 columns: Description and Value. Includes items like 'Schätzung des staatl. Eisenbahn-Vermögens in J. 1902' and 'Zunahme des Spirituskonsums per Kopf'.

Summe für den vorhergehenden Monat, in dem die Versteigerung des Geldmarktes nachwirkte, nur 97 260 000 Doll. betrug. Das Aktienkapital verteilt sich auf die in Betracht kommenden Staaten in folgender Weise:

Table with 2 columns: State and Value. Lists New Jersey, Maine, New York, Delaware, Connecticut, Pennsylvania, and Total.

Das Gesamtkapital der in den gleichen Staaten im Monat Januar gegründeten Aktiengesellschaften mit geringerem Kapital als je 1 Million Dollar beträgt 63 Millionen Dollar.

Die hohen Ziffern für New Jersey und für Maine erklären sich daraus, daß diese Staaten die günstigste Aktiengesetzgebung haben und deshalb sich dort nicht nur vielfach Gesellschaften in die Register eintragen lassen, deren Geschäftsfeld in anderen Staaten der Union liegt, sondern auch solche, die außerhalb des Gebietes der Vereinigten Staaten ihre Anlagen und Betriebe haben; so wurden z. B. im Januar in New Jersey inkorporiert die Mexican Tobacco u. Cigarette Corporation, die Alaska Peninsula Packing Co., die Cuban-American Land Co. usw.

Hält das Gründungsfever in gleichem Maße an, wird es kaum lange dauern, bis die Vereinigten Staaten von neuem vor einer sogenannten Geldversteigerung stehen.

Die Geheimnisse des Damenstiftes.

München, den 5. März. (Fig. Ber.)

Wie es mit dem frommen und sittlichen Lebenswandel gewisser Betrachter bisweilen aussieht, zeigt ein Prozeß der am heutigen Tage vor dem Münchener Schwurgericht begann. Angeklagt wegen einer Körperverletzung ist, wie schon kurz erwähnt, auf Grund des § 229 St.-G.-B. die Vorsteherin des Maximilian-Damenstiftes in München, die im Jahre 1848 geborene Hörterstodter v. Heusler. Das Stift ist zur Versorgung der Töchter höherer Beamter bestimmt und zwar sind zur Zeit zehn zum Teil ältere Damen dort untergebracht, zu deren Bedienung drei Dienstmädchen vorhanden sind. Das eine Dienstmädchen, Minna Wagner, erkrankte am 20. Juli 1902 plötzlich nach dem Genusse einer Tasse Kaffee und es stellte sich heraus, daß dem Getränk einprozentige Salzsäure beigelegt war. Sie mußte ins Krankenhaus gebracht werden und ist zur Zeit noch nicht völlig wieder hergestellt. Die Vorsteherin des Damenstiftes wird nun beschuldigt, die Salzsäure dem Kaffee beigelegt zu haben, und zwar in der Absicht, die B. krank zu machen und sie auf diese Weise aus dem Stift zu entfernen. Die B., die früher protestantisch war und zum Katholizismus übertrat, stand anfänglich in einem ziemlich vertrauten Verhältnis zu der Angeklagten insofern, als ihr diese wiederholt Dinge über die übrigen Stiftsdamen erzählt habe, über die man sich eigentlich gegenüber sich den vertrautesten Persönlichkeiten nicht zu äußern pflege. Später wurde der v. H. jedoch die B. lästig und sie verachtete nun, das Dienstmädchen aus dem Stift zu verdrängen; sie soll deshalb einem anderen Dienstmädchen aufgetragen haben, sie möge die B. bearbeiten, damit diese ihr läudige. Die Angeklagte will deshalb Grund zur Unzufriedenheit mit der Wagner gehabt haben, weil diese angeblich viel Bier getrunken habe (täglich drei, sechs und noch mehr Flaschen). Am 20. Juli stellte die Dienstmagd Shoff, die für das in steller beschuldigte Flaschenbier verantwortlich war, fest, daß ihr drei Flaschen Bier fehlten. Die Vorsteherin brachte die Sache in der Küche zur Sprache und wart der Wagner vor, sie trinke zuviel Bier. Sie leugnet jedoch, die B. des Diebstahls beschuldigt zu haben, sondern ihre Vorwürfe hätten sich nur darauf gegründet, daß festgestellt worden sei, daß die B. von einem Bier Bier bezog. Die Wagner behauptet nun, die H. habe ihr den Diebstahl der drei Flaschen Bier vorgeworfen und sie habe darauf entgegnet, sie lasse sich das nicht gefallen und gehe in das (die Kuchstube über das Stift ausübende) Ministerium, um sich zu beschweren. Die Angeklagte leugnete dies entschieden, die anderen beiden Dienstmädchen bestätigten jedoch, daß die Wagner ihnen sagte, sie wolle in das Ministerium gehen. Die Anklage nimmt nun an, daß die v. H. Ursache hatte, sich vor einer Beschwerde im Ministerium zu fürchten, denn sie mußte annehmen, daß bei dieser Gelegenheit die Wagner auch erzählen würde, wie sie sich über die anderen Stiftsdamen geäußert hatte. Nach den Aussagen der Wagner in der Voruntersuchung habe die Heusler über die Stiftsdame v. L. gesagt, sie „habe es mit Exzellenz freilich (dem Minister des Innern) gehabt“. Eine frühere Vorsteherin des Stiftes sei oft betrunken gewesen und in solchen Fällen habe die H. zur B. gesagt: „Gehen Sie hinaus und schauen Sie nach, ob die H. noch nicht verreckt ist.“ Und weiter habe sie noch geäußert:

Wenn nur die mal der Teufel holen wollte, da hätte er einen guten Dicken. Ueber eine andre Stiftsdame sagte sie, diese sei eine alte Kaiserin und Schachstein herinhaben, nachdem sie draussen herumgehört hätten. Einem Dienstmagd soll sie aufgetragen haben, eine alte,

krante Pensionärin, die das Bett oft beschmutzte, am Sonntagvormittag durch zu hauen, während die andere in der Küche waren! Kranken Damen ließ sie die vom Arzt verschriebenen Suppen nicht geben. Den Dienstmädchen hat sie mit Vorliebe nachgeschaut, daß sie schliefen. Im allgemeinen wird die Heusler als hochfeste, gemüthlose und rachsuchtige Person geschildert.

Die Angeklagte, die anfangs leugnete, sich in derartiger roher Weise über die Stiftsdamen ausgesprochen zu haben, giebt schließlich zu, daß sie sich so äußerte, aber nicht gegen die Minna Wagner.

In den andern Dienstmädchen äußerte die H. wiederholt, die Wagner könne man nur los werden, wenn sie einmal rechter-tranke!

Am 20. Juli nachmittags (am Vormittag hatte sich die schon geschilderte Scene wegen der drei Flaschen Bier abgespielt) ging die Angeklagte aus. Sie schloß vorher die Küche und den Abort — wo die zu Putzarbeiten verwendete Salzsäure aufbewahrt war — ab. Als sie zurückkehrte, schloß sie die Thüren wieder auf, und da es zu den offenen Fenstern hereinregnete hatte, so mußte die Wagner die Kasse aufschließen. Dann ging letztere in die Küche, und da sie Durst hatte, schenkte sie sich eine Tasse Kaffee ein. Dazu benutzte sie eine bestimmte, mit einem Bändchen gezeichnete Blechflasche, die speziell für ihren Gebrauch bestimmt war, da sie eine Wunde am Munde hatte. Nach dem ersten Schluck mußte sie sich heftig erbrechen. Nachdem sie sich etwas erholt hatte, bemerkte sie, der Kaffee müsse untersucht werden. Die Dienstmädchen kamen überein, von dem Vorfalle vorläufig nichts zu melden. Die Angeklagte giebt auf wiederholtes eindringliches Befragen zu, daß sie am Sonntagabend noch nichts von dem Unwohlsein der Wagner erfahren hatte. Am nächsten Morgen (Montag) um 6 Uhr ging die Heusler in die Kirche, ohne vorher mit jemand ein Wort zu wechseln. Als sie gegen 7 Uhr zurückkehrte, stellte sie an das Dienstmädchen Shoff die eigentliche Frage, was die Wagner mache. Sie erhielt die Antwort, diese staube im Speiseaal ab, worauf sie — obgleich sie von der Erkrankung noch nichts wissen konnte — erwiderte: „So, ist sie doch herunter, ich habe geglaubt, sie ist zu Bett.“ Als sich dann bei der Wagner Blutbrechen eingestellt, äußerte die Heusler zu der Shoff: „Die hat gewiß Salzsäure in ihren Kaffee gethan, damit sie fortkommt. Die Heusler bestreitet, diese Bestimmung gethan zu haben, die Shoff bleibt jedoch entschieden auf ihrer Angabe bestehen und es erwies sich, daß sie von der Aeußerung der Vorsteherin auch sofort dem dritten Dienstmädchen Schwarz davon Mitteilung gemacht hatte. Dem herbeigekommenen Arzt Dr. Eisenreich sagte die Heusler: Herr Doktor, es hat gestern Verdruß gegeben und wir haben Salzsäure im Haus, die Minna wird doch nicht etwa welche getrunken haben? Auf Anordnung des Arztes wurde die Wagner ins Krankenhaus übergeführt. Die Shoff füllte den Rest des Kaffees in ein Fläschchen, das ihr die Heusler wegnehmen wollte, was jedoch nicht gelang. Als die Wagner schon das Fläschchen hatte, wollte es dieser die H. noch aus der Tasche nehmen. Es wurde festgestellt, daß der Kaffee mit Salzsäure enthielt.

Der Verteidiger der Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. v. Pannwitz, versucht den Nachweis zu führen, daß die Wagner geistig nicht ganz normal sei. Er will damit die Annahme glaubwürdig machen, daß sie selbst die Salzsäure in den Kaffee geschüttet habe. Sie soll einmal behauptet haben, ihr Onkel habe sie wegen ihres Uebertritts zum katholischen Glauben erschlagen wollen. Ihren Großvater habe am Fünfundzwanzigsten des Schlag getroffen z. Cines Radts habe sie einen fertigen Hund gegeben, der die Vorsteherin zerriß. Ferner hat sie erzählt, sie sei früher bei einer protestantischen Herrschaft gewesen, deren Tochter so gottesfürchtig war, daß sie einen Hosen mit dem Fell und Haaren gebraten habe, so daß es färschterlich stank. Dr. v. Pannwitz will auch den Nachweis führen, daß die Wagner sehr viel Bier trank und sich bei einem benachbarten Wirt täglich 3, 6 und noch mehr Flaschen kaufte, woraus es sich erkläre, daß im Keller eine größere Anzahl leerer Flaschen vorhanden waren.

Das Dienstmädchen Shoff hat gehört, wie die Heusler, als die Wagner fortgeschickt wurde, sagte: „Herrgott, wie Du willst, jetzt haben wir's, jetzt ist schon dran!“

Die Bierbrauereifirma Babette Adam war früher (1. Mai 1901 bis 1. Mai 1902) im Stift als Zimmermädchen. Sie hörte, wie die Heusler der Wagner einmal befehl, sie möge einer Stiftsdame Salz in die Medizin mischen, damit sie diese nicht laufen könne. Die Stiftsdamen hatte die H. immer nur alte Laster und alte Schachstein genannt, die man nur zum Pressen und Saufen im Stift habe. Eine Redenbedienstete, deren Name ihr entfallen ist, habe erzählt, daß die Heusler dem Mädchen sagte, sie solle einer alten Stiftsdame etwas ins Essen mischen, damit es mit ihr schneller dahingehe. Die noch immer leidende Wagner bestreitet entschieden, daß sie selbst etwa in selbstmörderischer Absicht die Salzsäure getrunken habe. Ihre Darstellung des Sachverhalts bestätigt im übrigen die von der Anklagebehörde gegebene Darstellung.

Die Angeklagte hat gehört, wie die Heusler, als die Wagner fortgeschickt wurde, sagte: „Herrgott, wie Du willst, jetzt haben wir's, jetzt ist schon dran!“

Die Bierbrauereifirma Babette Adam war früher (1. Mai 1901 bis 1. Mai 1902) im Stift als Zimmermädchen. Sie hörte, wie die Heusler der Wagner einmal befehl, sie möge einer Stiftsdame Salz in die Medizin mischen, damit sie diese nicht laufen könne. Die Stiftsdamen hatte die H. immer nur alte Laster und alte Schachstein genannt, die man nur zum Pressen und Saufen im Stift habe. Eine Redenbedienstete, deren Name ihr entfallen ist, habe erzählt, daß die Heusler dem Mädchen sagte, sie solle einer alten Stiftsdame etwas ins Essen mischen, damit es mit ihr schneller dahingehe. Die noch immer leidende Wagner bestreitet entschieden, daß sie selbst etwa in selbstmörderischer Absicht die Salzsäure getrunken habe. Ihre Darstellung des Sachverhalts bestätigt im übrigen die von der Anklagebehörde gegebene Darstellung.

Die Angeklagte hat gehört, wie die Heusler, als die Wagner fortgeschickt wurde, sagte: „Herrgott, wie Du willst, jetzt haben wir's, jetzt ist schon dran!“

Die Bierbrauereifirma Babette Adam war früher (1. Mai 1901 bis 1. Mai 1902) im Stift als Zimmermädchen. Sie hörte, wie die Heusler der Wagner einmal befehl, sie möge einer Stiftsdame Salz in die Medizin mischen, damit sie diese nicht laufen könne. Die Stiftsdamen hatte die H. immer nur alte Laster und alte Schachstein genannt, die man nur zum Pressen und Saufen im Stift habe. Eine Redenbedienstete, deren Name ihr entfallen ist, habe erzählt, daß die Heusler dem Mädchen sagte, sie solle einer alten Stiftsdame etwas ins Essen mischen, damit es mit ihr schneller dahingehe. Die noch immer leidende Wagner bestreitet entschieden, daß sie selbst etwa in selbstmörderischer Absicht die Salzsäure getrunken habe. Ihre Darstellung des Sachverhalts bestätigt im übrigen die von der Anklagebehörde gegebene Darstellung.

Die Angeklagte hat gehört, wie die Heusler, als die Wagner fortgeschickt wurde, sagte: „Herrgott, wie Du willst, jetzt haben wir's, jetzt ist schon dran!“

Die Bierbrauereifirma Babette Adam war früher (1. Mai 1901 bis 1. Mai 1902) im Stift als Zimmermädchen. Sie hörte, wie die Heusler der Wagner einmal befehl, sie möge einer Stiftsdame Salz in die Medizin mischen, damit sie diese nicht laufen könne. Die Stiftsdamen hatte die H. immer nur alte Laster und alte Schachstein genannt, die man nur zum Pressen und Saufen im Stift habe. Eine Redenbedienstete, deren Name ihr entfallen ist, habe erzählt, daß die Heusler dem Mädchen sagte, sie solle einer alten Stiftsdame etwas ins Essen mischen, damit es mit ihr schneller dahingehe. Die noch immer leidende Wagner bestreitet entschieden, daß sie selbst etwa in selbstmörderischer Absicht die Salzsäure getrunken habe. Ihre Darstellung des Sachverhalts bestätigt im übrigen die von der Anklagebehörde gegebene Darstellung.

Die Angeklagte hat gehört, wie die Heusler, als die Wagner fortgeschickt wurde, sagte: „Herrgott, wie Du willst, jetzt haben wir's, jetzt ist schon dran!“

Die Bierbrauereifirma Babette Adam war früher (1. Mai 1901 bis 1. Mai 1902) im Stift als Zimmermädchen. Sie hörte, wie die Heusler der Wagner einmal befehl, sie möge einer Stiftsdame Salz in die Medizin mischen, damit sie diese nicht laufen könne. Die Stiftsdamen hatte die H. immer nur alte Laster und alte Schachstein genannt, die man nur zum Pressen und Saufen im Stift habe. Eine Redenbedienstete, deren Name ihr entfallen ist, habe erzählt, daß die Heusler dem Mädchen sagte, sie solle einer alten Stiftsdame etwas ins Essen mischen, damit es mit ihr schneller dahingehe. Die noch immer leidende Wagner bestreitet entschieden, daß sie selbst etwa in selbstmörderischer Absicht die Salzsäure getrunken habe. Ihre Darstellung des Sachverhalts bestätigt im übrigen die von der Anklagebehörde gegebene Darstellung.

Die Angeklagte hat gehört, wie die Heusler, als die Wagner fortgeschickt wurde, sagte: „Herrgott, wie Du willst, jetzt haben wir's, jetzt ist schon dran!“

Die Bierbrauereifirma Babette Adam war früher (1. Mai 1901 bis 1. Mai 1902) im Stift als Zimmermädchen. Sie hörte, wie die Heusler der Wagner einmal befehl, sie möge einer Stiftsdame Salz in die Medizin mischen, damit sie diese nicht laufen könne. Die Stiftsdamen hatte die H. immer nur alte Laster und alte Schachstein genannt, die man nur zum Pressen und Saufen im Stift habe. Eine Redenbedienstete, deren Name ihr entfallen ist, habe erzählt, daß die Heusler dem Mädchen sagte, sie solle einer alten Stiftsdame etwas ins Essen mischen, damit es mit ihr schneller dahingehe. Die noch immer leidende Wagner bestreitet entschieden, daß sie selbst etwa in selbstmörderischer Absicht die Salzsäure getrunken habe. Ihre Darstellung des Sachverhalts bestätigt im übrigen die von der Anklagebehörde gegebene Darstellung.

Die Angeklagte hat gehört, wie die Heusler, als die Wagner fortgeschickt wurde, sagte: „Herrgott, wie Du willst, jetzt haben wir's, jetzt ist schon dran!“

Die Bierbrauereifirma Babette Adam war früher (1. Mai 1901 bis 1. Mai 1902) im Stift als Zimmermädchen. Sie hörte, wie die Heusler der Wagner einmal befehl, sie möge einer Stiftsdame Salz in die Medizin mischen, damit sie diese nicht laufen könne. Die Stiftsdamen hatte die H. immer nur alte Laster und alte Schachstein genannt, die man nur zum Pressen und Saufen im Stift habe. Eine Redenbedienstete, deren Name ihr entfallen ist, habe erzählt, daß die Heusler dem Mädchen sagte, sie solle einer alten Stiftsdame etwas ins Essen mischen, damit es mit ihr schneller dahingehe. Die noch immer leidende Wagner bestreitet entschieden, daß sie selbst etwa in selbstmörderischer Absicht die Salzsäure getrunken habe. Ihre Darstellung des Sachverhalts bestätigt im übrigen die von der Anklagebehörde gegebene Darstellung.

Die Angeklagte hat gehört, wie die Heusler, als die Wagner fortgeschickt wurde, sagte: „Herrgott, wie Du willst, jetzt haben wir's, jetzt ist schon dran!“

Lokales.

Wie die Konfirmandenstunde den Schulunterricht fñdet,
 Das weiß jeder Lehrer aus eigener Erfahrung, bei einigem Nachdenken könnte es aber auch den Eltern einleuchten, die ihre Kinder zum Pastor schicken, um sie für die Konfirmation vorzubereiten zu lassen. Eine sehr lehrreiche tabellarische Zusammenstellung über den Umfang der Beeinträchtigung, die sich die Schule in dieser Hinsicht gefallen lassen muß, wird durch die „Pädag. Zeitung“ veröffentlicht. In einer Mädchenschule sind 97 Schülerinnen gezählt worden, die gegenwärtig wöchentlich zweimal den Konfirmandenunterricht besuchen. Diesen Unterricht haben 8 Schülerinnen des Morgens von 8—9 Uhr, 50 Schülerinnen des Vormittags von 11—12 Uhr, 39 des Mittags von 11—1 Uhr. Nur bei 17 Schülerinnen fällt die Konfirmandenstunde nicht mit einer Schulstunde zusammen, die übrigen 80 aber müssen sämtlich wegen der Konfirmandenstunde wöchentlich zwei Schulstunden veräumen. Etoben von diesen achtzig Schülerinnen veräumen nur Religionsstunden, so daß sie keine Einbuße an ihrer Bildung erleiden. 73 Schülerinnen müssen aber andern Schulunterricht opfern, zum Beispiel deutschen Unterricht einschließlich Lesen usw. 44 Schülerinnen, naturkundlichen Unterricht einschließlich Physik 18 Schülerinnen, Geschichtsunterricht fünf Schülerinnen usw. usw. Nebenbei sei bemerkt, daß zu diesen voll veräumten Schulstunden jedesmal, je nachdem des Morgens die erste oder des Mittags die letzte Stunde veräumt wird, noch etwa ein Viertel der zweiten bzw. der vorletzten Schulstunde kommt, das für den Weg geopfert werden muß. Welche Zustände sich daraus ergeben, zeigt das folgende Beispiel. In der ersten Klasse der betreffenden Schule sitzen 29 Schülerinnen, und 26 davon besuchen den Konfirmandenunterricht. Drei Mädchen fehlen Montag und Donnerstag von 8—9 Uhr. Sie veräumen dadurch glücklicherweise nur Religionsstunden, aber leider jedesmal auch noch den Anfang der zweiten Stunde. 17 Mädchen haben ihre Konfirmandenstunden Montag und Donnerstag von 12—1 Uhr. Sie veräumen in dieser Zeit keinen Schulunterricht, abgesehen von dem letzten Viertel der letzten Schulstunde. Sechs Mädchen müssen Montag und Donnerstag von 11—12 Uhr beim Pastor sein. Sie veräumen infolgedessen an diesen Tagen den deutschen Unterricht und den Schluß der vorhergehenden Stunde. Der deutsche Unterricht nimmt hiernach am Montag und Donnerstag folgenden Verlauf: 6 Schülerinnen fehlen von Anfang an, 23 nehmen bis 1/12 am Unterricht teil, dann gehen 17 Schülerinnen zum Pastor, damit der nicht zu warten braucht, und in der letzten Viertelstunde steht der Lehrer vor ganzen 6 Schülerinnen. Man sieht, was die Schule sich bieten lassen muß! Aber unsere Frommen nehmen an diesen skandalösen Zuständen keinen Anstoß.

Der Berliner Magistrat hat, wie die „Volls-Zeitung“ meldet, dem Vorstände des Bundes der deutschen Bodenerformer auf seine von uns an dieser Stelle wiederholt erwähnte Petition um Einführung der Steuer nach dem gemeinen Wert folgende Antwort gegeben:

„Dem Vorstände teilen wir auf die am 17. Dezember v. J. hier eingegangene Eingabe ohne Datum, betreffend Reform der Grund- und Gebäudesteuer nach dem gemeinen Wert, mit, daß wir zur Zeit mit der Ausarbeitung einer unsrer Entschlüsse in dieser Angelegenheit beschäftigten Vorlage an die Stadtverordneten-Versammlung beschäftigt sind, worauf dann eine endgültige Beschlußfassung der Gemeindebehörden erfolgen wird.“

Die Antwort klingt, so schreibt das genannte Blatt, einigermassen dunkel, da nicht gesagt wird, nach welcher Richtung hin sich die Entschlüsse des Magistrats bewegen sollen oder werden. Immerhin ist soviel daraus zu entnehmen, daß der Magistrat überhaupt an eine Änderung der bestehenden Grund- und Gebäudesteuer denkt.

In Stelle der amtlichen Formulare zu Postkarten mit Antwort
 verwendet das Publikum vielfach zwei einfache Postkarten, die durch einen Faden oder Klebepapier miteinander verbunden sind. Dazu schreibt die „Dtsch. Verl.-Ztg.“: „Da nach § 7 V der P. O. mit den Postkarten Antworten verbunden sein dürfen, eine Vorchrift, wie die Verbindung hergestellt sein muß, aber nicht besteht, unterliegt es u. E. keinem Bedenken, derartige Sendungen nach Orten des Reichspostgebiets und Württembergs zur Abendung zu bringen, sofern die Karten den Bestimmungen für einfache Postkarten entsprechen und die Antwortkarte als solche bezeichnet ist. Bedenken erheblicher Art bestehen dagegen, wenn die Karten lediglich mit einer Kadel zusammengeklebt sind. Da eine solche Befestigungsweise geeignet ist, Verlegungen der Beamten herbeizuführen und das Sortiergeschäft zu erschweren, dürften die Postanstalten nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht haben, derartige Sendungen von der Beförderung auszuschließen.“

Die Gehaltsfrage der Oberlehrer. In der gestrigen Magistrats-sitzung wurde beschloffen, die Magistratsvorlage über die Erhöhung der Oberlehrer-Gehälter, die in der letzten Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung angenommen, aber zusammen abgelehnt wurde, nochmals einzubringen, jetzt aber getrennt.

In der gestrigen Sitzung des Staatsauschusses unter dem Vorsitz des Stadtverordneten-Vorsitzers wurde beschloffen, an dem Gas-Etat 1 Million Mark zu streichen und zwar an den Ausgaben für den Ergänzung- und Erneuerungsfonds. Der Gas-Etat wurde dann ohne Änderung genehmigt. Ferner wurde beschloffen, aus dem Erneuerung- und Ergänzungsfonds der Markthallen, der 6 Millionen Mark beträgt, 3/4 Millionen Mark zu entnehmen und mit diesen 4 1/4 Millionen Mark den Fehlbetrag in dem Etat von 1903 zu decken. Zum Schluß wurden die Etats für den Hoch- und Tiefbau ohne Abstriche angenommen.

Eine eigentümliche Auffassung von der Verpflichtung eines Arbeiters gegen sich und seine Familie scheint die Deputation für die Straßeneinigung zu haben. In ihrem letzten Jahresbericht heißt es über die in ihrem Betriebe vorgekommenen Unfälle: „In den allermeisten Fällen waren es jugendliche Arbeiter, die aus Unachtsamkeit zu Schaden kamen. Nachdem sind es die Hilfsarbeiter, die zu Unfällen kommen; diese lassen übrigens gemeinhin keine Gelegenheit vorübergehen, auch bei den unbedeutendsten Vorwommnissen Ansprüche geltend zu machen.“ Die Hilfsarbeiter werden nur im Winter bei außerordentlichen Schneefällen beschäftigt und erhalten dann einen Tagelohn von 2,60 M. Sie rekrutieren sich aus den verschiedensten Berufen, sind natürlich der neuen Arbeit fremd und namentlich nicht immer mit dem Verkehrsverhältnissen so vertraut, um z. B. zur rechten Zeit den Fuhrwerk ausweichen zu können. Wenn ihnen dann bei Ausübung des Berufs ein Unfall zustoßt, haben diese Arbeiter nicht nur das Recht, sondern in Rücksicht auf sich und ihre Familie sogar die Pflicht, von der für sie eintretenden Unfallversicherung Gebrauch zu machen. Die Ausübung dieses Rechts sollte ihnen auch die städtische Verwaltung nicht verargen.

Bei der Landes-Versicherungsanstalt Berlin ist der Erlös für Versicherungsmarken, der im vorletzten Jahre eine ungewöhnlich geringe Zunahme gehabt hatte, im letzten Jahre wieder in stärkerem Grade gestiegen. Im Jahre 1901 waren Marken im Werte von 7 062 983 M. verkauft worden, und das Mehr gegenüber dem vorhergehenden Jahre hatte nur 68 805 M. betragen. Im Jahre 1902 dagegen wurden für 7 217 208 M. Marken verkauft, so daß sich hier eine Zunahme um 154 325 M. ergibt. Unter den einzelnen Monaten des Jahres 1902 blieben zwar einige mit ihrem Erlös noch hinter denselben Monaten von 1901 zurück, der März, der Juni und der August um zusammen 41 270 M., darunter der März allein um 35 513 M. Dafür ging aber in den übrigen neun Monaten der Markenerlös um zusammen 195 805 über den Erlös derselben Monate des Vorjahres hinaus. Von diesem Mehr kamen auf April und Oktober 38 500 M. und 38 797 M., abgesehen der Dezember zeigt die für

diesen Monat bedeutende Zunahme von 32 070 M. In den vier letzten Monaten der 1902 belief sich der Markenerlös auf zusammen 32 228 M., wobei freilich zu beachten ist, daß gerade im letzten Drittel des Jahres 1901 ein Wintererlös gegenüber 1900 zu verzeichnen gewesen war.

Patriotische Tiergarten-Reform. Im Großen Stern im Tiergarten werden jetzt bereits die Vorarbeiten für die Auffstellung der hier geplanten neuen Denkmalsanlagen ausgeführt. Zunächst wird eine ganze Anzahl der uralten dickstammigen Eichen, die an den auf den Großen Stern mündenden 6 Straßenzügen und Alleen stehen, abgeholt, da sie der in Aussicht genommenen Verlegung der Straßenbahngeleise im Wege stehen. Diese Geleise, die jetzt den Platz nach verschiedenen Richtungen durchkreuzen, werden an der Nord- und Südseite um diesen herumgeführt werden. Ferner müssen auch die hohen Buchenheden, die den Großen Stern umgeben, herausgenommen werden.

Vom Teltow-Kanal wird uns gemeldet, daß trotz wiederholter Aufdeckung von dortigen Mißständen die Behandlung der Arbeiter eher schlechter als besser geworden ist. Besonders sind es die polnischen Arbeiter, die unter der Härte ihrer Schächtlemeister zu leiden haben, denn andre Arbeiter halten sich schon an und für sich nur wenige Wochen am Kanal auf; sobald sie irgend eine andre Beschäftigung finden, gehen sie davon. Die Polen jedoch werden haufenweise aus ihrer Heimat geholt. Nachdem behördlich festgestellt ist, daß nichts gegen sie vorliegt (vielleicht Kontraktbruch), können sie gehen, wo sie ein Unterkommen finden. Da es am Kanal keine Baracken giebt, müssen sie froh sein, wenn die Bauern der umliegenden Dörfer wie Glienide, Adlershof, Johannisthal usw. ihnen in ihren Scheunen einen Unterschlupf gewähren. Doch auch diese Quartiergeber sind in letzter Zeit lappisch geworden, weil ihnen Leute mit dem Logigeld durchgegangen sind oder stark mit Ungeziefen behaftet waren. So müssen denn die Arbeiter kampieren wo es irgend geht; vielfach sind sie auf Ruden angewiesen, von denen sie dann zum Teil gehörig geschöpft werden. Ihr Verdienst ist sehr gering. Bei einem Stundenlohn von 28 Pf. können die Leute natürlich kaum den armeneligen Lebensunterhalt bestreiten, sie sind gezwungen, Ueberstunden oder gar ganze Ueberstunden zu machen. Was die Behandlung betrifft, so sind Krügel nichts Seltenes; der Schächtlemeisterknüttel spielt täglich seine „erzieherische“ Rolle, ganz abgesehen von der Haut ausgefuchter roher Schimpfsworte, mit denen die Arbeiter Tag für Tag traktiert werden. Hat jemand das Leben am Kanal satt und fordert seine Entlassung, so wird er nicht selten durch Verweigerung sofortiger Lohnzahlung zum Weiben gezwungen, weil ihm gesagt wird, er könne seinen Lohn nicht vor Ablauf von vierzehn Tagen erhalten, und das, obgleich gar keine Kündigung besteht. Unter solchen Umständen ist es denn durchaus kein Wunder, wenn es bei den Anwohner zu stehenden Lebensart geworden ist, es könne nirgends so wunderbar zugehen, wie am Teltow-Kanal.

Ausbau der Nordbahn. Die Herstellung der dritten und vierten Geleise auf der vom Stettiner Bahnhof ausgehenden Nordbahnstrecke wird noch in diesem Jahre bis Reinickendorf erfolgen. Die Errichtung des großen Central-Güterbahnhofes bei Schönholz macht inzwischen rasche Fortschritte. Auf dem Stettiner Bahnhof selbst sind nur noch kleinere Umbauten erforderlich. Auf dem Vorortbahnhof der Stettiner Bahn fehlt es bis jetzt an Restaurationsräumen. Obgleich hier täglich Tausende von Personen verkehren, ist nur ein kleines offenes Buffet vorhanden, das in keiner Beziehung genügt. Die Eisenbahnverwaltung hat deshalb die Errichtung einer vollständigen Bahnhofswirtschaft ins Auge gefaßt.

Kritiken, die Briefkinder des Gesetzes. So lautete das Thema, über welches der Redakteur Perlmann am Donnerstag in einer gut besuchten öffentlichen Kritik-Verammlung sprach. Der Redner verbreitete sich über die Schwierigkeit des Kritizierens, der vom Publikum noch häufig sehr falsch beurteilt werde, streifte dann die politischen Scherereien, denen die Varietö-Direktoren ausgesetzt sind, besandigte ferner die Schäden des Agentenwesens und ging dann ausführlich auf die Theaterzensur ein. An einer Fülle von interessanten Beispielen zeigte er, wie lächerlich und widersinnig die Zensurbehörden mitunter ihres Amtes walten. Was an einem Varietö verboten wird, darf an andern aufgeführt werden, selbst die harmlosesten Pointen sind vor dem willkürlich geführten Notizist des Zensors nicht sicher. Ein besonderer Liebling sei die Langsamkeit, mit der die Zensurbehörde arbeitet, wodurch bei dem heutigen raschen Programmwechsel viele Künstler ihrer Engagements wieder verlustig gehen und das ohnehin schon so starke Künstlerproletariat noch verarmen. Es müsse deshalb mit allen Mitteln auf die gänzliche Abschaffung der Zensur hingearbeitet werden, denn sie sei in jeder Form lästig. Die Kritiken hätten jedoch noch unter einer Anzahl anderer Gesetzesbestimmungen zu leiden, die den heutigen Zeitverhältnissen nicht entsprechen, so z. B. unter den Vorschriften über die Landestrauer. Eine zweiseitige Geschäftsunterbindung bei Landestrauern, am Todes- und Beisetzungsstage, sei jedenfalls vollstän genügend. Hier müsse anstatt der überaus verschiedenartig gestalteten Landesgesetze ein Reichsgesetz geschaffen werden. Ähnlich stege es bei den Bestimmungen über die äußere Beschäftigung der Karwoche. Eine Umfrage bei 30 Direktoren habe ergeben, daß diese durch die Verstromungsvorschriften über die Karwoche eine Mindereinnahme von rund 80 000 M. gehabt haben. Danach lasse sich auch leicht der Verdienstausfall der Artisten berechnen. Abdam wandte sich der Vortragende unter lebhaftem Beifall des Auditoriums gegen die Vorlage des neuen Kinderausweisgesetzes, soweit es die Artisten betrifft. Wohl sei ein gesetzlicher Schutz derjenigen Kinder notwendig, die in den Straßen der Großstädte bis Mitternacht mit Streichhölzern handeln usw., doch bei Artistenkindern liege die Sache ganz anders. Diese müßten schon von frühesten Jugend an den Beruf gewöhnt und geradezu trainiert werden, besonders bei Akrobaten und Gymnastikern, andernfalls wären sie später leistungsunfähig. Jeder Artist solle schon selbst dafür sorgen, daß seine Kinder nicht überanstrengt oder gar sittlichen Gefahren ausgesetzt würden, und auch die Schulbildung würde schon im Eigeninteresse nicht vernachlässigt. Uebrigens was den Agrariern recht sei, müsse den Artisten billig sein; nehme man die in der Landwirtschaft thätigen Kinder von den Schutzbestimmungen aus, so könnten die Artisten auch daselbe Recht für sich beanspruchen. — Die lebhafteste Diskussion bewegte sich größtenteils im Sinne des Referats. Zur Annahme gelangte eine Resolution, in welcher die Gründung eines Allgemeinen Artisten-Verbandes empfohlen wurde, um gegen alle den Artistenberuf schädigenden behördlichen und gesetzlichen Härten gemeinsam vorgehen zu können. Diesem sollen Direktoren, Agenten und Künstler angehören dürfen, doch darf der Bund „selbstverständlich keinerlei aufreizende Tendenzen“ verfolgen.

Unfreiwillige Komik in der Theaterzensur. Eine Anzahl wunderlicher Zensurfälle sind in der gestrigen Artistenversammlung zur Sprache gebracht. So wurde einem Humoristen der Vers: „Da janzigte sie ans vollen Brust“ wegen der beiden letzten Worte aus sittlichen, einer Sängerin der Ausruf: „Ach Gott! da kommt er schon, mein lieber Schwiegerohn!“ aus religiösen Bedenken gestrichen. „Kalisis Hoazzeit“ mußte von Siam nach Grotien verlegt werden, weil Siam ein dem Deutschen Reich befreundeter Staat ist usw. Von einem Schnellmaler, der in einem hiesigen Varietö auftritt und ausschließlich Landschaften malt, verlangte die Polizei die Einreichung seiner Zeichnungen zur Zensur, der Mann durfte nicht eher wieder auftreten, bis die Zensur die Landschaften als nicht staatsgefährlich genehmigt hatte.

Es kann einem ja leid thun um das Ansehen des Deutschen Reiches, aber belannt geben muß man derartige Schmutzen. **Übermüde ist ein Verbrecher** aus einem Eisenbahnzug gesprungen und entkommen. Es ist dies der Arbeiter Otto Genart aus Berlin, welcher im Zuchthaus zu Brandenburg a. H. eine längere Strafe verbüßt. Er wurde in Roggeburg vor Gericht vernommen und besand sich auf dem Rücktransport, als es ihm in der Nähe von Genthin gelang, durch das schmale Fenster des Klosetts zu klettern und, während der Zug im vollen Gange war, ohne Schaden abzuspringen. Die benachbarten Ortschaften wurden sofort

von der Flucht des Verbrechers benachrichtigt und man hofft, ihn, zumal er lauffechtsame Zuchthauskleidung trägt, bald wieder dingfest zu machen.

Selbstmord eines Drogisten. Vergiftet hat sich in der vergangenen Nacht der Drogist Kracht in Schöneberg, Kolonnenstr. 1. Schlechte wirtschaftliche Verhältnisse sollen es zu dem verzweifelten Schritt getrieben haben.

Ein schweres Eisenbahnunglück ereignete sich gestern Vormittag in Kummelsburg. Gegen 1/11 Uhr erfolgte auf dem Rangiergeleis der Ostbahn ein furchtbarer Zusammenstoß eines Güterzuges mit einer Rangiermaschine. Der von Friedrichsfelde-Nichtenberg kommende Güterzug hatte gerade die Stadtbahnhofstation Kummelsburg-Ost passiert, als ihm eine Rangiermaschine im vollen Tempo entgegenkam; ein Bremsen war nicht mehr möglich, und so erfolgte der Zusammenstoß, der so gewaltig war, daß die Tender der Maschinen eingedrückt, sowie die Seitenwände einiger Güterwagen vollständig zertrümmert wurden. Zwei Wagen wurden direkt aus den Geleisen geworfen. Der Werkmeister Böhm von der Ostbahn aus Berlin sowie die Heizer Nadke und Ahn trugen schwere Verletzungen am Kopfe davon und mußten nach Anlegung eines Notverbandes in das Kummelsburger Krankenhaus überführt werden. Von dem Zusammenstoß sürzte in dem in der Portlandstraße befindlichen Armenhaus ein Stück einer Zimmerdecke ein. Die auf dem Spielplatz sich tummelnden Kinder wurden vollständig bechmutzt vom Schmieröl der Maschine. Wer die Schuld an diesem Zusammenstoß trägt, läßt sich noch nicht feststellen; beidezüge hatten Einfahrt.

Sturz eines Geldstrahles. Gestern Vormittag kurz vor 11 Uhr stürzte in der Markgrafenstraße an der Ecke der Behrenstraße, im Hause der Pommerischen Hypothekbank ein 85 Centner schwerer Treter beim Herauswinden aus der Höhe der dritten Etage infolge Reifens einer Kette zur Erde und sank nach Durchschlagen hand-dicker Bohlen und der Bürgersteigplatten einen halben Meter tief in die Erde ein. Verletzt wurde niemand, da die beiden auf dem Gerüst befindlichen Arbeiter die Geistesgegenwart hatten, sich an den stehen gebliebenen eisernen Stangen festzuhalten.

Im Kampf gegen die Unnatur. Miß Jhadora Duncan, die Schöpferin der Tanzidyllen, trat vorgestern rednerisch als Reformatorin ihres Gebietes in die Schranken. Der Verein Berliner Presse hatte die Dame eingeladen, über Zweck und Ziel ihres Strebens sich auszulassen, und zur Förderung ihrer und der Vereinszwecke war sie der Einladung gefolgt. Die Erscheinung von Miß Duncan schon kündete die Bringerin eines neuen Glaubens an. Zu wallend weißem Gewande, das mit einem seidenen Strick zusammengehalten war, darüber einen weiten weißen Mantel geworfen, die Füße mit weißen Strümpfen und Sandalen bekleidet, und endlich das Haar einfach in der Mitte gescheitelt, so daß es über den hohen Nacken herabfiel — so erschien Miß Duncan vor ihrem Publikum, dessen bessere Hälfte sich in Korsettjanker und den andern Requisite der weiblichen Unnatur niedergelassen hatte.

Im netten Blanderton trug die amerikanische Tanzreformatorin ihre Gedanken vor: Der Tanz müsse in seiner Bewegung der Natur gleich sein; Pflanzen, Wellen und Winde gäben in ihrem Reigen Harmonie und Schönheit zu erkennen. Wie anders, wie unnatürlich erscheine das menschliche Weib, wenn es als Ballettdame sich in Korsett und Füllerröcken auf der Bühne zeige. Abtönlich und natürlich künnten in Tanze nur die Bewegungen des nackten oder lose bekleideten Körpers sein, und daher sei in den Tänzen der Griechen das Ideal zu sehen. Wie in Malerei und Bildhauerei, so sei auch in der Tanzkunst die Nacktheit das Höchste; im vollendet schönen Körper werde die Tänzerin der Zukunft ihre freie, selbstbewußte Seele offenbaren. Mit festem Willen, in die Erkläre die Mednerin am Schluß, werde sie ihre Gedanken in so That umzusetzen suchen. Ihr nächstes Ideal sei ein Tempel der Tanzkunst, in welchem sie hundert kleine Mädchen in ihrer schönen Kunst ausbilden möchte.

Eine kleine Diskussion ergab wenig Neues, doch sei bemerkt, daß auf eine Anfrage hin Miß Duncan erklärte, nur die Tanzkunst auf der Bühne und nicht den modernen Gesellschaftstanz, an dem ihr offenbar Malz und Hopfen verloren schien, reformieren zu wollen.

Tanzen ist ein Gottesdienst, ist ein Beten mit den Weinen — also läßt der Spötter seine Alma Troll sagen. Redlich mögen Spott und Skepsis die Gedanken der Miß Duncan befragen. Und doch liegt in ihnen eine schönere Zukunft verhallt. die Zukunft des freien Weibes, das schrankenlos seine Schönheit und seinen Geist der Menschheit offenbart und durch die heute dem Sinnenziel dienende Kunst des Tanzes die Welt zu heiligen Schauern der Begeisterung stimmt.

Nach Unterschlagung von Kautions erschloß sich gestern Abend der 70 Jahre alte Stellenvermittler Julius Dembed aus der Fiedstraße 30/31. Dembed lebte seit fünf Monaten von seiner Frau getrennt, bewohnte zwei Zimmer und besaß sich mit der Stellungsvermittlung an Wirtschaftsbetriebe. Da er hundert Mark Mietschuldig war, so mißte er am 2. d. M. seine Wohnung räumen, nun zog er in ein Hotel in der Fiedendorffstraße. Aber auch dort konnte er nicht lange bleiben, da er nicht bezahlte. Unterdessen kamen nach der früheren Wohnung zahlreiche Leute, gestern allein acht, die je 100 M. Kautions gestellt, aber keine Stellung bekommen hatten. Einige waren auch schon bei der Polizei gewesen. Da er keinen Ausweg mehr sah, schloß sich der Vermittler gestern Abend in der letzten Stunde eine Stugel in die rechte Schläfe. Da er noch lebte, als ein Arzt kam, ließ ihn dieser nach der nahe gelegenen Unfallstation bringen. Dort starb er jedoch gleich nach der Aufnahme. Die Revierpolizei beschlagnahmte die Leiche und ließ sie nach dem Schanhanse bringen.

Einen Selbstmordversuch auf den Straßenbahn-Schienen unternahm gestern nachmittag der obdachlose Arbeiter Heinrich Föcher vor dem Hauke Elsherrstr. 75. Gegen 1/5 Uhr warf sich z. un-mittelbar vor dem Straßenbahnwagen 2293 der Ringbahnlinie auf das Straßenbahn-Geleis und geriet unter die Plattform des Wagens. Z. blieb vor dem Schutzhaken liegen und kam ohne jegliche Verletzung davon. Er wurde zur eignen Sicherheit nach der Polizeiwache gebracht.

Wegen der Brandstiftung in der Chausseest. 95 hat die Kriminal-polizei jetzt die Ermittlungsalten dem Untersuchungsrichter übergeben. Wie noch festgestellt wurde, schlug Ochaghi mit Wofree und Veil in die Nachtwand, die seinen Laden von der Gastwirtschaft trennt, ein großes Loch, stieg durch dieses in den Gastraum ein, trug dort Stühle, Tische, andres Holz, Papier und Berg aus den Möbeln zusammen, trankte alles mit Petroleum und zündete es an. Es wurde ihm auch nachgewiesen, daß er bereits im Jahre 1902 in der Elisabethstr. 43 auf ähnliche Weise einen Brand anlegte. Weil er deshalb keine Versicherung mehr bekam, verkaufte er alles, was er hatte, zum Schein an seine Bekannte Anna Harth, die schon bei ihm wohnte, während die Scheidungsklage noch schwebte, und versicherte es auf ihren Namen, wie sie behauptet, ohne ihr Wissen. Der Scheidungs-prozess wird für das Mädchen wohl auch noch ein böses Nachspiel haben. Es beschwor nämlich darin, daß es Ochaghi nicht kenne und nicht mit ihm in Verkehr stehe. Die hochverachteten Möbel hatte Ochaghi für 175 Mark auf Teilzahlung gekauft. Von den ebenfalls überversicherten Brillanten und minderwertigen Brillen ist keine Spur mehr zu finden.

Imposanteste Neu-Eröffnung des ganzen Nordens.

Sonnabendnachmittag 4 1/2 Uhr.

M. Grünberg Nachf. Inhaber Hugo Lindemann.

Wedding-Platz. — Müller-Strasse 181. — Wedding-Platz.

Nach vollendetem Umbau sind sämtliche Abteilungen meines Warenlagers, bestehend in **Kleiderstoffen, Seide, Leinenwaren, Gardinen, Teppichen, Putz und Konfektion**, bedeutend vergrößert und bieten sich dem verehrten Publikum für die bevorstehenden Frühjahrs-Einkäufe ganz besondere Vorteile.

Am Eröffnungstage erhält jeder Käufer bei einem Einkauf von 2 Mk. eine Büchse Konserven gratis.

Eröffnung: Sonnabendnachmittag 4 1/2 Uhr.

Trinkt „Apfelblümchen“
Bestes Medizinal- und Tafel-Getränk
ohne Alkohol.
Berliner Manzanil-Gesellschaft m. b. H.
Görzitzer Ufer 24. Fernsprech-Nr. 4. 1673. [2082]

Mehlhandlung von Johannes Friese
Lindenstr. 2 (am Bellealliance-Platz) Hof rechts (fr. Zimmerstr. 30)
empfiehlt ihre anerkannten besten Mehle als:
Kaiser-Auszug (reines Pester)
1/2 Ctr. = 2.25; 5 Pfd. = 0.90; 1 Pfd. = 0.20.
Weizenmehl 00 (halb Auszug) 2351L*
1/2 Ctr. = 2.00; 5 Pfd. = 0.80; 1 Pfd. = 0.18.
do. 0 (Haynau 00)
1/2 Ctr. = 1.75; 5 Pfd. = 0.70; 1 Pfd. = 0.16
Gutkochende, lauter verfeinerte Hülsenfrüchte zu soliden Preisen.

Die schönsten Herren-
Sommer-Paletots, Frühjahrs-Anzüge, Hosen
in neu, sowie speziell 669L*
Monatsgarderobe
v. Kavaliere zurückgelegte Sachen, wenig
getragen, 1. Jede Fig. pass., sind in gr. Anzahl
sich zu haarend billigen Preisen zu haben.
1. Geschäft: **Prinzstr. 17.**
an der Wasserfrontstr. 116.
2. Geschäft: **Gr. Frankfurterstr. 116.**
an der Andreasstr. 669L*

Gebr. Wolfertz, Stahlwarenfabrik und Versandgeschäft
Wald bei Solingen No. 179.

Fabrikmarke

Rotköppchen

Rasiermesser No. 30, fein hohl geschliffen, fertig zum Gebrauch mit Etuis per Stück M. 1.50
Taschenmesser No. 621, mit 2 Klingen und Korkzieher, Hirschhornschalen " " " 1.50
Schere No. 124, 7 Zoll lang, fein vergoldet und verziert " " " 1.50
Um nun jedermann Gelegenheit zu geben, sich von der Güte und Billigkeit unserer Ware zu überzeugen, versenden wir obiges Rasiermesser, Taschenmesser oder Schere zum Selbstkostenpreise von je Mark 1.— franco gegen vorherige Einsendung 30 Tage zur Probe. Nachnahme 20 Pf. mehr.
Katalog Ausgabe 1903, mit circa 2000 Abbildungen über Stahlwaren, Lederwaren, Gold- und Silberwaren, Pfeifen, Sensen, Haushaltartikel, sowie vielen Neuheiten versenden wir an jedermann ohne Kaufzwang, gratis und franco.
Um Verwechslungen zu vermeiden, bitten wir genau auf unsere Firma und Fabrikmarke zu achten.

Nathan Wand,
129 Falkenstr. 129.
Die schönsten
Herren-Paletots u. Anzüge
in neu, sowie speziell 26196*
Monats-Garderobe
von Kavaliere getragene Sachen,
sind in großer Auswahl stets zu
haarend billigen Preisen zu haben.
Nathan Wand,
129 Falkenstr. 129.
Bitte auf Hausnummer zu achten.

bewährteste
Nahrung
für
Klufeke's Kinder-
mehl
gesunde u.
magen-
darmkränke
Kinder.
Schmöckwitz, Restaurant Seddinsee.
Den geehrten Vereinen und Gesellschaften empfehle ich mein großes
und herrlich am Wald und Wasser, vis-a-vis der Berliner Schloß, ge-
legenes Restaurant. Stelle die billigsten Dampfper.
6322*

Dr. Schünemann,
Spezialarzt für **Haar, Horn und**
Frauenleiden, Seydelstr. 9.
1/2, 12-1/3, 1/6-1/8, Sonn. 9-11.
Wichtig für Dreher!
Praktische Anleitung für Dreher in
der Berechnung der Wechselräder.
In dem Buch erklärt ein Fach-
mann kurz und für jedermann ver-
ständlich die Berechnung der Wechsel-
räder. (In einigen Stunden zu er-
lernen.) 2106b
Preis nur 1.50 Mark.
Zu beziehen d. Verlagsbuchhandlung
Joh. Ellguth in Rath-Düsseldorf.

Zur Einsegnung!
Uhren
unter Garantie
Goldwaren etc.
zum fast halben Preise.
Barth's Konkursmassen-
Ausverkauf
Friedrichstr. 51.

Groß-Destillation
Wirtel-Stube
Martin Berndt,
Prinzen- u. Ritterstr. 54.

Einsegnungs-Anzüge von 12-27 Mk.
Anzüge nach Mass von 25 Mk. an
M. Schulmeister, Dresdenerstr. 4
Schneidermeister. am Kottbuser Thor. 6311.*

Kleine Anzeigen.

Jedes **5 Pfennig.**
Wort: **5** Nur das erste
Wort fett. Worte mit mehr als
16 Buchstaben zählen doppelt.

Anzeigen für die nächste
Nummer werden
in den Annahmestellen für Berlin
bis 2 Uhr, für die Vorortblätter 1 Uhr,
in der Hauptexpedition Lindenstr. 69,
bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.
Destillation, im Osten gelegen,
13 Jahre bestehend, zu verkaufen.
Zu erfragen bei Demag, Große
Frankfurterstr. 133, Hof partiere
750*
Land- und Waldparzellen billig
sich gelegen, zwischen Hermsdorf-
Glienide an der Nordbahn. B. Klose,
Gärtner, Hermsdorf i. M., Berliner-
str. 77. 26226*
Hochverehrte Herren-Anzüge,
Sommerpaletots und feinsten Maß-
stoffen herrlich 18-38, Bekleider
7-11 Mark. Verkauf Sonnabend,
Sonntag, Deutsches Verbandsaus,
Fagenstr. 68, 1 Treppe. 19265*

Gardinenhaus Große Frankfurter-
str. 9, partiere. 437*
Teppiche! (fehlerhafte) in allen
Größen für die Halle des Hauses
im Teppichlager Büchse, Fadenstr.
Markt 4, Bahnhof Börs. 11275*
Teppiche, Gardinen, Portieren,
Tischdecken spottbillig Leihhaus,
Reanderstr. 6. 6312*
**Beiten, Steppdecken, Böden, An-
züge, Remontirdecken, Regaleure,**
Reiten spottbillig Leihhaus, Reander-
str. 6. 6312*
Möbel, Pianino, Spiegel, Bilder
spottbillig Leihhaus, Reanderstr. 6.
Teilhändler gestattet. 6312*
Möbelmagazin Reiner, Invaliden-
str. 38, liefert Möbel, Teppiche, Gar-
dinen in bester Ausführung zu billigen
Preisen. Teilhändler gestattet. 15168*

Steppdecken spottbillig, Fabrik
Reimstr. 20. 499*
Vorjährige elegante Herrenhosen
aus feinsten Stoffen 9 bis 12 Mark.
Verkauf Sonnabend und Sonntag,
Verbandhaus Germania, Unter den
Eichen 21, II. 15368*
Steppdecken billigst Fabrik Große
Frankfurterstr. 9, partiere. 437*
Kanarienvogel 5.00, Jung-
weibchen 1.00, großes Heubauer 2.00,
verkauft Wagner, Mühlendammstr. 24.
Kanarienvogel, Stamm Elster,
Stamm Traut, verkauft Brandt, Holz-
marktstr. 61. 23206*
Für Schlächter Ratmorplatten ver-
kauft Grünstr. 20. 26311*
Glasas, zweifelhafte Meter Um-
lang, Grünstr. 20, Koochstr.
Bilder! Große Auswahl, um-
wandelbar spottbillig. Nur kurze
Zeit. Löwenthins Kunsthandlung und
Verlag, Schlemmerstr. 22, Hof
gerade, Schönhauser Vorstadt.
Elegante Kassenloshüte sowie
Kleider billig verkauft Robbin,
Teltowerstr. 16, Ausgang drei,
II rechts. 26626*

Mingischiffchen, Bobbin, Schnell-
näher, ohne Eingabung, Höhe 1.00,
gebaut 12.00, Postbestellung
Münsterstr. 60/61, Landberger-
str. 82 und Brunnenstr. 97. *
Drehstuhl, fast neu, Ständerstuhl
billig Gdingerstr. 14. 26526*
Vadeneinrichtung, Materialwaren,
Eben, Gemüde billig zu verkaufen
Gartenstr. 3. 26536*
Schlafsofa 20 Mark Martinstr. 40,
Tapezierer. 64/14
Wartwarenhaus und Kasser-
geschäft spottbillig Badstr. 14, eine
Treppe. 91/16*
Dame verkauft dringend Büch-
se, Rubel, Spinde, Friedrich-
str. 131d, vorn IV links. 66/2
Zofatisch, Fahrrad, spottbillig,
Bittenbacher, Reuterstr. 24. 26636*
Häckerl, Niederlage veräußert
Stalderstr. 60. 26656*
Für Brauereie, Möbelausverkauf
wegen Aufgabe billig, Tischlerei
Königsstr. 7. 64/15
Schuhgeschäft veräußert, Ge-
werbestr. 700, Eisenbahnstr. 35.
Verkauf sofort zwei Kleider-
spinde, Bettst. Bettstellen, Taschen-
loja, Kleiderbügel, Stühle, Säulen-
trumeau, Spiegel, Bilder, Näh-
maschine, Regulator, Bilder, Teppich,
Küchengeräte spottbillig, Waldemar-
str. 27, vorn I. 64/17
Teilen, Gerüst zu verkaufen.
Köber's Woll, Rosenthaler-Str. 96.
Konfektgeschäft wegen Ver-
ehrung sofort für 500 Mark ver-
äußert, Jordanstr. 1a. 750*
Sportwagen zu verkaufen bei
Klösel, Koppenhagenstr. 7. 499

Rechtsbureau Fabrik, Gröner
Bey vierundzwanzig (Andreasplatz),
Gerichtsbestand, Eingabengeld,
Meterteilung. 25785*
Kaufstücker von Frau Kolb, St.
Stammstr. 48, Cnargelände hoch,
partiere. 26536*
Blutsektion! Wer sich über die
richtige Ausführung seiner Arbeit
unterrichtet will, verlange die Flug-
blätter des Verbands gegen Ein-
schickung, welche unentgeltlich versendet
werden vom Berliner Ärzteverein,
Königsgrabenstr. 108. Um gütigen
Rücksendung wird gebeten. 16116*

Einem Schiffsleger für Hand-
gleichmäßigkeit verlangt sofort D. Bernert,
Metallwarenfabrik, Charlottenburg,
Wielandstr. 60. 26385*
Ein Galvanoplastiker für Schli-
(Buchdruck) wird sofort verlangt.
D. Bernert, Metallwarenfabrik, Char-
lottenburg, Wielandstr. 60. 26385*
Knabenburschen, Kollfaden- u.
Arbeiterin, ohne Pause, verlangt
Stadest. Fandel-Wiese 14. 499
Näherinnen im und auße-
ren Hause, Schürer, Kaiser Friedrich-
str. 67, Sanlow. 26356
Radarbeiterinnen im und auße-
ren Hause, auch lernen, Frau, Bankow,
Lurstr. 10, III (Ede Kaiser
Friedrichstr.). 26356
Mädchenburschen Arbeiterinnen ver-
langt Kulle, Frankfurter Allee 16.
20 Saccardarbeiterinnen, 2-3 Mark,
verlangt Frau, Brunnenstr. 139, II.
Im Arbeitsmarkt durch
besonderen Druck hervorgehobene
Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.
Kronenleder-Fabrik für Gas u.
eicht. Licht sucht einen erl. Gürtler
als Meister. Ausfahrt Off. m. Un-
gabe dies. Zeitschrift um E. T. 1383
an Rudolf Mosse, Pringstr. 41.
Eüchtige Dreher, Werkzeug-
macher und Mechaniker
werden sofort bei uns eingestellt.
Altammer Elektricitätswerke,
Hilfsgesellschaft 26456
in Altamun bei Stettin.
Achtung! Klavierarbeiter!
Die Kollegen der Klavierfabrik von
Blasendorf & Kloss,
Theaterstr. 5, 78/5
befinden sich im Streik. Der Betrieb
ist für alle Arbeiter gesperrt.
Die Werkstatt-Kontrollkommission
des Holzarbeiter-Verbandes.

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Bücher Stillschreiber bietet um
Arbeit. Stühle werden zu den billig-
sten Preisen geflochten, werden ab-
geholt und unentgeltlich zurückgeleert.
Adresse: Wulandstr. 27, II. Gdler.

Stellenangebote.

20-25 Kaurergeräten stellt sofort
ein H. Weidert, Fangeplatz, Ham-
berg bei Berlin. 2609*
Eüchtiger Stempelschreiber und
Bullantier wird sofort verlangt bei
hohem Lohn. D. Bernert, Stempel-
fabrik, Charlottenburg, Wieland-
str. 60. 26276*
Parbiammer verlangt A. Loele,
Gdlerstr. 21. 26065

Verschiedenes.

Rechtsbureau Andelstr. 20. *
Vadeneinrichtung Dammann, Kran-
nenstr. 57, Koryplatz, bis abends
neu. 23485*